

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter Steinbach

Widerstandsforschung
im politischen Spannungsfeld

Werner Bramke

Der antifaschistische Widerstand
in der Geschichtsschreibung der DDR
in den achtziger Jahren
Forschungsstand und Probleme

Ernst Hanisch

Widerstand in Österreich 1934–1945

B 28/88
8. Juli 1988

Peter Steinbach, Dr. phil., geb. 1948; Professor für Politikwissenschaft (historische und theoretische Grundlagen) an der Universität Passau; seit 1983 mitverantwortlich für die Konzipierung und Realisierung der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand des Senats von Berlin.

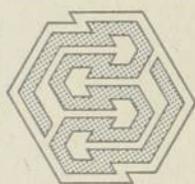
Veröffentlichungen u. a.: Industrialisierung und Sozialsystem im Fürstentum Lippe, Berlin 1976; Nationalsozialistische Gewaltverbrechen in der deutschen Öffentlichkeit, Berlin 1981; Sozialdemokratie und Verfassungsordnung, Opladen 1983; (Hrsg. zusammen mit J. Schmäddeke) Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus München 1985; Widerstand — ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987.

Werner Bramke, Dr. sc., geb. 1938; Studium der Geschichte und Germanistik; 1962—1969 Lehrer; 1969—1972 Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Institut der DDR; seit 1972 an der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig; seit 1979 o. Prof. für Neueste Deutsche und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; seit 1987 Sektionsdirektor.

Autor bzw. Mitautor von monographischen Arbeiten über die Niederwerfung des Kapp-Putsches im Leipziger Raum (1980), die Geschichte des KPD-Bezirkes Westsachsen (1986), der Sächsischen Geschichte (erscheint 1988). Aufsätze zum Geschichtsbild und zur Faschismuskritik in der KPD, über die Mittelschichten in der Weimarer Republik sowie zum antifaschistischen Widerstand.

Ernst Hanisch, Dr. phil., geb. 1940 in Thaya, Niederösterreich; Professor für Neuere österreichische Geschichte an der Universität Salzburg.

Veröffentlichungen u. a.: Konservatives und revolutionäres Denken, 1975; Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich, 1977; Der Kranke Mann an der Donau. Marx und Engels über Österreich, 1978; NS-Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich, 1983; (zus. mit Ulrike Fleischer) Im Schatten berühmter Zeiten. Salzburg in den Jahren Georg Trakls, 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 41, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld

I. Einleitung

Die Würdigung des Widerstands gegen Hitler und den nationalsozialistischen Unrechtsstaat war seit 1945 unübersehbaren Schwankungen unterworfen. Auch wenn sich die deutschen Politiker in Ost und West stets auf Widerstandsgruppen bezogen und den Anspruch erhoben haben, aus deren Zielen Orientierungen für die Gegenwart abzuleiten, so erstreckt sich die beschworene Übereinstimmung doch in der Regel jeweils nur auf Teilgruppen der deutschen Widerstandsbewegung. In der DDR wurde bis in die siebziger Jahre hinein der kommunistische „antifaschistische Widerstand“ beschworen, während in der Bundesrepublik bis weit in die sechziger Jahre vor allem die Verschwörer des 20. Juli 1944 als Widerstandskämpfer gefeiert wurden.

Alle Feierlichkeiten, Würdigungen und Ehrungen konnten aber nicht die zwiespältige Haltung vieler Deutscher beeinflussen, wie sie etwa in Bevölkerungsumfragen festzustellen ist. Man lehnte lange Zeit Hitler ab, ohne deshalb schon den Widerstand zu rechtfertigen. Noch in den fünfziger Jahren hatte einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie zufolge etwa die Hälfte der Bundesbürger abgelehnt, eine Schule nach Claus Schenk Graf von Stauffenberg zu benennen, der das Attentat auf Hitler mit seinem Leben bezahlt hatte. Lediglich die positive Würdigung der Geschwister Scholl und ihrer Freunde — nicht zuletzt auch Leistung der frühen Darstellung der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ durch Inge Scholl — hob sich von der verbreiteten Neigung zur Distanzierung vom Widerstand ab. In den fünfziger Jahren kam es auch immer wieder vor, daß Politiker im Rahmen von Wahlkampfauseinandersetzungen gegen politische Gegner polemisierten und sie indirekt als „Emigranten“ oder gar „Drückeberger“ apostrophierten.

Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die nationalsozialistische Herrschaft hat sich, wie Erich Kosthorst 1979 zusammenfassend bemerkte, stets in einer „Verteidigungsposition“ befunden. Immer war er dem Vorwurf ausgesetzt, sich des „Verrats“ oder der „Halbherzigkeit“, wenn nicht der „Unfähigkeit“ schuldig gemacht zu haben. Nach 1945 verkörperten die Widerstandskämpfer zugleich eine wichtige Alternative zur verbreiteten „Nachfolgebereitschaft“, die Konsequenz einer inneren Gleichschaltung, einer Blindheit, vielleicht auch der partiellen inneren Übereinstimmung gewesen sein mochte und so vielfach als Ausdruck des spezifisch deutschen Untertanengeistes erschien. Sie galten als Herausforderung für die Nachlebenden, denn ihr Handeln bewies, daß „Befehl und Gehorsam“, „Terror und Furcht“ nicht alle Zeitgenossen der „gewissen zwölf Jahre“ gelähmt hatten. So verkörperten die Widerstandskämpfer ein Gegenbild, das glaubwürdig die politische Alternative zur damaligen Zeit zeichnen sollte und somit in ein neues, demokratisches Geschichtsbild gehörte.

Diese Grundlage öffentlicher historischer Besinnung ist bis heute unerschüttert, wie der „Historikerstreit“ zeigt: Wurde in den vergangenen Monaten heftig vor der deutschen Öffentlichkeit über eine Vergangenheit gestritten, die angeblich „nicht vergehen könne“ oder solle¹⁾, so bietet die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Widerstands ein ganz anderes Bild: Regelmäßig berufen sich in der Öffentlichkeit, die sich von Thesen über die Vergleichbarkeit und Ursprünglichkeit nationalsozialistischer Gewaltverbrechen angeregt oder herausgefordert fühlt²⁾, die Vertreter des Staates, der Parteien oder der Kirchen auf den Widerstand und erinnern an sein Vermächtnis³⁾. Augenscheinlich

¹⁾ Vgl. Ernst R. Piper (Hrsg.), *Historikerstreit*, München 1987, S. 39 ff.; jüngst Ernst Nolte, *Das Vergehen der Vergangenheit*. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit, Berlin—Frankfurt 1987.

²⁾ Eine Übersicht bietet die Zeitschrift „liberal. Vierteljahreshefte für Politik und Kultur“, 29 (1987), 2, S. 85 ff.

³⁾ Informationszentrum Berlin (Hrsg.), *Der 20. Juli 1944*. Reden zu einem Tag der deutschen Geschichte, Bd. 1, Berlin 1984, Bd. 2, Berlin 1986.

Erweiterte Fassung eines Beitrags, der in der neuen Zeitschrift „Kirchliche Zeitgeschichte“ (KZG) des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, erscheinen wird und auf einen Vortrag im Religionspädagogischen Institut Loccum im Spätsommer 1987 zurückgeht.

handelt es sich um einen zeithistorischen Bereich, der nicht vergehen soll und immer wieder vergegenwärtigt werden muß⁴⁾. Aus dieser ständigen Vergegenwärtigung resultieren immer neue Zugänge zum Widerstand, Wandlungen von Interessen, aber auch der Deutungen.

Im folgenden sollen die Forschungsgeschichte und auch die Frage der öffentlichen Rezeption der Widerstandsproblematik nicht diskutiert werden — dies ist an anderer Stelle ausführlich geschehen⁵⁾. Vielmehr soll nach den methodischen Implikationen eines unverkennbar und häufig auch gewollt politischen, gegenwartsbezogenen Zugangs zur Ge-

schichte des Widerstands als Geschichte von Widerstandsbewegungen und widerstehenden Individuen vor dem Hintergrund der Entwicklungen ihrer eigenen Zeit gefragt werden. Aus diesem Spannungsverhältnis zwischen Gegenwärtigkeit des Forschers als Deuter und der Geschichtlichkeit des Widerstands gegen den Nationalsozialismus resultieren die meisten der Auseinandersetzungen, die regelmäßig auf eine grundsätzliche Bewertung der widerstehenden Einzelpersonen, der verfolgten Gruppen und Institutionen und vor allem auch der Ziele hinauslaufen, die sich im Widerstand verkörpern oder verkörpern sollen⁶⁾.

II. Phasen des Erinnerns in den Medien der Erinnerung

Es ist bemerkenswert, daß sich bereits unmittelbar nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erste Versuche finden, an den Widerstand anzuknüpfen und auf diese Weise eine Kontinuität des politischen Anstands über die Epochenschwelle des Jahres 1945 hinweg zu begründen. So beschwor Alexander Abusch die Widerstandskämpfer als „das Licht in der deutschen Düsternis“ und verpflichtete die Gegenwart zur Erinnerung⁷⁾; so gründete Kurt Schumacher seinen Mitgestaltungsanspruch auf den fortwährenden Kampf gegen das NS-Regime⁸⁾. Hans Rothfels konnte neben Rudolf Pechel und Eberhard Zeller die Substanz des Widerstands für das Bewußtsein der Nachkriegszeit sichern⁹⁾; er beabsichtigte dabei auch, den Widerstand als „Grund“ eines neuen politischen Bewußtseins im Einklang mit westlichen Ordnungsvorstellungen zu bestimmen.

⁴⁾ Vgl. in diesem Sinne auch die Kultusministerempfehlungen zum Widerstand aus dem Jahre 1980.

⁵⁾ Peter Steinbach, Der Widerstand als Thema der politischen Zeitgeschichte. Ordnungsversuche vergangener Wirklichkeit und politischer Reflexionen, in: Gerhard Besier/Gerhard Ringshausen (Hrsg.), Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944, Göttingen 1986, S. 11–74.

⁶⁾ Vgl. als Zugang zum Gesamtphänomen des Widerstands Jürgen Schmäddeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1985.

⁷⁾ Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation, Berlin 1946, S. 260.

⁸⁾ Kurt Schumacher, Rede vom 6. Mai 1945, in: Willy Albrecht (Hrsg.), Kurt Schumacher, Reden — Schriften — Korrespondenzen 1945–1952, Bonn–Berlin 1985, S. 215 ff.; Erster Aufruf des „Büros Dr. Schumacher“ an die Bevölkerung, Mitte August 1945, in: ebd., S. 251 ff., besonders auch die Passagen über die Kirchen, etwa S. 271.

⁹⁾ Vgl. dazu die näheren Belege bei P. Steinbach (Anm. 5).

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus sollte der Gegenwart zugleich auch politisch dienen, denn mit dem Bild des „anderen Deutschland“, das den bereits 1946 erschienenen Bearbeitungen der Tagebücher von Ulrich von Hassell als Titel diente, wurde auch die Möglichkeit eines neuen und deshalb gegenüber der deutschen Geschichte anderen Deutschlands in den Blick gerückt. An die Stelle der Erinnerung trat zwar nicht die Ausdeutung der Widerstandsgeschichte allein für die Legitimierung eines politischen Neubeginns; Erinnerung und gegenwartsbestimmte Deutung des Widerstands im Hinblick auf die Nachkriegszeit gingen jedoch eine enge Verbindung ein.

Dies wurde besonders deutlich durch die Verbindung zwischen dem 20. Juli 1944 und dem 17. Juni 1953, die Ernst Reuter 1953 schlägt. „Immer wieder“ müsse versucht werden, die deutsche Geschichte „neu zu begreifen“: „Wir müssen versuchen, den Bogen von der Gegenwart zu dem, was wir selber erlebt, zu dem, was wir selber getan, zu dem, was wir auch manchmal unterlassen haben, und zu dem, was aus der großen Vergangenheit unseres Volkes zu uns herüberreicht, zu spannen.“¹⁰⁾ Reuter bekannte sich zu der Aufgabe öffentlichen Erinnerns als der Erinnerung in einer besonderen Zeit — dies machte die Grenzen mancher Deutung öffentlicher Erinnerung, aber auch ihre lebensgeschichtliche Nähe aus. Er spürte zugleich, daß „neue Generationen (stets) aus neuen

¹⁰⁾ Ernst Reuter, Rede zur Enthüllung des Denkmals für die Opfer des 20. Juli 1944 im Hof des ehemaligen OKW in der Benderstraße am 20. Juli 1953, in: ders., Reden, Artikel, Briefe 1949 bis 1953, bearb. v. Hans J. Reichardt, Berlin 1975, S. 756.

Erlebnissen heraus ein neues Bild der Geschichte und ein neues Bild auch der Ereignisse gewinnen“¹¹⁾.

In den fünfziger Jahren war das Bild des Widerstandes äußerst umstritten. Markanter Höhepunkt der Auseinandersetzungen wurde der Braunschweiger Remer-Prozeß¹²⁾, bei dem es nicht allein um die Deutung der Ereignisse des 20. Juli 1944, sondern auch um die Respektierung der Opfer und die Achtung ihrer Angehörigen ging. Remer, der als Major den mitverschorenen Stadtkommandanten von Hase durchschaut und sich den Machthabern zur Verfügung gestellt hatte, hatte auf einer Veranstaltung der neonationalsozialistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP)¹³⁾ die Attentäter des 20. Juli 1944 als „Landesverräter“ bezeichnet, die „vom Auslande bezahlt“ worden seien, und angekündigt, sie würden sich „eines Tages vor einem deutschen Gericht zu verantworten“ haben.

Es war ein besonderer Glücksfall, daß der damalige Braunschweiger Leiter der Staatsanwaltschaft, Fritz Bauer, diese Herausforderung annahm. Er machte sich persönlich zum Vertreter der Anklage und unterstützte auf diese Weise die Angehörigen führender Widerstandskämpfer wie Annedore Leber, Marion Gräfin Yorck von Wartenburg und vor allem den damaligen Bundesinnenminister Robert Lehr. Dabei ging es Bauer nicht allein um die Wiederherstellung der Ehre des Widerstands, sondern um die grundsätzliche und nachwirkende Befreiung des Gesamtwiderstands vom „Stigma des Verrats“. Bauer wollte einen Prozeß mit politischen Wirkungen: „Angeklagt war das NS-Regime. Indem Bauer für die Männer des 20. Juli den ihnen gebührenden Respekt einforderte, zwang er das Gericht, das NS-Regime als Unrechtsstaat zu verwerfen“¹⁴⁾, resümierte Rudolf Wassermann und deutete dabei auch auf die Konsequenzen dieses seiner Meinung nach „bedeutendsten Prozesses mit politischem Hintergrund seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und vor dem Frankfurter Auschwitzprozeß“: „(Bauer) spürte, wie tief trotz aller äußerlichen Bekenntnisse der Zweifel in den Menschen war, die Hitler mit gutem Glauben gedient hatten und nun

hörten, daß das Regime verbrecherisch war. Bauer wußte auch, wie kurz das Gedächtnis ist und wie gern die Nachwelt Tyrannen feiert, so furchtbar sie auch gewütet haben.“¹⁵⁾

So betrachtet, war der Braunschweiger Remer-Prozeß ein Ereignis einer Koalition von Justiz und Aufklärungswillen, den insbesondere die zahlreichen hochrangigen Gutachter zu verkörpern hatten. Die Gutachten des Theologen Hans-Joachim Iwand, des Juristen Ernst Wolf, des Historikers Percy Ernst Schramm, des Völkerrechtlers Hans-Günther Seraphin und des katholischen Theologen Rupert Angermeier wurden wenig später veröffentlicht¹⁶⁾ und trugen entscheidend zu einem politisch-moralisch begründeten Widerstandsbild bei. Erst auf dieser Grundlage konnte die „Vollmacht des Gewissens“¹⁷⁾ als Motivation der „Entscheidung“ und des „Aufstands“ des Gewissens apostrophiert werden¹⁸⁾. In dieser Zeit hat Karl Dietrich Bracher durch seine Verbindung von politischer Ethik und historischem Bewußtsein entscheidende Beiträge zur Neufundierung des Widerstands im öffentlichen Bewußtsein und in der wissenschaftlichen Diskussion geleistet¹⁹⁾.

Der Braunschweiger Remer-Prozeß rechtfertigte aber nicht allein den Widerstand im Umkreis des 20. Juli, sondern er unterstützte einen folgenschweren Trennungsvorgang, der in den fünfziger Jahren zu einem erheblichen Teil durch Gesetzgebung und Rechtsprechung verstärkt und nahezu abgeschlossen wurde. Denn im Zuge der Wiedergutmachungsgesetzgebung mußte auch die Entschädigung von Verfolgungsoptionen, von Widerstandskämpfern und politischen Gegnern des Regimes geregelt werden. Zu einem wichtigen Medium der Widerstandsdefinition wurde somit der Gesetzestext.

Das „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfol-

¹¹⁾ Ebenda.

¹²⁾ Vgl. dazu Rudolf Wassermann, Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944: Der Remer-Prozeß in Braunschweig als Markstein der Justizgeschichte, in: Recht und Politik, 20 (1984) 2, S. 68 ff.

¹³⁾ Horst W. Schmollinger, Sozialistische Reichspartei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1984, S. 2274 ff.

¹⁴⁾ R. Wassermann (Anm. 12), S. 77.

¹⁵⁾ Ebenda, S. 78.

¹⁶⁾ Die im Braunschweiger Remer-Prozeß erstatteten moral-theologischen und historischen Gutachten nebst Urteil, hrsg. v. H. Kraus, Hamburg 1953.

¹⁷⁾ „Vollmacht des Gewissens“, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Bd. 1, München 1960; Bd. 2, München 1965.

¹⁸⁾ Die beiden wegweisenden Bände von Annedore Leber und Karl Dietrich Bracher aus den fünfziger Jahren sind jetzt erneut in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung in einem Band greifbar: Das Gewissen steht auf: Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, hrsg. v. K. D. Bracher, Mainz 1984.

¹⁹⁾ Vgl. das Verzeichnis seiner Schriften, in: Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf 1987, S. 614 ff.

gung“²⁰⁾ (BEG) vom 18. 9. 1953 war ein Kernstück der umfangreichen „Wiedergutmachungsgesetzgebung“, die vom Lastenausgleich über die Hinterbliebenenversorgung bis zur Wiedereingliederung der sogenannten „Einhunderteinunddreißiger“ reichte²¹⁾. Im Zentrum stand dabei zunächst die Wiedergutmachung des Schadens für die Überlebenden nationalsozialistischer Zwangs- und Verfolgungsmaßnahmen. Die Präambel des BEG stellte das Gesetzeswerk unter die Verpflichtung, daß Personen, „die wegen ihrer politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens und der Weltanschauung“ verfolgt worden waren, aber auch denen, die „aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen. . . Widerstand“ geleistet hatten, wegen ihres „Verdienstes um das Wohl des deutschen Volkes und Staates“ eine Wiedergutmachung des erlittenen Verfolgungs- und Unterdrückungsunrechts angeboten werden müsse.

Die Bestimmung der „Anspruchsberechtigten“ und der Ausschlußgründe wirkte sich aber nicht allein auf den Kreis derjenigen aus, die Anspruch auf die Minderung entstandener Schäden „im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen“ hatten, sondern sie prägte auch das Bild des Widerstandskämpfers. § 1 BEG bestimmte: „Anspruch auf Entschädigung nach diesem Gesetz hat, wer in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 (Verfolgtenzeit) wegen seiner gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung verfolgt worden ist und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder in seinem beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat (Verfolgter). Der Verfolgung wegen politischer Überzeugung wird gleichgestellt eine Verfolgung, die darauf beruhte, daß der Verfolgte auf Grund eigener Gewissensentscheidung sich unter Gefährdung seiner Person aktiv gegen die Mißachtung der Menschenwürde oder gegen die sittlich, auch durch den Krieg, nicht ge-

²⁰⁾ Bundesgesetzblatt Nr. 62, 1953, S. 1387 ff. Vgl. vor allem Gotthard Jasper, Die disqualifizierten Opfer, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sonderheft 1988 (im Druck).

²¹⁾ Vgl. zum Zusammenhang Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, Stuttgart–Wiesbaden 1981, allerdings unter weitgehender Aussparung der Wiedergutmachung als Entschädigung für diejenigen Deutschen, die aus politischen und konfessionellen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren. Die Wiedergutmachung des Unrechts an den Juden und die Eingliederung der Vertriebenen sowie der Lastenausgleich stehen im Vordergrund.

rechtfertigte Vernichtung von Menschenleben eingesetzt hat.“

Diese gesetzgeberische Bestimmung des Verfolgten und des aktiven Gegners des Nationalsozialismus führte in der Folgezeit zu einer Präzisierung der Widerstandsvorstellung durch die Rechtsprechung, die damit zu einem weiteren Medium der Widerstandsdiskussion wurde und zugleich als Bestandteil der Gesellschaft den Wandel von Wertvorstellungen und Überzeugungen spiegelte. Dies führte faktisch zu einer Einengung der Vorstellungen über den Widerstand im Zusammenhang mit zeitgeschichtlichen Erfahrungen. So definierte das Bundesverwaltungsgericht Widerstand als ein „der politischen Überzeugung des Täters entspringendes Verhalten, welches dazu bestimmt ist und, wenigstens in der Vorstellung des Täters, auch dazu geeignet war, das abgelehnte Regime als solches über den Rahmen des Einzelfalls hinaus zu beeinträchtigen.“²²⁾

Bereits ein Jahr zuvor hatte der Bundesgerichtshof den „Erfolg“ als ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung des Widerstands bezeichnet und damit die auf das Gesamtsystem zielende Stoßrichtung in den Mittelpunkt der Bewertung gestellt. Das gegen den Widerstand selbst gerichtete Handeln sei nur dann „Unrecht im Rechtssinne“, „wenn die Widerstandshandlung nach ihrer Art und ihrem Gewicht wenigstens eine gewisse Aussicht bietet, in bezug auf das Übel der bestehenden Unrechtsherrschaft eine wirkliche Wende zum Besseren herbeizuführen“²³⁾.

Die Frage nach den „Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten“ ermöglichte dabei einerseits eine differenzierte Diskussion, verstärkte andererseits aber Differenzierungs- und Ausgrenzungsprozesse gegenüber dem Gesamtphänomen Widerstand, die auch im „Bundesentschädigungsgesetz“ angelegt waren. Dort hieß es (§ 1 BEG Abs. 4) nämlich:

„Keinen Anspruch auf Entschädigung nach diesem Gesetz hat,

1. wer der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet hat;

²²⁾ Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung vom 11. 1. 1962, zit. nach Fritz Bauer (Hrsg.), Widerstand gegen die Staatsgewalt. Dokumente der Jahrtausende, Frankfurt 1965, S. 261.

²³⁾ Urteil des Bundesgerichtshofs vom 14. 7. 1961, zit. ebd., S. 260.

2. wem nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden sind;
3. wer nach dem 8. Mai 1945 rechtskräftig zu Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt worden ist;
4. wer die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft.“

In der Auseinandersetzung über die hier genannten Ausscheidungsgründe, über Erfolgsbedingungen und schließlich über die Motive und Ziele des Widerstands entwickelte sich in der Folgezeit die zeitgeschichtliche Forschung vor allem insoweit mit, als Historiker nicht selten als Gutachter tätig wurden.

Folgende Schwerpunkte der Auseinandersetzungen zeichneten sich dabei bereits auf der Grundlage der Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsprämissen ab:

– Wichtig wurde die Diskussion über das Scheitern der Weimarer Republik. Denn erst die Beantwortung dieser Frage konnte in einer öffentlich akzeptierten Weise Aufschluß über das Problem geben, wer mit dem Scheitern der Weimarer Republik auch die Konsolidierung des Nationalsozialismus ermöglicht hatte²⁴).

– Entscheidend wurde die Bewertung der Motive und Ziele des Widerstands, denn erst die Beantwortung dieser Frage konnte über die Qualität des Erneuerungswillens der Widerstandskämpfer Aufschluß geben²⁵). Damit wurde zugleich aber die Frage nach der demokratischen und freiheitlichen Qualität aufgeworfen, die ihren Widerstand von denjenigen Widerstandsarten unterscheiden sollte, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die das neugeschaffene Bundesverfassungsgericht ein Jahr vor dem Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes im SRP-Urteil in den Grundzügen bestimmt hatte²⁶), nicht übereinstimmten. In diesem Zusammenhang wird auch die von der deutschen Öffentlichkeit zunächst weitge-

hend akzeptierte Verwerfung des kommunistischen Widerstands verständlich²⁷), nicht zuletzt im Hinblick auf die Rechtfertigung der mitteldeutschen Aufstandsversuche am 17. und 18. Juni 1953 in Ost-Berlin und anderen Städten der DDR, insbesondere auch in Magdeburg, der alten Hochburg des republikanischen „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“.

– Schließlich warf die Bestimmung der Durchsetzungskraft des Widerstands viele Fragen auf: Zum einen im Hinblick auf die Alltagsdimensionen des Widerstands, die Hilfe für Verfolgte und die aus rassischen Gründen Diskriminierten; zum anderen im Hinblick auf die Kirchen, die sich zunächst vielfach durchaus als Partner des – von ihnen zu beeinflussenden – Systems verstanden hatten, unbeschadet ihrer Versuche, ihre kirchliche und konfessionelle Eigenständigkeit zu bewahren; zum dritten schließlich im Hinblick auf die auch nach 1945 zunächst weiterhin diskriminierten Gruppen wie Sinti und Roma, Homosexuelle, Deserteure oder auch Geisteskranke, die aus den meisten grundsätzlichen Diskussionen ausgeschlossen blieben.

In den späten fünfziger Jahren konnte der Widerstand des 20. Juli 1944 seine allgemeine Akzeptanz zumindest in der Rechtsprechung, weniger in der demoskopisch manifesten Meinung festigen. Wenn der Bundesgerichtshof unabhängig vom etwaigen Erfolg den „lebens- und entwicklungsfähigen Keim“ eines nur als möglich gedachten Erfolges zu bestimmen suchte, „durch den er selbst bei seinem etwaigen äußeren Scheitern als ein gültiges und wirksames Zeugnis für das Recht und für den in dem unterdrückten Volk noch lebendigen Willen zum Recht in die Zukunft hinaus wirkt und so jedenfalls zur Vorbereitung der schließlichen Überwindung des allgemeinen Unrechtszustandes einen entscheidenden Beitrag leistet“²⁸), so hatte er die Perspektive einer Kontinuität im Auge, die auf die Nachkriegsdemokratie verwies. Dies mußte Widerspruch hervorrufen bei denen, die sich nicht allein durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung legitimiert wähnten. Dazu gehörten die durch das SRP- und KPD-Urteil (von 1952 und 1956) betroffenen Kommunisten und die Anhänger des in der DDR zunehmend stärker geschichtswissen-

²⁴) Die Frage nach dem Scheitern der Weimarer Republik umfassend und in bis heute gültiger Weise beantwortet zu haben, ist das große Verdienst von Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955, Königstein 1978⁶.

²⁵) Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Hermann Graml (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt 1984, S. 14 ff. (zuerst 1966).

²⁶) Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 2, 1953, S. 10 ff.

²⁷) Neben dem Widerstand aus der KPD und der SPD findet auch der Widerstand um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen in der Nachkriegszeit keine angemessene Würdigung. Vgl. etwa Heinz Höhne, Kennwort: Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle, Frankfurt 1970, und ders., Der Krieg im Dunkeln. Macht und Einfluß der deutschen und russischen Geheimdienste, München 1985, S. 305 ff.

²⁸) Vgl. Anm. 23.

schaftlich begründeten Antifaschismus-Konzepts, zum anderen aber auch die Angehörigen des Widerstands aus der Arbeiterbewegung, die mit dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Widerstand in den ersten Jahren des Dritten Reiches ausgeblutet worden waren.

Als weiteres Problem stellte sich für die deutsche Öffentlichkeit die Frage nach den „nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen“ als Gegenbild des Widerstands. Sie waren im Bundesentschädigungsgesetz bereits in den „allgemeinen Vorschriften“ eindeutig definiert worden und spiegeln in der Formulierung des § 1 Abs. 3 BEG ein wichtiges Urteil des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 1952. Als der BGH im Falle eines Menschen zu urteilen hatte, der seine Mitwirkung an den Deportationen mit dem bestehenden Recht zu entschuldigen glaubte, hatten die Richter gegen die weitverbreiteten Amnestiebestrebungen bekräftigt, daß ein Kernbereich des Rechts nach allgemeiner Rechtsüberzeugung von keinem Gesetz und von keiner staatlichen Macht verletzt werden dürfe. Deshalb müsse der „unantastbar“ geltende „Grundsatz menschlichen Verhaltens“ respektiert und praktiziert werden²⁹⁾. Das BEG bestimmte unter dem Eindruck dieser grundsätzlichen Entscheidung: „Nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen sind solche Maßnahmen, die auf Veranlassung oder mit Billigung einer Dienststelle oder eines Amtsträgers des Reiches oder Landes oder einer sonstigen Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechtes oder der NSDAP oder ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände aus den Verfolgungsgründen gegen den Verfolgten gerichtet worden sind. Es wird vermutet, daß solche Maßnahmen gegen den Verfolgten gerichtet worden sind, wenn dieser zu einem Personenkreis gehörte, den in seiner Gesamtheit die deutsche Regierung oder die NSDAP durch ihre Maßnahmen vom kulturellen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands auszuschließen beabsichtigte.“³⁰⁾

Auf diese Weise wurde bekräftigt, daß sich die Beschränkung der staatlichen Rechtsetzungsgewalt nicht allein aus der bestehenden Rechtsordnung, sondern aus dem „jeden Gesetzgeber und Machthaber“ in gleicher Weise verpflichtenden „Grundgedanken der Gerechtigkeit und Menschlichkeit“ ergibt, „wie er im Bewußtsein der Allgemeinheit

lebt“. Damit wurde der Naturrechtsgedanke³¹⁾ an die Seite des Widerstandsrechtes gestellt und bekräftigt, daß alle staatlichen Anordnungen, die sich vom Grundgedanken der Menschenwürde entfernten und den Bezugspunkt menschlicher Würde aufgäben, nicht als Ausdruck einer menschenwürdigen Ordnung eingeschätzt werden könnten. Wenn das Gericht weiterhin hervorhob, es sei unerheblich, ob ein Angeklagter sich durch sein Unrechtsbewußtsein von anderen unterscheide, so bekräftigte es die Autonomie des Gewissens und die Ehrenhaftigkeit einer reinen Gewissensentscheidung, denn bei „Anspannung des Gewissens“ müsse sich der einzelne in der Konfrontation mit der Frage nach Recht und Unrecht als Kriterium für verletztes und zu verteidigendes Menschenrecht einfach richtig entscheiden. Mit diesem Urteil fand nicht zuletzt auch der Kriterienkatalog der Menschenrechtskonvention seinen Niederschlag. Mit dieser Menschenrechtsdiskussion der fünfziger Jahre ist ein weiteres Medium der Widerstandsrezeption benannt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in der Auseinandersetzung der fünfziger und frühen sechziger Jahre durch den Blick auf die Vergangenheit ganz unterschiedliche Deutungen und Wertungen des Widerstandsrechtes möglich waren. Die Situationen vergangener und gegenwärtiger situationsabhängiger Deutungen überlagerten sich. Lebenserfahrungen des Versagens und der Konfrontation mit dem Schrecken traten neben den Willen, die Normen der westlich-liberalen Ordnung zu übernehmen und demonstrativ unter Hinweis auf historische deutsche Menschenrechtsbewegungen zu bekräftigen. Dies geschah nicht selten gegen die verbreitete Meinung innerhalb der Bevölkerung, konnte sich aber auf publizistischen Rückhalt stützen.

Das Problem, das Recht des Widerstands begrifflich zu präzisieren und gleichsam rechtlich einzuhegen, wurde in den fünfziger Jahren weniger durch den historischen Rückgriff als durch den zeitgenössischen Bezugsrahmen erleichtert. Denn die Existenz einer „totalitären“ DDR machte die Legitimität des Widerstands plausibel und wies die Kritiker des antinationalsozialistischen Widerstands unwiderruflich in die Schranken. Nicht zuletzt diese Erfahrungen der Mitteldeutschen mit der Wirklichkeit in der DDR führten schließlich zur allgemeinen Anerkennung eines übergesetzlichen Widerstandsrechtes³²⁾. Widerstandsrecht galt dabei als Indivi-

²⁹⁾ Vgl. allg. Hermann Rückerl, Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945–1978. Eine Dokumentation, Heidelberg–Karlsruhe 1979.

³⁰⁾ Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, § 1 Abs. 3.

³¹⁾ Guter Überblick bei Werner Maihofer (Hrsg.), Naturrecht oder Rechtspositivismus, Darmstadt 1972.

³²⁾ Vgl. Arthur Kaufmann (Hrsg.), Widerstandsrecht, Darmstadt 1972. Die alltagsorientierte zeitgeschichtliche

dualrecht, nicht als Kollektivrecht. Deshalb sollte es sich nicht eignen, politische Gruppenauseinandersetzungen — etwa um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland — zu legitimieren. Weiterhin galt es als Abwehr-, nicht als Gestaltungsrecht; deshalb dürfte es nicht im Vorgriff auf ein unterstelltes oder zu erwartendes Unrecht proklamiert werden. Damit wurde das Widerstandsrecht allmählich zum Recht auf die Verteidigung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, die eine Voraussetzung für die Zähmung staatlicher oder politischer Willkür darstellt³³). Überspitzt konnte man sagen, daß gerade die im Grundgesetz

angelegte Ordnung des Widerstandsrechts domestiziert. Als konservierendes Notrecht wurde das Widerstandsrecht ausdrücklich durch seine Bedeutung für die Wiederherstellung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung definiert und insofern gegen die KPD gewendet³⁴), die 1956 als verfassungsfeindliche Partei wegen ihrer Stoßrichtung gegen diese Grundordnung durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verboten worden war³⁵). Damit drohte zugleich endgültig der im § 1 Abs. 4 BEG formulierte Ausschlußgrund folgenreich für die Einschätzung des kommunistischen Widerstands zu werden.

III. Kritik des politisch vermittelten Widerstandsbildes durch wissenschaftliche Forschung

Nach der grundsätzlichen Fixierung der rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung der Verfolgung und des Widerstandes durch die Gesetzgebung rückte seit den fünfziger Jahren die Auseinandersetzung über die Bewertung des Widerstands mit wissenschaftlichen Kriterien in den Vordergrund. Die Diskussion wurde dabei zum einen überlagert von Versuchen, die juristische Ahndung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen auf eine klare verfahrensmäßige Grundlage zu stellen. Zum anderen waren Versuche spürbar, zugleich mit politischen Auseinandersetzungen über Verstrickung, Mitwirkung, Halbherzigkeit und Illusionen derjenigen, die dem Nationalsozialismus anfangs nicht entschlossen genug entgegengetreten waren und in der Nachkriegsdemokratie eine wichtige Stellung innerhalb des Regierungs- oder zumindest des parlamentarischen Systems erlangt hatten, das Bild vom Widerstand zu prägen. Auseinandersetzungen über die Beteiligung politischer Gruppen und ihres gesellschaftlichen Umfelds an der Konsolidierung des Nationalsozialismus im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes, des Reichskonkordats, der Nürnberger Gesetze oder der Vorbereitung der kriegerischen „Raumeroberung“ prägten viele öffentliche Debatten und mit ihnen auch das Bild derjenigen, die erst vergleichsweise spät zu Gegnern des Natio-

nalsozialismus geworden waren oder eine „partielle“ Widerstandshaltung — Teilopposition und Teilkoooperation — bekundet hatten.

Die Neubewertung des Exils ist eine Leistung der historischen Forschung seit den späten sechziger Jahren. So werden in der frühen Studie von Dieter Ehlers über „Technik und Moral einer Verschwörung“ noch die Möglichkeiten des Widerstands von denen des Exils unterschieden: „Passiver Widerstand“ wird neben Selbstmord und Desertion, Ämterrücktritt und Sabotage, Gehorsamsverweigerung und Streik genannt. Damit werden Kampfweisen untersucht, die dem Exil in dieser Form nicht erschlossen waren. So ist es nicht verwunderlich, daß Emigration neben Selbstmord und Desertion als eine der untersten Stufen des Versuchs behandelt wird, den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Lapidar heißt es: „Wie der politische Selbstmord, so war auch die Emigration (und die Desertion) eine Weise des Fortgehens. Der Schock, den die plötzliche, nicht totzuschweigende Abwesenheit eines prominenten Regimegegners in der Öffentlichkeit hervorrufen konnte, und die damit verbundene stumme Demonstration seiner Gegnerschaft machten die Emigration zu einem Politikum und damit zu einer ‚Methode des passiven Widerstands‘.“³⁶)

Verbindung von Lebenslagen in totalitären Staaten prägt auch die Arbeiten von Fritz Bauer, die entscheidende Anstöße für eine sich aus engen zeithistorischen Bezügen befreiende Widerstandsdiskussion gaben.

³³) Vgl. zum Gesamttenor den Auszug aus den entscheidenden höchstrichterlichen Urteilen der fünfziger und sechziger Jahre bei Fritz Bauer (Anm. 22), S. 256 ff.

³⁴) Ebenda, S. 261.

³⁵) Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 5, 1956, S. 133 ff. Zum Gesamtproblem siehe die gute Dokumentensammlung von Erhard Denninger (Hrsg.), Freiheitlich demokratische Grundordnung. Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik, Frankfurt 1977.

Neben diesem Demonstrationseffekt erwähnt Ehlers die dem Emigranten durch die Flucht eröffnete Möglichkeit, „von außen, vom Ausland her, nunmehr offen und ungehemmt mit geistigen Waffen weiterhin auch aktiven Widerstand zu leisten“.

Seine Perspektive bleibt jedoch primär durch den Gegensatz von Widerstand von innen – im Umkreis des 20. Juli 1944 – und „Widerstand von außen“ geprägt. Deshalb faßt er die Ansicht der im Land gebliebenen Widerstandskämpfer zusammen: „Was konnte ein Emigrant praktisch tun? Er konnte Flugschriften und Broschüren verfassen, nach Deutschland einschmuggeln und damit Widerstandskämpfern im Lande fertiges Druckmaterial liefern – das dann aber noch verteilt, verbreitet werden mußte. Das geheimpolizeiliche Netz im ‚Dritten Reich‘ war aber derartig engmaschig und perfekt, daß dieses illegale Schrifttum Spuren hinterließ und Verhaftungswellen motivierte, die jeden erfaßten, der verdächtig war.“³⁷⁾ Dies bedeutet, daß nicht nur ein ineffektiver Kampf von außen geführt wurde, sondern daß dieser Kampf mit einer Gefährdung der inneren Front einherging.

Immerhin referiert Ehlers als Ansicht des Widerstands im Umkreis des 20. Juli 1944, daß „das illegale Schrifttum symbolisch und faktisch“, „aber nicht umwerfend“ wirkte: „Mit verbalen Waffen war der Koloß nicht zu stürzen.“ Die Technik des Exils war in dieser Perspektive auch später charakterisiert durch Wirkungslosigkeit auf der einen, Gefährdung der Deutschen auf der anderen Seite: Belastet mit dem Makel des „Landesverrats“, angewiesen auf die Macht des Wortes im unübersichtlichen publizistischen Blätterwald, ohne tiefen Rückhalt bei den Regierungen des Auslandes, sondern bestenfalls bei den jeweiligen Oppositionsparteien, ohne staatsrechtlichen Status und moralischen Respekt konnten sie niemals als Beweis für die „Existenz“ einer Widerstandsbewegung Anerkennung erlangen und mußten sich andererseits sogar – nach Ehlers – dem Vorwurf aussetzen, durch ihre Aktivitäten im ausländischen Rundfunk zur Gefährdung der Deutschen beigetragen zu haben, die wegen des Abhörens ausländischer Rundfunksender Gefahr für Leib und Leben riskierten.

Die Bemerkungen von Ehlers rufen heute wahrscheinlich Erstaunen hervor. Dennoch sind weitere seiner Schlußfolgerungen bemerkenswert, weil sie bis heute die Exilforschung herausfordern, die Be-

deutung des Kampfes aus dem Exil für die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes realistisch einzuschätzen. Wenn man Ehlers These teilt, daß jeder Emigrant mit seinem persönlichen und „historischen Dilemma“ konfrontiert war, „manchmal als nützlich, meist als lästig empfunden und empfangen, immer aber als entmachtet und abhängig vom Wohlwollen des Gastlandes angesehen zu werden“, so wird die Tatsache plausibel, daß die deutschen Exilpolitiker im wesentlichen „derart zu einem Schattendasein“ verpflichtet worden waren, daß sie in den Plänen des spät aufbrechenden Widerstandes von nationalliberal, liberal- oder nationalkonservativ gesinnten Kreisen kein Faktor werden konnten: Die Regierungspläne der Militäropposition stützten sich ebensowenig auf von außen kommende, zurückkehrende Exilpolitiker wie die späteren Überlegungen zur Bildung von Ministerlisten³⁸⁾.

Im moralischen Urteil des „Widerstands gegen den Nationalsozialismus“ von innen war also das Verdikt über die Emigranten relativ klar formuliert und entwickelte sich nach 1945 zu einer schweren Hypothek. Dabei drängt sich allerdings der Eindruck auf, als wenn die mehrfach konstatierte Tatsache einer tiefen Entfremdung zwischen innerem Widerstand und Exil vor allem die Konkurrenz um Macht und Einfluß nach 1945 spiegelte, weniger aber die unmittelbaren und zeitursprünglicheren Überlegungen nach 1933. Denn nichts verweist darauf, daß der Grenzübertritt der erste Schritt eines „bequemeren Weges“ gewesen war. Dieses Urteil, das sich meiner Quellenkenntnis nach allein auf das Urteil der überlebenden Regimegegner stützen konnte und insofern einen Gutteil Selbstrechtfertigung spiegelte, lautete: „(Der Emigrant) hatte gut reden. Er reagierte außerhalb der Machtzone Hitlers und seiner Gestapo. Darum galt für die Verschwörer des 20. Juli die Emigration als bequemerer Weg, solange für den, der die Flucht erwog, noch keine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben bestand. Besser ‚Talleyrandsche Methoden‘ anwenden, seine wahre Gesinnung also tarnen, sich demütigen lassen und ein Doppelspiel treiben, aber heimlich Widerstand leisten, statt zu emigrieren – so lautete selten einmütig die Auffassung der Verschwörer des 20. Juli“, die sich überdies ihre „deutliche, patriotische Distanz zu den Alliierten zugute hielten“ und aus der zunächst vielfach beklagten „Not“ einer „Distanz auf Gegenseitigkeit“ eine Tugend zu machen schienen³⁹⁾.

³⁶⁾ Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung: 20. Juli 1944, Frankfurt–Bonn 1964, S. 28.

³⁷⁾ Ebenda, S. 29.

³⁸⁾ Vgl. ebenda.

³⁹⁾ Ebenda, S. 30.

In diesem Urteil scheint die Frage nach dem Handlungsrahmen des Exils durch die Begrenzung der Möglichkeiten charakterisiert. Die Thesen von Ehlers werden in der modernen Widerstandsforschung nicht mehr geteilt, wengleich es bemerkenswert selten für richtig gehalten wird, in Gesamtdarstellungen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus das Exil als gleichwertige Form der Selbstbehauptung und der Bekämpfung, nicht zuletzt auch der Neuordnung zu behandeln. Zunächst aber standen Fragen nach der Haltung des Auslands zum Widerstand, weniger die Selbstorganisation und Tätigkeit des Exils im Vordergrund.

Entscheidende Impulse gingen von der modernen Exilforschung aus, die ihre Forschungs-, Deutungs- und Bewertungsperspektiven aus dem „Innenblick“ entwickelte. Sie erstreckte sich sowohl auf Lebenslagen und Verarbeitungsformen als auch auf die minutiöse Rekonstruktion von innerorganisatorischen Diskussionen, Auseinandersetzungen und Organisationsversuchen. Sie hat auf diese Weise zunehmend das Gespür für die politische Dimension, die „technische Spezifik“, aber auch die Differenzierung von Zielvorstellungen im zeitlichen Prozeß geweckt. Mit den verbreiteten Sammelbänden über „Widerstand und Exil“ scheint mir grundsätzlich der Blick für die Verflechtung von „Widerstand von innen“ und „von außen“ gelungen und unstrittig geworden zu sein⁴⁰⁾.

Anfang der sechziger Jahre setzte überdies eine inhaltliche Neuakzentuierung ein, die Folge einer politischen Bewertung des Widerstands von Kirchen, von Vertretern des „Bürgertums“ und von Oppositionsparteien war. Zunehmend wirkte sich auch die Auseinandersetzung mit der Widerstandsforschung in der Geschichtsschreibung der DDR aus. Sie führte zu einer Prüfung mancher Thesen und Befunde und damit auch zu einer Relativierung der Positionen, die sich in den fünfziger Jahren während der Diskussion über den kommunistischen Widerstand eingestellt hatten. Von signalartiger Bedeutung waren dabei die Akzente, die Hermann Graml, Hans Mommsen und andere setzten; sie lenkten den Blick auf die Zielvorstellungen des Widerstands im Umkreis von Goerdeler, von Hassell, Popitz, von der Schulenburg, ansatzweise auch von Beck, der erst Jahre später von Klaus-Jürgen Müller kritisch gewertet wurde. Unumstritten blieben in den sechziger Jahren vor allem die Mitglieder der „Weißen Rose“, denen sehr früh durch Inge Scholl ein publizistisches Denkmal gesetzt worden war, und der „Kreisauer Kreis“, dessen innere Ge-

schichte, aber auch seine Staats-, Wirtschafts- und Rechtsvorstellungen Ger van Roon profund beleuchtet hatte⁴¹⁾. Seine Darstellung blieb zwar nicht unkritisiert, gilt aber bis heute als solider Grundstein einer widerstandsgeschichtlichen Zielanalyse, die um so wichtiger wurde, als die Verfassungs- und Gesetzesvorstellungen, aber auch die stark christlich orientierte Grundanschauung vieler „Kreisauer“ auf die Grundlagen der deutschen Nachkriegsdemokratie verwiesen.

Von folgenschwerer Wirkung blieben hingegen die Neubewertungen der Verfassungs-, Gesellschafts- und Politikvorstellungen des bürgerlichen Widerstandes einschließlich der militärischen Widerstandsgruppen. Die linksliberale Publizistik nahm die Neuakzentuierung des „nationalkonservativen“ Widerstands auf, der nun nicht mehr in die Kontinuität der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern autoritärer Staatsvorstellungen gerückt schien. Gleichzeitig setzte eine Intensivierung der Erforschung regionaler Widerstandsgeschichte ein, die nahezu unvermeidlich auch den Widerstand aus der Arbeiterbewegung, aus den Gewerkschaften und lokalen Oppositionsgruppen stärker akzentuierte und vielfach überhaupt erst wieder die Erinnerung an einzelne Gegner des Nationalsozialismus im regionalen und örtlichen Umfeld weckte⁴²⁾. Damit wandelte sich aber auch die Anknüpfung an den Begriff politischer Gegnerschaft. Hatte sich unter dem Einfluß der Generalklauseln des BEG vor allem die Frage nach der Motivation und — unter dem Einfluß der höchstrichterlichen Rechtsprechung — die nach der Durchsetzungs- und Erfolgchance gestellt, so rückte nunmehr die politisch motivierte Gegnerschaft als Voraussetzung einer politischen Verfolgung in den Mittelpunkt. Sie beeinflusste entscheidend die Neubewertung des Arbeiterwiderstands und des Kampfes gegen den Nationalsozialismus aus der Arbeiterbewegung.

Die starke politische Bewertung des Widerstands drückte sich zunehmend in einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dessen „Vermächtnis“ aus,

41) Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der Deutschen Widerstandsbewegung, München 1967. Vgl. dazu die beiden sehr substantiellen Besprechungen von Eugen Gerstenmaier in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 15 (1967) 3, und Otto Heinrich von der Gablentz in: Politische Vierteljahresschrift, 9 (1968), S. 592 ff.

42) Die Publikationen von Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus — Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930—1945, Hannover 1969, und Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933—1945, Bonn-Bad Godesberg 1973² müssen als Pionierstudien gelten.

40) Von exemplarischer Bedeutung ist „Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933—1945“, Bonn 1981.

und dies nicht nur anlässlich des Gedenkens an den Jahrestag des 20. Juli 1944 auf Veranstaltungen in Berlin und Bonn, sondern auch im Zusammenhang mit den verschiedenen Gedenktagen der deutschen Zeitgeschichte und der Widerstandshistorie. Die zentralen Gedenkveranstaltungen und die grundlegenden Stellungnahmen anlässlich der wichtigen „runden“ Gedenktage sollen hier nicht resümiert oder kritisiert werden. Denn unabhängig von den inhaltlichen Diskussionen findet sich in ihnen vor allem die Bemühung um die moralische und ethische Substanz unter gegenwartsorientierter Perspektive. Zuweilen deuteten sich in einzelnen Reden Forschungsperspektiven an, etwa wenn Gustav Heinemann Fiete Schulze als Vertreter des kommunistischen Arbeiterwiderstands hervorhob⁴³⁾ oder Dietrich Stobbe als Vertreter des als Redner ausgeschlossenen Herbert Wehner ein Plädoyer für die Respektierung der Breite und Vielfalt des Widerstands formulierte⁴⁴⁾. In vielen Reden der Politiker drückte sich der Wandel von Forschungsperspektiven aus, vielleicht vermittelt durch historische Berater oder historisch orientierte Redenschreiber, vielleicht aber auch kräftig angestoßen durch ein gewandeltes öffentliches Bewußtsein, welches zunehmend von den Widerstandskämpfern im Umkreis des 20. Juli abrückte und alltägliche Dimensionen⁴⁵⁾ in den Vordergrund gestellt sehen wollte⁴⁶⁾.

Ganz entscheidend wirkte sich aber die Politisierung des Widerstandsbegriffs durch Kontroversen zwischen einzelnen Gruppen und staatlichen Institutionen aus. Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Diskussion Mitte der fünfziger Jahre unter dem Eindruck des studentischen Protestes in Göttingen⁴⁷⁾. Eine wichtige Fortsetzung brachte die

⁴³⁾ Gustav W. Heinemann, Eine Flamme am Brennen halten, in: Gedanken zum 20. Juli 1944, hrsg. v. d. Forschungsgemeinschaft 20. Juli, Mainz 1984, S. 67 ff.

⁴⁴⁾ Dietrich Stobbe, Berlin war die Hauptstadt des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in: Der 20. Juli 1944 (Anm. 3), S. 153 ff.

⁴⁵⁾ Dabei wirkte sich auch eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz aus, alltagsgeschichtliche Dimensionen im zeitgeschichtlichen Unterricht zu berücksichtigen. Vgl. allg. Peter Meyers und Dieter Riesenberger (Hrsg.), Der Nationalsozialismus in der historisch-politischen Bildung, Göttingen 1979.

⁴⁶⁾ Dies prägt ganz stark die Zusammenstellung von Hans-Jochen Markmann, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933–1945. Modelle für den Unterricht, Mainz 1984, in dem der Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944 stark an den Rand des Interesses gedrängt wird.

⁴⁷⁾ Heinz-Georg Marten, Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955, Göttingen 1987.

Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung. Sie zeitigte zugleich Gegenreaktionen, die auf eine besondere Akzentuierung des militärischen Widerstands hinausliefen und schließlich in die widerstandsgeschichtlich geprägte Traditionsdiskussion der Bundeswehr mündeten⁴⁸⁾. Gleichzeitig entstand im Zuge der Auseinandersetzung über die Atombewaffnung, welche Proteste von Wissenschaftlern wie Karl Barth, auch wichtiger Kirchenleitungen oder den Appell Göttinger Naturwissenschaftler hervorrief, eine neue Rechtfertigung des Widerstehens, die sich nicht zuletzt aus dem Schweigen in den frühen Jahren des Dritten Reiches legitimierte⁴⁹⁾. In der Auseinandersetzung über die Atombewaffnung schlangen zugleich Diskussionen über das KPD-Verbot nach.

Eine Neuauflage der Widerstandserörterungen im Umfeld des 17. Juni 1953 brachte die Errichtung der Mauer durch die DDR-Führung, nicht zuletzt aber auch die Erfahrung mit dem Schießbefehl an den Absperr- und Grenzanlagen. Wie weit kann der Gehorsamsanspruch des Staates gehen?, fragten sich viele Deutsche, nicht zuletzt, nachdem schließlich sogar ein Volkspolizist geflüchtet war, der einen anderen Flüchtling erschossen hatte. Die Auseinandersetzungen über die rechtliche Bindung des Schießbefehls hatte nicht nur einen gegenwartsbezogenen, sondern auch einen historischen Hintergrund: Seit 1958 fanden in der Bundesrepublik zunehmend Strafermittlungen gegen nationalsozialistische Gewaltverbrecher ihr Ende in vielbeachteten Prozessen, die immer auch die Frage nach der Folgebereitschaft der Bevölkerung stellten und Anpassung mit dem Widerstehen und dem Widerstand anderer konfrontierten, die sich nicht gefügt hatten. Den Höhepunkt einer politischen und politisierten Widerstandsdiskussion stellten die häufig auf den Straßen ausgetragenen Kontroversen über die Notstandsgesetzgebung dar, die schließlich auch das Widerstandsrecht in das Grundgesetz einfügten⁵⁰⁾.

Die wissenschaftlichen Konsequenzen dieser Diskussionen liegen auf der Hand: Die Auseinander-

⁴⁸⁾ Norbert Wiggershaus, Die Bedeutung und Nachwirkung des militärischen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland und in der Bundeswehr, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime, Herford 1985², S. 501 ff.

⁴⁹⁾ Damit ist eine seit 1945 immer wiederkehrende Metapher des Schuldbekennens politisch umgesetzt. Die vielfältige Literatur zu den Schuldbekennnissen von 1945 und 1947 kann hier nicht diskutiert werden.

⁵⁰⁾ Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze, Bonn 1986.

setzung über Kriegsdienstverweigerung und Schießbefehl stellte die Frage nach den individuellen Grenzen von Befehl und Gehorsam, nach der „Zivilcourage“ (d. h. nach einem alten, u. a. intensiv von Dietrich Bonhoeffer diskutierten, aber erst in den frühen sechziger Jahren von John F. Kennedy erneut propagierten Begriff) sowie die nach der Gewissensbindung. Die Auseinandersetzungen über die nationalsozialistischen Strafverfahren, die in der Mitte der sechziger Jahre in die große Verjährungsdebatte von 1965 mündeten und ihre Fortsetzung 1969 und 1979 fanden⁵¹⁾, hoben ebenso wie die großen Strafprozesse über die Vernichtungslager den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes unmißverständlich und geradezu undiskutierbar in das öffentliche Bewußtsein. Dies legitimierte den Widerstand in einer ganz entscheidenden Weise und machte deutlich, was er verhindert hätte und welche Prinzipien der Mitmenschlichkeit er verkörperte. Damit rückte die ethische Perspektive in den Vordergrund — allerdings unter Zurückdrängung der politischen und der konfessionell-religiösen Dimension. Besonders intensiv wurde die Verstrickung von einzelnen und Institutionen in die nationalsozialistische Gewaltpolitik nach der Auf-führung von Hochhuths „Stellvertreter“ disku-tiert⁵²⁾ und endete schließlich in einer allgemeinen Kritik an der Haltung der Kirchen zur Judenfrage, die wiederum gegenwartspolitische Konsequenzen in der intensivierten Diskussion über das Verhältnis von Juden und Christen beider Konfessionen zeigte.

Die neue Akzentuierung der alltäglichen Widerstandshandlungen konnte an den Begriff des „zivilen Ungehorsams“ und der „Zivilcourage“ anknüpfen und legitimierte sich vor allem aus dem Gegensatz zwischen Individuum und Staat, der gleichgesetzt wird mit Zwang, Herrschaft, Zumutung an das Gewissen. Hinzu kam der Wunsch, die Akzente zu verschieben — „nicht mehr allein“ den 20. Juli gelten zu lassen, wie eine allgemein positiv aufgenommene Fernsehsendung formulierte⁵³⁾, sondern insbesondere auch dem Arbeiterwiderstand als einem Widerstand aus der Arbeiterbewegung und von Arbeitern Anerkennung zu zollen.

Die wissenschaftliche Forschung hatte diese gruppen-, organisations- und parteiorientierte Ausweitung der Interessen weitgehend aufgenommen und unterstützte so die Herausbildung eines Widerstandsbildes, welches sich nun gleichsam aus einer Summierung zu ergeben schien. Insbesondere in der regionalen Widerstandsgeschichte zeigte sich dieser Wunsch zur historischen Summenbildung in zahlreichen Lokal- und landesgeschichtlichen Studien, die den Blick vor allem auf Kleinformen des Widerstands lenkten und damit die alltagsgeschichtliche Dimension erschließen halfen⁵⁴⁾. Dieser Trend wurde schließlich in den siebziger Jahren durch eine breite Geschichtswerkstättenbewegung unterstützt⁵⁵⁾. Politisch kam der Veralltäglichsung und Individualisierung des Widerstands der Prozeß einer Individualisierung politischer Denkprozesse entgegen, wie er sich in einer zunehmenden Öffnung politischer Rechtfertigungen für Gewissensentscheidungen ausdrückte.

In den siebziger Jahren setzte somit eine neue Phase politischer Diskussion ein, die in der Gewissensentscheidung einen wichtigen Bezugspunkt setzen wollte. Dies hatte mit der Diskussion über Strafrechtsreformen begonnen. Die Aufhebung der Strafbarkeit von „Homosexualität“, die Ausweitung der Kriegsdienstverweigerung und die Erleichterung der Anerkennungsverfahren, die Diskussion über die Aufnahme von Asylanten im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Nigeria, Bangladesh und schließlich Vietnam (Boat People), aber auch über die Schrecken in Lateinamerika nach dem Sturz von Allende, in Mittelamerika und schließlich in Argentinien, die Auseinandersetzungen über Havemann, Sacharow und die Dissidenten im Ostblock veränderten den Zugang zu Dimensionen der Widerständigkeit in einem ganz entscheidenden Maße und stellten darüber hinaus die Frage nach Verfolgung und Widerstand im Dritten Reich. Denn die Geschichte dieser Verfolgungen, vor allem von Homosexuellen⁵⁶⁾, diente zugleich der Legitimierung dieser Gruppen in der Gegenwart und verstärkte die Entstehung eines verfolgungsgeschichtlich begründeten Selbstverständnisses, welches etwa in der Frauengeschichte in den Versuch

⁵¹⁾ Zur Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen. Dokumentation der parlamentarischen Bewältigung des Problems 1960—1979, 3 Teile, Bonn 1980.

⁵²⁾ Vgl. Rolf Hochhuth, Der Stellvertreter. Ein christliches Trauerspiel, mit Essays von Sabina Lietzmann, Karl Jaspers u. a., Reinbek 1967.

⁵³⁾ Es gab nicht nur den 20. Juli . . . Dokumente aus einer Sendereihe im Westdeutschen Fernsehen, Wuppertal 1979.

⁵⁴⁾ Vgl. Martin Broszat/Elke Fröhlich, Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus, München—Zürich 1987.

⁵⁵⁾ Bemerkenswert ist zweifellos: „Projekt: Spurensicherung“. Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre, hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Berlin 1983.

⁵⁶⁾ Hans-Georg Stümke u. a. (Hrsg.), Rosa Winkel, Rosa Listen. Homosexuelle und ‚Gesundes Volksempfinden‘ von Auschwitz bis heute, Reinbek 1981.

mündete, Widerstand als Teil der gegenwärtigen Identitätsfindung öffentlich plausibel zu machen⁵⁷). Auch diesen Prozeß unterstützten Wissenschaftler durch ihre Forschungen, indem sie sich neuen Fragen öffneten, aber auch bewußt neue Bedürfnisse geschichtslegitimatorischer Art befriedigten.

Geschichtswissenschaftliche Forschung rechtfertigt sich im Zuge dieser Entwicklungen vielfach nicht mehr allein durch ihr Kritikpotential, sondern durch eine Art Servicefunktion, die durch eine Differenzierung und Bewertung ganz unterschiedlicher Widerstandsdimensionen und Widerstandsleistungen noch an Durchschlagskraft gewinnen soll. Rezeptions- und Realgeschichte verschwimmen, die Kritik an bisher politisch hauptsächlich akzeptierten Widerstandsbewegungen nimmt zu und richtet sich dabei vor allem gegen die Betonung des kirchlichen Widerstands, der natürlich von der Bewertung der Kirchen nicht zu trennen ist, sowie gegen die Heraushebung des bürgerlich-militärischen Widerstandes, als dessen intellektueller Kopf auf der einen Seite der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler, auf der anderen Seite General Beck gilt.

Diese Kritik an der gleichsam als „etabliert“ unterstellten Widerstandsgeschichte fand einen beachtlichen Resonanzboden in der Publizistik, aber auch in der pädagogischen Diskussion. Sie reflektierte so den inzwischen auch demoskopisch manifestierten Wunsch, Vergangenheit „vergehen zu lassen“, wie im Zusammenhang des Historikerstreits formuliert wurde, d. h. nicht mehr die Koordinaten derzeitiger politischer Legitimation aus zeitgeschichtlichen Erfahrungen plausibel zu machen.

Die Geschichte des Widerstands diene andererseits im Zusammenhang dieser Entwicklung aber zusehends als „Steinbruch“, aus dem politische Debatten ihre illustrierenden Beispiele beziehen. Dies zeigte sich bei den Auseinandersetzungen um die Kernenergie, die neue Konfliktformen hervorbrachten: Blockaden, Boykotts, Demonstrationen, schließlich Verweigerungsaufrufe. Überraschend ist, daß diese Protestformen sich immer wieder durch historische Argumentation plausibel zu machen versuchten. So wurde der Volkszählungsboykott nicht zuletzt durch den Hinweis auf die Bevölkerungs- und Berufszählung von 1939 gerechtfertigt⁵⁸); so wurde der atomare Holocaust in den Zusammenhang mit dem Völkermord an den Juden gestellt; so werden aktuelle Proteste durch das Ausbleiben öffentlichen Widerspruchs im Dritten Reich legitimiert.

Die gelenkte Politisierung der Gesellschaft im Dritten Reich, ihre Durchstaatlichung, soll die Proklamation politischer Autonomie in der Gegenwart gleichsam als Kontrastfolie legitimieren, die sich in den Lebensstil- und Umwelt-, in den Zukunfts- und Gegenwartskritikdebatten im Zuge einer konstruierten oder nur stillschweigend unterstellten Analogie greifen läßt.

Visionäre Bedeutung haben diese Auseinandersetzungen in den Gerechtigkeits- und Friedensdiskussionen erhalten. Dabei geht es um Überlebensbedingungen der Menschheit, weniger – sieht man von der Menschenrechtsdiskussion ab – um die Sicherung individueller menschlicher Existenz. Die Aktionen der Widerständigkeit werden durch die Pflicht, für die Sicherung der menschlichen Gattung, der nachkommenden Generationen, gerechtfertigt. Das bedeutet, daß die Verweigerung der Widerständigkeit kontrastiert wird mit der unterstellten Hinnahme des „Menschheitsverbrechens“, des „Verbrechens an der Menschheit“, in der Terminologie von Karl Jaspers also mit einem Völkermord⁵⁹). Die Friedensdiskussion fordert die Öffentlichkeit auf, angesichts letzter Dinge Stellung zu nehmen, und sie fordert durch historische Assoziationen öffentlich besonders die evangelische Kirche heraus. Dabei geht es nicht mehr, wie im politischen Raum, um die Bestimmung von Staatsgrenzen und Staatszwecken, die sich in der theoretischen und staatsphilosophischen Debatte über das Widerstandsrecht spiegelt⁶⁰), sondern um die Frage nach den Grenzen der Mehrheitsentscheidung und somit um eine wesentliche Grundfrage der parlamentarischen Demokratie. Diese Frage ist sicherlich nicht irrelevant, zumal nicht in einer parlamentarischen Demokratie, die sich durch zahlreiche Sicherungen vor dem Mißbrauch politischer Herrschaft, durch Institutionalisierung von Protest und öffentlicher Diskussion legitimiert.

Zeigte bereits die Auseinandersetzung über das Bundesentschädigungsgesetz und die Wiederbe-

⁵⁸) Vgl. Götz Aly/Karl Heinz Roth, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.

⁵⁹) Karl Jaspers, Die Schuldfrage – Für Völkermord gibt es keine Verjährung, München 1979.

⁶⁰) Vgl. Peter Steinbach, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Widerstand. Ein Problem zwischen Recht und Geschichte, Köln 1987, S. 9 ff.

⁵⁷) Bemerkenswerte Dokumentation: „Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst.“ Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen, hrsg. von Karin Berger u. a., Wien 1987.

waffung der Bundesrepublik Deutschland, daß die Öffentlichkeit die Lösung von Gegenwartsconflikten im Medium historischer Diskussion und öffentlicher Erinnerung anstrebte, so galt dies auch für die grundlegenden Konflikte der sechziger und siebziger Jahre. Wissenschaftler nahmen dabei nicht selten als politische Menschen mit Grundanschauungen und Überzeugungen Stellung. Wie der Streit über Kriegsziele im Ersten Weltkrieg, über die Auflösung der Weimarer Republik oder die Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft, schließlich die Schulddiskussionen nach 1945 oder über die Bedeutung moralisch hervorgehobener Institutionen wie der Kirchen oder besonders im Mittelpunkt des Interesses stehender Einzelpersonen zeigt, bekennen sich auch Historiker zu der politischen Funktion ihres Faches oder ihrer fachlichen Interessen. Manche der Kontroversen um „Geschichtspolitik“ sind vor allem durch Historiker verschärft worden. Dies gilt nicht nur für Museumspläne, sondern auch für die Gesamtbewertung des Widerstandes.

Die wissenschaftliche Erforschung des Widerstands in den sechziger und siebziger Jahren reagierte auf öffentliche Kritik und politische Herausforderungen und konnte dabei sowohl die Felder der Aufmerksamkeit ausweiten als auch Korrekturen vornehmen, die im Umsetzungsverfahren öffentlicher

Rezeption allerdings nicht selten einen besonderen Verlauf nahmen. Gleichwohl hat sich die politisch erklärbare Diskussion über die Dimensionen des Widerstands, über gruppenspezifische und konfessionelle Bezüge insofern positiv ausgewirkt, als neue Gegenstandsbereiche erschlossen worden sind. Restriktiv und einengend waren aber politische Wertvorstellungen oder sogar politisierte Umakzentuierungen, weil sie den angemessenen Blick auf vergangene Wirklichkeiten des Widerstands erschwerten und zuweilen sogar verstellten⁶¹⁾.

In diesem Zusammenhang ist auf eine bedenkliche und in der Sache unangemessene Verengung des Widerstandsverständnisses im Zusammenhang mit dem „Historikerstreit“ hinzuweisen. In seiner Studie über den „europäischen Bürgerkrieg“ regt Ernst Nolte an, Versuche der Kommunisten, ihre Organisation in der Illegalität aufrechtzuerhalten, nicht als „Widerstand“ zu bewerten. Er fordert statt dessen, „eine Spur anfänglicher Zustimmung“ und damit einen „späteren Wandel der Einstellung“ als „Begriffsmerkmal“ des Widerstandes zu akzeptieren^{61a)}. Dies steht nicht nur im Gegensatz zur Definition des Bundesentschädigungsgesetzes, sondern tendiert dazu, die „geborenen Gegner“ der Nationalsozialisten, die niemals der Gefahr einer auch nur partiellen Zustimmung und Nachfolgebereitschaft erlagen, aus dem Kontext der Widerstandsgeschichte auszugrenzen.

IV. Offene Fragen und Probleme gegenwärtiger Widerstandsforschung

Die Herausforderung, die eigengewichtige und eigenwertige Geschichte des Widerstands gerade nicht primär in die politischen Kontroversen und Bewertungen, aber auch in politisch bedingte Umbewertungen einzuordnen, richtet sich nicht nur an die Politiker und Publizisten, sondern vor allem an die Historiker. Sie können sich zwar niemals freimachen von der grundlegenden Prämisse, daß „Geschichte darzustellen“ immer auch heißt, „Erfahrungen zu beschreiben“ — sie müssen aber die Ambi- bzw. Polyvalenz dieser Prämisse erkennen und umsetzen. Denn damit sind zum einen die Erfahrungen des fragenden Wissenschaftlers, zum anderen die der Gruppen und Institutionen gemeint, die seine Fragestellung beeinflussen. Hinzu kommt die aus der Kontroverse um die angemessene Deutung entwickelte Perspektive, die in sich wieder das Ergebnis anderer oder gar konkurrierender Le-

bens- und Gruppenerfahrungen ist und nicht selten die ganze Last der Nachkriegszeit trägt. Erst vor diesem Hintergrund erschließen sich die hermeneutisch zu entschlüsselnden Prämissen, die auf die geschichtliche Persönlichkeit und ihre jeweiligen Wertvorstellungen oder Gruppenbindungen verweisen. Aus diesem unübersichtlichen Geflecht, welches nicht zuletzt durch das bereits beschriebene

⁶¹⁾ Die genaue Erforschung der Zusammenhänge zwischen gegenwartsorientierten Widerstandsdiskussionen und historischen bzw. philosophischen Widerstandsstudien bleibt weiterhin ein Forschungsdesiderat. Wichtige Materialien bietet A. Kaufmann, *Widerstandsrecht* (Anm. 32); vgl. auch Peter Steinbach, *Widerstand und politische Sensibilität. Widerstandsdiskussion im politischen und generationsbedingten Wandel*, in: Bernd Hey u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte und Politisches Bewußtsein*, Köln 1986, S. 189 ff.

^{61a)} Ernst Nolte, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945*, Frankfurt–Berlin 1987, S. 440.

innerwissenschaftliche und öffentliche Deutungs- und Meinungsklima kompliziert und vielfältig gebrochen wird, entstehen neue Deutungen, Kontroversen, Diskussionen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die wissenschaftliche Erforschung des Widerstands unterschiedlich umstrittene Felder, die hier nur knapp skizziert werden können.

Besonders umstritten ist die Darstellung und die Bewertung des Verhaltens von Kirchen und Geistlichen. Dabei zeigt sich, daß auf die zu untersuchenden zeitgeschichtlichen Erfahrungen immer auch das Wissen um den Ausgang der vergangenen Zeitgeschichte, das die Nachgeborenen haben, einwirkt⁶²). Dies führt in der Regel zu einer retrospektiven Kritik an der Haltung der Kirchen und insbesondere des hohen Klerus, andererseits aber auch zu einer taktisch anmutenden Werbung um Verständnis für das Verhalten kirchlicher Würdenträger gegenüber den Vertretern des NS-Staates. Die Einbindung der Kirchen in das zeitspezifische Meinungsklima, die Anpassung an Zeittendenzen, der Wunsch, einen *modus vivendi* zu finden, werden so einerseits als ein Eingehen auf verbreitete Zeitstimmungen, andererseits als Ausdruck institutioneller Selbstbehauptung und Selbstverteidigung plausibel gemacht. Oftmals hat man den Eindruck, als wenn Kritiker wie Verteidiger kirchlicher Positionen in gleicher Weise nicht zureichend in der Lage wären, sich von den auf Auschwitz zulaufenden Entwicklungstendenzen zu lösen und Geschichte als situativ offene, nur begrenzt Erkenntnissen ihrer Zeit aufgeschlossene Entwicklung zu deuten.

Umstritten ist weiterhin die Deutung des bürgerlichen und militärischen Widerstands aus dem Zusammenhang von Opposition und Kooperation, von teilweise akzeptierten Wertvorstellungen in einzelnen Politikbereichen, nicht zuletzt aus den Verwirrungen der Haltung zur Judenfrage. Überraschend ist, daß zwar vielfach die Bedeutung der Wahrnehmungsgeschichte im Zusammenhang einer Propagierung alltagsgeschichtlicher Wahrnehmungsweisen beschworen, aber im Hinblick auf den bürgerlichen und militärischen Widerstand nicht als durchgängiges Darstellungsprinzip akzeptiert und forschungspraktisch realisiert wird. Dies gilt in gewisser Weise auch für die Bewertung des kirchlich und christlich motivierten Widerstandes sowie für die angemessene Erfassung des jüdischen und schichtenspezifischen Widerstands. Überraschend

⁶²) Dies erklärt sowohl die Argumentation als auch die Wirkung einer Arbeit wie der von Carl Amery, *Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute*, Reinbek 1963, besonders S. 28 ff.

bleibt ferner, daß mit der Deklaration einer neuen „Empfindsamkeit“ des Historikers — etwa im Bereich der Darstellung des frauen- und jugendspezifisch motivierten Widerstands — eine häufig politisch motivierte Verständnis- und Gefühllosigkeit (im hermeneutischen Sinn) mancher Historiker einhergeht, die sich nicht selten gegen die vermeintlich etablierten Themen geschichtswissenschaftlicher Forschung richtet. „Geschichtsschreibung von innen“ ist, so betrachtet, nicht selten ein nur schichtenspezifisch begrenztes Verfahren, keineswegs aber ein durchgängiges Darstellungs- und Forschungsprinzip⁶³).

Das Leben an der Grenze, zwischen Schuld und Selbstbehauptung, zwischen Freiheit und Immoralität, zwischen Bequemlichkeit und Mut, zwischen Alltagsorgen und Mitmenschlichkeit, Egoismus und Nächstenliebe, zwischen Profilierung und Solidarität, zwischen Lauheit und Konsequenz des Bekenntnisses, das sich bis zum Martyrium steigern konnte, prägte aber die Erfahrungen vieler Deutscher ebenso wie politische Illusionen, die in der jeweiligen Zeit verbreitet waren und erst heute aus dem Rückblick heraus fremdartig erscheinen.

Der Historiker muß in Übereinstimmung mit seinem hermeneutischen Anliegen die Zeitdistanzen überwinden und die komplexe Motivation für Widerstand, aber auch die Vielfalt der Ziele wahrnehmen und im Rahmen der zeitspezifisch gegebenen Möglichkeiten interpretieren oder bewerten⁶⁴). Ein besserwisserischer oder gar moralisierender Zug ist zu vermeiden. Nur auf diese Weise läßt sich gegen die Moralisierung des Widerstands ein wissenschaftlich angemessener Zugriff begründen, der nicht selten schmerzhaft genug ist. Dies zeigt nicht selten die Reaktion mancher Angehöriger auf wissenschaftliche Neuansätze, insbesondere im Zusammenhang mit populären Darstellungen oder Ausstellungen.

Eine besondere Problematik ergibt sich aus dem legitimatorischen Bezug mancher Forschungen und Darstellungen. Vergangenes Verhalten soll nicht nur allein verstanden, sondern gerechtfertigt werden. Dabei geraten nicht selten die in der Zeit gegebenen Alternativen aus dem Blick. So zeigen insbesondere innergruppenspezifische Kontroversen

⁶³) Vgl. Peter Steinbach, *Geschichte des Alltags — Alltagsgeschichte*, in: *Neue Politische Literatur*, 31 (1986), S. 249 ff.

⁶⁴) Vgl. Karl-Georg Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft*, München 1972; Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Geschichtswissenschaft in Deutschland: Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben*, München 1974.

oder politische Konflikte, daß diese Alternativen vorhanden waren und aus freier Willensentscheidung oder aus den Restriktionen von Sozialisation und Tradition verworfen wurden. Auch die Entscheidung gegen Alternativen kann im hermeneutischen Zugriff verdeutlicht und plausibel gemacht werden. Zur hermeneutisch geprägten Ausdeutung vergangener Lebenssituationen gehört auch, daß mögliche Parallelisierungen zur aktuellen Gegenwart problematisiert werden, um den legitimatorischen Rück- und Selbstbezug mancher widerstandsgeschichtlicher Fragestellung zu begrenzen oder zumindest zu kontrollieren.

Dies führt dazu, daß wir die Eigenwertigkeit von Urteils- und Interpretationskriterien erkennen. Autoritäre oder ständische Wertvorstellungen bedeuteten in der Weimarer Zeit anderes als heute, so schwer und kaum vermittelbar manche dieser vergangenen Positionen etwa in politisch-pädagogischer Perspektive heute auch erscheinen mögen⁶⁵).

Die Rezeption der Widerstandsdiskussion nach 1945 zeigt, daß durchaus wichtige und fruchtbare Perzeptionen möglich sind. Dabei ist insbesondere zu prüfen, inwieweit Fragestellungen und Bewertungen aktuelle Gegenwartsinteressen spiegeln⁶⁶). Ein selbstkritischer historiographischer Rückblick kann hier hilfreich sein: Stand in den fünfziger Jahren zunächst der Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944 im Mittelpunkt — die Versuche von Ernst Weisenborn, die nach 1945 von Ricarda Huch gesammelten Lebenszeugnisse im Sinn einer Würdigung auch kommunistischer Widerstandskämpfer zu publizieren, konnten sich hingegen nicht in allgemein akzeptierter Weise durchsetzen —, so stellten „Rote Kapelle“ und kommunistische „Widerstandsorganisationen“ in der Zeit des Kalten Krieges und unter dem Eindruck der Erfahrungen, die in der Auseinandersetzung mit dem „Regime Ulbrichts“ gesammelt wurden, offenbar eine zu große Herausforderung dar⁶⁷). Die Konzentration auf die

Verschwörer im Umkreis von Stauffenberg, Beck, Goerdeler, Moltke und Yorck führte bald zu einer Heroisierung und erschwerte dadurch nicht selten den angemessenen Zugang zu Menschen, die ihr Verhalten vor allem als die Demonstration eines besseren Deutschlands begriffen und nicht vorrangig nach dem tatsächlichen Erfolg ihrer Tat gefragt hatten. Die politische Würdigung des Widerstands führte schließlich überwiegend zur Anerkennung nur einzelner Bestrebungen und Gruppen, weil immer wieder gewisse Kontinuitätslinien überakzentuiert und damit die Zugänge zum Widerstand insgesamt von aktuellen weltanschaulichen, parteipolitischen oder konfessionellen Einflüssen abhängig wurden. Der österreichische Zeithistoriker Gerhard Botz sprach deshalb von der Gefahr der „organisatorischen Selbstverstärkung“ einer Beschäftigung mit dem Widerstand: Einzelaspekte rückten in den Vordergrund und erhielten ihre Bedeutung durch Gegenwartspektiven und -interessen.

Illustrieren läßt sich diese Tendenz anhand der Auseinandersetzungen über die Bedeutung des kommunistischen Widerstands, an der Darstellung der Widerstandsorganisationen von Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen („Rote Kapelle“), an der Würdigung des Exils und des „Nationalkomitees Freies Deutschland“/Bund deutscher Offiziere, aber auch an den Diskussionen über die Haltung der Kirchen vor 1933, beim Abschluß des „Reichskonkordats“ vom Juli 1933 und angesichts der sich zuspitzenden „Judenfrage“.

So steht die entscheidende Frage der fünfziger Jahre, von Golo Mann anläßlich des Erscheinens von Gerhard Ritters monumentaler Biographie über Carl Friedrich Goerdeler gestellt, weiterhin im Raum und verpflichtet uns unverändert zum Versuch, den verschiedenen Dimensionen und Richtungen widerständigen Verhaltens Verständnis zu zollen und so auch eine größere Gerechtigkeit des historischen Urteils zu ermöglichen: „Muß es immer noch sein, daß man Partei nimmt zwischen den Widerstandsgruppen, einer von ihnen voll gerecht wird, einer anderen weniger oder gar nicht?“⁶⁸) Angesichts der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen im Osten und der Gefährdung des deutschen Nationalstaats ist es nicht mehr angemessen, die Zusammenarbeit mit Kommunisten im Wider-

⁶⁵) Dies zeigt exemplarisch die Diskussion über die Stellung des Widerstands zur Judenfrage, in der mit den Beiträgen von Christoph Dipper eine markante Position bezeichnet, nicht aber das letzte Wort gesprochen worden ist. Vgl. Christoph Dipper, Der Widerstand und die Juden, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.), Widerstand (Anm. 6) München 1985, S. 598 ff.

⁶⁶) Dies zeigt sich nicht allein bei den gruppen- und traditionsorientierten Zugängen zur Widerstandsgeschichte, sondern vor allem im Zusammenhang der europäischen Widerstandsgeschichte.

⁶⁷) Die Nachwirkungen dieser Verengungen sind bis heute in den Debatten über zu ehrende Widerstandsgruppen spürbar. Vgl. Ursula Homann, Für Ausgrenzung linker NS-Gegner?

in: Tribüne, 27 (1988) 105, S. 138 ff., sowie Angela Bottin, Ein Wort ist es: „Verstehen“, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 3. 1. 1988, S. 16.

⁶⁸) Zit. nach Hans Rothfels, Deutsche Opposition, München 1958, S. 11.

stand als politisch-unmoralisch und deshalb verwerflich zu diskreditieren⁶⁹⁾.

In diesem Zusammenhang ist besonderer Wert auf begriffliche Klärung zu legen, die gestattet, Entwicklungsphasen widerständigen Verhaltens in gradueller und zeitlicher Differenzierung zu betrachten⁷⁰⁾. Dies scheint mir vor allem auch hinsichtlich einer gruppenspezifischen Differenzierung unverzichtbar zu bleiben. Erst die begriffliche Differenzierung gestattet es, die Dynamisierung und Intensivierung widerständigen Verhaltens zu erfassen und auf das Herrschaftssystem zu beziehen, welches ebenfalls in seiner dynamischen Entwicklung gesehen werden muß. Dabei ist nicht primär eine historisch gesättigte Theorie des Widerstands anzustreben, sondern eine möglichst farbige, inhaltlich und historisch differenzierte Gesamtgeschichte des Widerstands zu schreiben. Dies ist wahrscheinlich der wichtigste Beitrag der Geschichtswissenschaft zu einer Theoriebildung des historischen Widerstands.

In der zeitgeschichtlichen Forschung sind seit der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft verschiedene Widerstandsdefinitionen vorgeschlagen und am historischen Befund überprüft worden. Für Rudolf Pechel war der Kampf gegen Hitler eine „Menschheitsangelegenheit“⁷¹⁾; Widerstand richtete sich gegen das „böse Prinzip“. Pechel schilderte die Lebenswirklichkeit des totalitären Staates, die schließlich im Laufe des Krieges noch quälender wurde: denn „was aus den Flugzeugen abgeworfen wurde, gefährdete in gleicher Weise unser Leben wie das der Nationalsozialisten“⁷²⁾. In seiner Darstellung wird der Versuch greifbar, die Handlungsweise des Widerstands durch die Betonung von Handlungsprinzipien verständlich zu machen und moralisch zu rechtfertigen. Es galt, Widerstand als Handlungsalternative bewußt zu machen und von Verhaltensformen der Anpassung abzugrenzen. Dies diente der Rechtfertigung von Zielen und Verhaltensweisen, die im Klima der

⁶⁹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang: „Der Heimkehrer — Stimme der Kriegsgeneration“ vom 15. 3. 1988, S. 1f. mit seiner Herabsetzung des Nationalkomitees Freies Deutschland. Wesentliche Korrektur bereits bei Alexander Fischer, Die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?, in: Aufstand des Gewissens, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford 1987³, S. 439 ff.

⁷⁰⁾ Vgl. Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1987³, S. 292 ff.

⁷¹⁾ Rudolf Pechel, Deutscher Widerstand, Erlenbach—Zürich 1947, S. 36.

⁷²⁾ Ebenda, S. 39.

Entnazifizierung verwischt zu werden drohten oder Ressentiments zu wecken imstande waren.

Zielte Pechel deutlich auf die deutschen Leser, so wandte sich Hans Rothfels zunächst an die alliierte Öffentlichkeit. In seiner Würdigung der „deutschen Opposition“ gegen Hitler begriff er den Widerstand als Umkehr, bei der „die Rangordnung der Werte sich zurechtrückte und ethisch-religiöse Postulate an Stelle politisch-säkularisierter wieder an die oberste Stelle traten“⁷³⁾. Deshalb lehnte er jede Würdigung ab, die „sich nur innerhalb der begrenzten Sphäre politischer Betrachtungen und Möglichkeiten bewegt“ und nach Klassen- oder Standesmotiven fragt, dabei „nach bestimmten Methoden sozialwissenschaftlicher Analyse verfahren zu sollen glaubt“ und schließlich bei einer realpolitisch orientierten Kritik von Erfolg und Mißerfolg endet⁷⁴⁾.

Im späteren Verlauf seiner Arbeit erweiterte und veränderte Rothfels seine bis heute gültige Darstellung; dabei blieb er der Gewohnheit treu, die „entscheidende Aktion“ des 20. Juli 1944, die „ihrem Ziele nahekam“, von Verhaltensweisen des Muts und Opferwillens, der Kritik und des Martyriums zu unterscheiden. Dennoch bewahrte er sich das Bewußtsein, daß Verfolgung und Widerstand nicht in Deckung zu bringen waren. Verfolgung erschien ihm als Kollektivschicksal, Widerstand als Verhaltensweise aus der Vereinzelung und individuellen Verantwortung heraus.

Indem Rothfels das Gespür für die Vielfalt von Verhaltensweisen weckte — von der „geistigen Prostitution“ über die Propagierung einer „Anarchie der Werte“ bis hin zu den vielfältigen Formen der „Nichtgleichschaltung“ —, ermöglichte er einerseits das Gespür für die Vielfalt von Lebensweisen und Existenzformen in einer totalitären Diktatur, andererseits aber die Präzisierung des Widerstandsbegriffs selbst durch historische Beschreibung. In diesem Sinn schrieb er, selbst derjenige könne nicht ohne weiteres zum Widerstand gerechnet werden, der „wegen gelegentlicher Äußerungen der Kritik oder der Empörung als ‚volkszersetzendes‘ oder defaitistisches Element dem Todesurteil verfiel“⁷⁵⁾. Mit dieser Differenzierung wird ein Thema angeschlagen, welches die zeitgeschichtliche Forschung bis heute herausfordert: Wie ist der Begriff des Widerstands angesichts der Vielfalt von Verhaltensformen und -möglichkeiten zu fassen?

⁷³⁾ H. Rothfels (Anm. 68), S. 11.

⁷⁴⁾ Ebenda, S. 16.

⁷⁵⁾ Ebenda, S. 18.

Hier sollen knapp am Beispiel von Bethge⁷⁶⁾ und Repgen⁷⁷⁾ zwei Möglichkeiten der Präzisierung skizziert werden, die insbesondere das Spektrum des widerständigen Verhaltens aus der Tradition des Christentums beschreiben wollen. Eberhard Bethge unterschied in seinem frühen Aufsatz über Adam von Trott zu Solz fünf Stufen des Widerstands: Dem „einfachen passiven Widerstand“ folgte der „offene ideologische Gegensatz, bei dem die Kirchen bzw. Männer wie Graf Galen, Niemöller und Wurm ihre Aufgabe erfüllten“. Die „Mitwisserschaft an Umsturzvorbereitungen“ stellte die dritte Stufe dar. Sie konnte durch „aktive Vorbereitungen für das Danach“ gesteigert werden. Als letzte Stufe benannte Bethge die „aktive Konspiration“. Sie zeichnete sich durch das Fehlen jeglicher „kirchlichen Deckung“ aus und fand in der Regel keinerlei Rechtfertigung einer Tat, die sich „jedem Regelfall entzog“. Diese hier begrifflich gefaßten Handlungsweisen brauchen kaum illustriert zu werden, denn sie beschreiben zumeist alltägliche Verhaltensformen — wie die Verweigerung des Deutschen Grußes oder der Winterhilfswerkspende, die Protestmanifestationen hoher kirchlicher Würdenträger, Deckung von Aktivitäten gegen NS-Normen und NS-Recht, schließlich Beteiligung an konspirativen Treffen der Widerstandskreise und -gruppen bis hin zur Unterstützung und Ermöglichung von Anschlag und Umsturz durch Anwendung von Gewalt.

Ein breites Verhaltensspektrum steht auch am Beginn der Überlegungen von Konrad Repgen. Sie wollen die unterschiedlichen Verhaltensmöglichkeiten als Steigerung von der Nonkonformität bis zum Umsturz beschreiben. Widerstand kann sich punktuell entzünden und sich über eine partielle Dimension bis zum generellen Loyalitätsentzug steigern. In der Tat, die auf den völligen Umsturz des Regimes drängt, werden die politischen Konsequenzen eines Widerstandes sichtbar, der sich zunächst aus dem Glauben heraus motivierte und rechtfertigte und sich aus Beharrung und Verweigerung bis zum offenen Protest und zur Unterstützung des Anschlages auf das Leben des Diktators entwickelte.

Ein gravierendes analytisches Problem, welches die zeitgeschichtliche Forschung außerordentlich stark

beschäftigte und schließlich auch die Bewertung des Widerstands bestimmte, stellt die Abgrenzung von Kooperation und prinzipiell motiviertem Widerstand dar. Unbeschadet grundsätzlicher Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung hält es Repgen durchaus für denkbar — und befindet sich dabei in Übereinstimmung mit der Verhaltensweise von Menschen in einem totalitären Staat —, daß sich Katholiken in Bereichen, die „weltanschaulich und sittlich neutral waren“, zur partiellen Kooperation mit den Trägern des Unrechtssystems bereitfanden. In noch entscheidenderem Maße galt dies für Funktionseliten, die nicht nur mit dem NS-System partiell zu kooperieren hatten, sondern im Rahmen des NS-Staates Aufgaben übernehmen mußten und deshalb die Ordnung des Unrechtsstaates indirekt stabilisierten. Verwaltungsbeamte wie Goerdeler, Diplomaten wie von Hassell, Militärs wie Beck waren immer auch Teil und Produkt des Systems, das sie ursprünglich durchaus gewollt hatten und innerlich überwinden mußten, ehe sie zur Tat kamen⁷⁸⁾. Das Ziel des Umsturzes schälte sich erst allmählich heraus und bestimmte keineswegs die Anfänge einer Oppositionsbewegung, die zunächst durchaus auf die Reform des Systems, die Beeinflussung Hitlers und der Entscheidungsprozesse zielte, also innerhalb der nationalsozialistischen Institutionen Handlungsspielräume zu nutzen suchte. Für derartige Bestrebungen haben sich Begriffe wie Denkschriften- oder Militäropposition eingebürgert. Diese Begriffe sind insofern problematisch, als sie unzureichende Schlüsse auf Aktivität, Gefährdung und Motivation des Widerstands von Funktionseliten ziehen lassen. Es ging nicht um die Vorbereitung eines Militärputsches oder um die Dominanz von Offizieren in der erstrebten neuen Ordnung, sondern es ging um den Wandel und schließlich um den Umsturz des politischen Systems aus einer Position heraus, die den Erfolg vergleichsweise wahrscheinlich machte und durch eine gewisse Herrschafts- und Entscheidungsnähe charakterisiert war.

Viel ist seit den sechziger Jahren über die angeblich rückwärtsgewandten Ziele des Widerstandes geschrieben worden. Abgesehen davon, daß es die einheitliche und verbindliche Vorstellung des Widerstands angesichts der vielen Strömungen und Traditionen, die sich in den Individuen des Widerstands verkörperten, gar nicht geben konnte, übersieht diese Interpretation die nicht aufzulösende

⁷⁶⁾ Eberhard Bethge, Adam von Trott und der deutsche Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 11 (1963), S. 213 ff., besonders S. 221 f.

⁷⁷⁾ Konrad Repgen, Katholizismus und Nationalsozialismus: Zeitgeschichtliche Interpretationen und Probleme, Köln 1983, S. 10f.

⁷⁸⁾ Rüdiger von Voss, Vorwort zu Otto-Ernst Schüddekopf, Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt 1977, S. XII.

Zeitverhaftung jeglichen politischen Denkens. Diese Beschränkung könnte jedes Denken der Vergangenheit als nicht zeitgemäß diffamieren und an der Meßlatte unserer Demokratie messen. Unbestritten ist, daß die ständischen und zum Teil antiparlamentarischen Alternativen, die beispielsweise Goerdeler formuliert hatte, ebensowenig unmittelbar zu realisieren waren wie die Vorstellungen sozialistischer Widerstandskämpfer, den Faschismus durch eine soziale Strukturreform von Staat und Gesellschaft endgültig überwinden zu können. Das Verdikt der Zeitverhaftung gilt im strengen Sinn für jede Strömung und Richtung des Widerstands. Entscheidend für die Zukunft und den Zusammenhalt der deutschen Opposition sollte allerdings das Handlungsprinzip des Widerstands werden: das geschändete Recht wiederherzustellen, in streng rechtlich gebundener Weise Verantwortung zu fordern und das Unrecht zu sühnen, den Menschen als Menschen in sein Recht zu setzen und die menschliche Würde zur Richtschnur staatlichen Handelns zu machen. Auch der Krieg sollte künftig als Mittel der Politik zwischen Nationalstaaten ausscheiden. Nicht zuletzt gewinnt der heutige Leser von Vorträgen und Denkschriften den Eindruck, erst der Widerstand habe die Restriktionen des Nationalitätenprinzips überwunden. Zwar starb Stauffenberg wie viele andere im Bewußtsein, für Deutschland den Tod erleiden zu müssen. Deutschland stand hier jedoch für Maßstäbe politischer Moral, für die Demonstration von Anstand und Zivilität, für die Bekräftigung eines wertgeprägten Menschenbildes, für die Glaubwürdigkeit eines anderen Deutschland. Gerade Stauffenberg verkörperte durch seine Beziehungen zu allen wichtigen Widerstandsgruppen, die sich nach 1942 dem Umsturz und der Neukonzipierung einer Nachkriegsordnung widmeten, den politischen Konsens, der sich in der Auseinandersetzung mit dem Widerstand nach 1945 erst allmählich herausbildete und eine verfassungsbezogene, wertgeprägte und zielorientierte Widerstandsdiskussion ermöglichte. Die Vielfalt der Widerstandsgruppen verdeutlicht den Anspruch der Pluralität, Toleranz, Nächstenliebe und Solidarität, welchen Fritz Bauer in seinem klassischen Aufsatz über die historische Dimensionierung des Widerstandsrechts betont hat⁷⁹⁾.

Die Einigung der Gruppen und Richtungen erfolgte zunächst in den Zielbestimmungen, anschließend in der Tat. Die Nationalsozialisten ‚respektierten‘

⁷⁹⁾ Fritz Bauer, Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers, in: Arthur Kaufmann (Hrsg.), Widerstandsrecht (Anm. 32), S. 497 und 501.

diese Gemeinsamkeit, indem sie alle Anhänger der deutschen Opposition in gleicher Weise verfolgten und gleichermaßen bestraften. Sie unterschieden nicht nach Haltungen der Dissidenz und Resistenz, der Nonkonformität und Verweigerung, des Umsturz- und Attentatswillens. Der gemeinsame Nenner der Strafgründe war vielmehr der Vorwurf, sich den „Kopf des Führers zerbrochen zu haben“, wie Freisler den Mitgliedern des Kreisauer Kreises vorwarf. Damit wird deutlich, daß der NS-Staat nicht nur die Auflehnung ahnden, sondern das Selbstbewußtsein derjenigen zerstören wollte, die versuchten, Konturen einer Neuordnung zu skizzieren. Die Anstrengung der nationalsozialistischen Unterdrückungsorgane richtete sich gegen die Zukunftsgewißheit der Widerstandsbewegung und ihre Integrität. Ausdruck dieser Integrität war die Standhaftigkeit, mit der viele der nach dem 20. Juli 1944 Verhafteten und Verfolgten die Untaten der deutschen Führung und ihrer Handlanger geißelten und ihre Bestrafung verlangten. Die Unsicherheit der Nationalsozialisten wurde noch größer, als sie erkannten, daß es dem Widerstand nicht um Vergeltung, sondern um Sühne und Wiedergutmachung, um eine Übernahme der Schuld durch Bestrafung der Schuldigen ging. Sie verstanden den Anspruch Bonhoeffers, die Widerstandsbewegung dürfe nicht die Menschenverachtung ihrer Gegner praktizieren⁸⁰⁾, als eine Bedrohung, denn gerade durch diesen Anspruch lehnte der Widerstand die Vergeltung, die Rache ab und erhob sich zu jener Moralität, die vielleicht die schärfste Waffe der Widerstandsgruppen darstellte.

Der Herrschaftsanspruch der NS-Führung wurde aber vor allem dadurch beschränkt, daß die Widerstandsbewegung einen eigenen Zukunftsanspruch erhob, demonstrierte und schließlich durchsetzte. Ihre Anhänger überwand die Angst, die sie, wie jeder Mensch, angesichts des Todes empfanden, indem sie über ihren Todestag hinausschauten und sich eine Nachkriegsordnung vorstellten, die eine scharfe Alternative zum NS-Staat war. In diesem Sinne beschwor Dietrich Bonhoeffer die Zukunft, als er den Optimismus als die Grundtriebkraft des Widerstandes bezeichnete, als eine „Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner läßt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt“⁸¹⁾. Dieser Optimismus hatte die Vielfalt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus geprägt und schließlich die Gruppen, Individuen und Strömungen zu jener Aktion

⁸⁰⁾ Dietrich Bonhoeffer, Nach zehn Jahren, in: Bonhoeffer-Lesebuch, hrsg. von Otto Dudzus, München 1985, S. 69.

⁸¹⁾ Ebenda, S. 75.

vereinigt, die „nahe zum Ziele kam“ (Rothfels) — vereinigt nicht in der unmittelbaren Mitwirkung, sondern in der Hoffnung und Sehnsucht, der Anschlag möge gelingen.

Es war die Tragik des Widerstands, daß er sich nicht auf das Volk in seiner Breite stützen konnte. Nach dem Attentat flog Hitler, der nahezu unverletzt geblieben war, eine neue Welle der Sympathie zu, wie alle „Meldungen aus dem Reich“ belegten. Viele Widerstandskämpfer waren Jahre hindurch niemals irre geworden an ihrer Aufgabe, ihren Weg zu Ende gehen zu müssen, wie Julius Leber bereits 1933 geschrieben hatte. Sie lebten mit dem qualvollen Bewußtsein, „die Letzten zu sein“, wie Albrecht Haushofer in seinem Sonett „Das Erbe“ geschrieben hatte. Sie klagten sich vielfach auch im Bewußtsein ihres Versagens und ihrer Schuld selbst an, denn sie hatten große Teile der Ordnung, die sie überwandten und bekämpften, ursprünglich häufig „miterdacht, mitermöglicht und mityerwirklicht“ (R. von Voss). Dieses Gefühl des gemeinsamen Versagens und der gemeinsamen Schuld war Voraussetzung einer neuen Gemeinsamkeit, die im

Kern einen Bezugspunkt hatte: „Die Majestät des Rechts“ in der Zukunft zu sichern. Dieses Bewußtsein gilt es, auch in gegenwärtigen und zukünftigen Widerstandsdiskussionen nicht preiszugeben.

Dies ist die Lehre des Widerstands: „Nur einem bestimmten, sich auf verpflichtende Ziele selbst festlegenden Staat — eben einem Staat in einer bestimmten Staatsform — kann Treue, Gehorsam, vielleicht auch Liebe gegeben werden“ (W. Henning). Staat in diesem Sinne ist Ausdruck einer Lebensform — nicht einer Unterordnung; er ist nicht Gestalt einer bloßen, leeren Form, sondern die Struktur einer Ordnung, die sich zur Moral der Toleranz, des Pluralismus und der Nächstenliebe als dem letzten und verpflichtenden „Grund von Politik“ (R. von Weizsäcker) bekennt. Erst in diesem Sinne ist Staat niemals Selbstzweck und Eigenwert, sondern Mittel zur Sicherung einer Lebensordnung, die über Staat, Nation und Gesellschaft hinaus dem Individuum dient. Hier spiegelt sich das vielleicht wichtigste Vermächtnis des Widerstands gegen Hitler.

Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren

Forschungsstand und Probleme

Der Blick wird in diesem Beitrag vorzugsweise auf die Untersuchungen zur Auseinandersetzung deutscher Antifaschisten mit dem Gegner in dessen eigenem Herrschaftsgebiet zwischen 1933 und 1945 gerichtet. Das ist insofern problematisch, als gerade die deutschen Kommunisten, deren Widerstand im Mittelpunkt der Forschungen der DDR steht, ihre Auseinandersetzung mit dem Faschismus als Teil des internationalen Klassenkampfes begriffen, so daß die Markierungen 30. Januar 1933 und 8. Mai 1945 der Kontinuität des kommunistischen Antifaschismus von der Weimarer Republik bis in die ersten Jahre nach der Befreiung ungenügend Rechnung tragen.

Gerade die Publikation von G. Benser über die KPD im Jahre 1945¹⁾ hat dieses Kontinuitätsmoment verdeutlicht. Doch nicht nur der hier zur Verfügung stehende Raum zwingt zur Beschränkung. Die Bedingungen, die das nationalsozialistische Re-

gime dem deutschen Widerstand aufzwang, waren von ganz eigener Art. In Deutschland existierte das geschlossenste Repressivsystem, war es am schwersten, Antifaschismus als nationale Befreiungsbewegung zur Geltung zu bringen. Das spiegelt auch die Forschungslage — und nicht nur die der DDR — wider.

Die Kontinuität des kommunistischen Widerstandes fand ihre Fortsetzung und Entsprechung in der Erforschung des Antifaschismus in der DDR; man ist versucht zu sagen, auch die diskontinuierlichen Momente im Antifaschismus der deutschen Kommunisten, vor allem was die zeitliche Abfolge betrifft, lassen sich in den Stufen der Forschung annähernd wiedererkennen. Deshalb erscheint es zweckmäßig, die Entwicklungstendenzen in der Historiographie zum Thema Antifaschismus bis in die siebziger Jahre zu skizzieren, bevor die aktuelle Forschungslage diskutiert wird.

I. Grundzüge in der Geschichtsschreibung der DDR über den antifaschistischen Widerstand von der Staatsgründung bis in die siebziger Jahre

Die Erforschung und Darstellung des Antifaschismus hatte für das Geschichtsdenken in der DDR immer eine besondere, in gewisser Hinsicht eine konstitutive Bedeutung. Das hängt ursächlich damit zusammen, daß im marxistisch-leninistischen Verständnis vom Gang der Geschichte die Rolle der Arbeiterklasse historisch begründet ist. Es war daher folgerichtig, die Gründung und Entwicklung des sozialistischen Staates auf deutschem Boden als Resultat gesetzmäßiger geschichtlicher Entwicklung zu verstehen und verständlich zu machen. Daß dabei die Auseinandersetzung mit dem Faschismus von Anfang an einen besonderen Platz einnahm

und bis heute einnimmt, ergab sich zwangsläufig daraus, daß die nazistische Diktatur die Existenz Deutschlands in Frage gestellt hatte und daß die Hunderttausende, die in Deutschland unter schwersten Bedingungen sich dem Terror widersetzt hatten, die Wiederaufnahme des deutschen Volkes in den Kreis der anderen Völker legitimierten.

Die Zugehörigkeit der meisten Persönlichkeiten, die die antifaschistisch-demokratische Umwälzung vorantrieben, zur Widerstandsbewegung hat die Konturierung des Geschichtsbildes der DDR begünstigt. Aber es ging bei der Vermittlung des Zusammenhangs von Antifaschismus und Staatsentwicklung nicht um eine Art Selbstlegitimierung. Die antifaschistische Tradition wird in der DDR bis heute, worauf H. Mommsen aufmerksam machte, als „eine unentbehrliche Dimension“ des „nationa-

¹⁾ G. Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin 1985.

len' Selbstverständnisses erblickt²⁾ — eben weil erst diese Tradition einen Neuanfang ermöglichte, was im Bewußtsein der Bevölkerung durchaus nicht verlorengegangen ist und auch in der aktuellen Politik immer wieder eine Rolle spielt.

Ein relativ frühes Resümee verwies auf die Schwerpunkte in der Erforschung und Darstellung des Antifaschismus nach knapp 15 Jahren seit der Befreiung³⁾, wie sie seitdem zwar modifiziert, auch unterschiedlich gewichtet, im ganzen aber erhalten geblieben sind. Das Gedankengut des Antifaschismus wurde sofort, vor allem publizistisch, verbreitet. Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit wurden in den fünfziger Jahren in bereits größerem Umfang veröffentlicht. Zu nennen sind vor allem Dokumentationen, so die Herausgabe von Reden und Schriften führender kommunistischer Funktionäre, insbesondere von W. Pieck, W. Ulbricht, E. Thälmann, F. Dahlem, W. Florin⁴⁾, von Grundsatzdokumenten der Kommunisten⁵⁾ und biographischen Dokumenten, die nicht zuletzt der Emotionalisierung des Themas dienen, etwa durch die Aufnahme letzter Zeugnisse zum Tode verurteilter Widerstandskämpfer⁶⁾. Was Emotionalisierung und biographische Dokumentation betrifft, so nahm S. Hermlins „Die erste Reihe“⁷⁾, wo in Porträtskizzen vor allem der Widerstand von Jugendlichen dokumentarisch belegt, aber poetisch überhöht dargestellt wurde, eine Sonderstellung ein, hatte das Buch doch außerordentliche Wirkung auf eine sich entwickelnde literarische Tradition, die bis heute ungebrochen erscheint.

Gleichzeitig wurden vor allem in Zeitschriften Ergebnisse von Detailuntersuchungen sowie erste um-

fangreichere Publikationen über das Wirken der großen kommunistischen Organisationen im illegalen Widerstand veröffentlicht, so über die von A. Saefkow, F. Jacob und B. Bästlein geleitete Organisation im Berliner Raum, über die westsächsische unter Führung von G. Schumann, O. Engert und K. Kresse oder über die thüringische T. Neubauers und M. Posers⁸⁾.

Die Skizzierung der Widerstandsforschung bis hierher scheint der oft geäußerten Kritik nichtmarxistischer Historiker recht zu geben, daß in der DDR der Widerstand aus den Reihen der Arbeiter und in Sonderheit der von Kommunisten unzulässig vergrößert und einseitig herausgehoben, der aus nichtproletarischen Kreisen aber vernachlässigt oder herabgemindert worden sei⁹⁾. Gewiß ist nicht zu übersehen, daß die Konfrontation beider deutscher Staaten in den fünfziger und sechziger Jahren die besondere Hervorhebung der ganz eigenen Tradition begünstigte, dies jedoch auf beiden Seiten. Die Tendenz des realen Kräfteverhältnisses im Widerstand wurde aber in der DDR-Historiographie frühzeitig annähernd reflektiert, und es wird heute in der westdeutschen Geschichtsschreibung gar nicht mehr so häufig bestritten, daß die Kommunisten den am meisten kontinuierlichen, wirkungsvollsten und opferreichsten Kampf geführt haben, es sei denn, man anerkennt zwar wie E. Nolte den Einsatz, bezweifelt aber dessen antifaschistischen Gehalt¹⁰⁾. Außerdem ist darauf zu verweisen, daß bereits in der frühen Widerstandsforschung vor allem Sozialdemokraten, doch auch Regimegegner bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft und nichtkommunistischer Gesinnung mehr als nur Erwähnung fanden, so vor allem in den dokumentierten Lebensbildern, aber auch in generalisierenden Einschätzungen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Heraushebung des Arbeiterwiderstandes auch deshalb notwendig erschien, um die antifaschistische Umgestaltung wirklich als Bruch mit der unheilvollen Vergangenheit bewußtzumachen. Und nicht zu vergessen: Die wenigen Kader, die sich damals systematisch der Aufarbeitung der Geschichte widmen konnten, hatten gar keine andere Möglichkeit, als sich auf das Wesentlichste zu kon-

²⁾ H. Mommsen, Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von G. Schmädcke und P. Steinbach, München-Zürich 1986, S. 3.

³⁾ Vgl. H. Schumann/W. Wehling, Literatur über Probleme der antifaschistischen deutschen Widerstandsbewegung, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960 (Sonderheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft), S. 381 ff.

⁴⁾ Vgl. ebenda, S. 383.

⁵⁾ Hervorzuheben ist W. Pieck/G. Dimitroff/P. Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale 1935, Berlin 1957.

⁶⁾ Repräsentativ dafür: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933—1945, hrsg. von W. A. Schmidt, Berlin 1958; Er kämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer, mit einem Vorwort von W. Pieck, bearb. von H. Schumann/G. Werner, Berlin 1958.

⁷⁾ S. Hermlin, Die erste Reihe, Berlin 1951.

⁸⁾ Vgl. H. Schumann/W. Wehling (Anm. 3), S. 390 ff.

⁹⁾ So noch P. Hüttenberger vor reichlich zehn Jahren, als schon das äußere Bild einem solchen Vorwurf widersprach. Vgl. ders., Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Theorien in der Praxis des Historikers, hrsg. von J. Kocka, Göttingen 1977, S. 119.

¹⁰⁾ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 1984.

zentrieren. Tendenziell war damit die soziale und politische Breite im Antifaschismus anvisiert, wengleich längst nicht in der Ausgewogenheit wie heute.

Anfang der sechziger Jahre war die Möglichkeit gegeben, Kurs auf einen ersten Gesamtüberblick über die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung zu nehmen. Daß dies im Rahmen der 1966 erschienenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“¹¹⁾ geschah, war nach der Entwicklung der Geschichtsschreibung der DDR bis dahin folgerichtig. Obwohl die Darstellung des Widerstandskampfes in ihr — was die Wertungen betrifft — sich nicht wesentlich von früheren Abhandlungen des Themas unterschied, bedeutete nicht nur der Versuch der Gesamtschau, sondern auch die grö-

ßere Berücksichtigung des sozialen und politischen Umfeldes einen deutlichen Schritt nach vorn.

Die Charakterisierung des antifaschistischen Widerstandes, wenige Jahre vor dem Erscheinen der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in einem Nachschlagewerk fixiert, war unter den genannten politischen und wissenschaftlichen Bedingungen konsequent: Er wurde als „Kampfbewegung gegen das Hitlerregime und für den Sturz der faschistischen Diktatur, deren Teilnehmer aus nahezu allen Kreisen und Schichten des deutschen Volkes, vor allem aus der Arbeiterklasse kamen“, bezeichnet. Die Konstatierung der vorherrschenden proletarischen Komponente führte zur Wertung: „In seiner Zielsetzung war er Klassenkampf gegen den deutschen Imperialismus.“¹²⁾

II. Neue Überlegungen zur Widerstandsdefinition

Diese Sicht des Widerstandes war bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre hinein vorherrschend. Wenn sie durch den Verweis auf heterogene Klassenkräfte in sich vielleicht widersprüchlich war, so entsprach das einerseits der Realität einer im Vergleich zu früheren Erfahrungen erlebten Ausnahmesituation, der sich die meisten Gegner des Nationalsozialismus wenn nicht sofort, so doch zunehmend bewußt wurden — denken wir an die Überlegungen führender Kräfte im kommunistischen und bürgerlichen Widerstand vor und bei der Kontaktaufnahme im Vorfeld des Attentats am 20. Juli 1944. Andererseits entstand allmählich ein Mißverhältnis zwischen der klassenkämpferischen Akzentuierung in der Definition und den Ergebnissen der Widerstandsforschung der DDR im Verlauf von fast 30 Jahren¹³⁾. Mehr und mehr wurde in dieser die soziale und politische Breite¹⁴⁾ des Antifaschismus insgesamt und in einzelnen Gruppen deutlich, ohne daß dadurch die Überzeugung von der relativen Breite des Arbeiterwiderstandes im Vergleich

zu dem anderer sozialer Gruppen und von der Konsequenz und Effektivität des kommunistischen Kampfes aufgegeben werden mußte. Die zahlreichen Detailforschungen vor allem auf regionaler Ebene bestätigten vielmehr diese Überzeugung.

Dieser Widerspruch wurde auch in einzelnen Publikationen deutlich, so in der Überblicksdarstellung für den Zeitraum von 1933 bis 1939 von K. Mammach. In ihr ist die Feststellung zu lesen: „Der antifaschistische Widerstandskampf war seinem Wesen nach Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse sowie anderen Werktätigen und dem Monopolkapital“¹⁵⁾, aber der Autor verweist dann selbst auf Momente, die zeigen, wie problematisch diese Einschätzung ist, und im Buch werden die unterschiedlichen Zielvorstellungen sowie Motivationen unter den Gegnern des NS-Regimes hervorgehoben — diese wurden in der DDR immer in ihrer Interdependenz gesehen, was die Forschungskonzeptionen nachhaltig bestimmte; dies begünstigte und bedingte am Ende der siebziger und zu Anfang der achtziger Jahre neue Überlegungen zur Widerstandsdefinition. Der 1980 erschienene Band „Faschismusforschung“¹⁶⁾, die bis dahin wohl wichtigste Veröffentlichung zum Thema, kennzeichnete mit seinem Untertitel das Bestreben nach einer Positionsbestimmung. Der in diesem Sammelband

¹¹⁾ Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bdn., Bd. 5, Berlin 1966.

¹²⁾ Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1963, S. 72.

¹³⁾ Vgl. R. Goguel, Antifaschistischer Widerstand und Klassenkampf. Die faschistische Diktatur 1933 bis 1945 und ihre Gegner. Bibliographie deutschsprachiger Literatur aus den Jahren 1945 bis 1973, unter bibliographischer Mitarbeit von J. Grimann, M. Püschner, J. Volz, Berlin 1976.

¹⁴⁾ Das ist nicht im Sinne einer Überschätzung des Ausmaßes der Widerstandsbewegung, sondern als Verweis auf ihre Heterogenität zu verstehen.

¹⁵⁾ K. Mammach, Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933—1939, Berlin 1974, S. 255.

¹⁶⁾ Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, hrsg. von D. Eichholtz und K. Gossweiler, Berlin 1980.

von Mammach verfaßte Beitrag zum antifaschistischen Widerstand der KPD¹⁷⁾ war zwar eher ein Bericht über die Forschungsergebnisse als eine Problematisierung der Thematik, deutete aber eine größere Offenheit hinsichtlich der Definierung des Antifaschismus an.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich ein großes Kollektiv von Wissenschaftlern vor allem aus der Akademie der Wissenschaften, dem Militärgeschichtlichen Institut und dem Institut für Marxismus-Leninismus mitten in der Arbeit an der sechsbändigen „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“¹⁸⁾. Die Arbeit an diesem Projekt förderte nachhaltig Diskussionen, die der Kompliziertheit der Geschichte Deutschlands und vor allem des deutschen Volkes während der faschistischen Diktatur besser als zuvor Rechnung trugen. Unübersehbar waren Einflüsse des Entspannungsprozesses der siebziger Jahre in Europa, die Hemmschwellen, auch gegenüber anderen wissenschaftlichen Positionen, abbauen halfen. Das ermöglichte auch eine bessere Einordnung der deutschen Widerstandsbewegung in den internationalen Kampf gegen den Faschismus.

Am intensivsten wurden die Diskussionen um den Widerstandsbegriff 1984 geführt. Auf einem internationalen Kolloquium, an dem auch namhafte Forscher aus der Bundesrepublik teilnahmen, verwies W. Wimmer darauf, daß die Kommunisten am flexibelsten und kooperationsbereitesten gehandelt und damit die Chance zu sozial nicht begrenzten Bündnissen eröffnet haben. So konnte es sogar zur Zusammenarbeit von Kommunisten und Antikommunisten kommen, wenn als das gemeinsam Verbindende der Antifaschismus des anderen anerkannt wurde. Daher bezeichnete Wimmer den antifaschistischen Widerstand auch nicht als direkten Ausdruck des Klassenkampfes, aber als einen Kampf, der sich objektiv gegen die Verwurzelung des Faschismus in der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet habe. Diese Position fand auf dem Kolloquium weitgehend Zustimmung¹⁹⁾.

Die Selliner Diskussion hat Forschungen und Debatten zum Thema Widerstand bis heute maßgeblich beeinflusst. Zwar ist seitdem der Gegenstand

nur selten definitiv behandelt worden²⁰⁾, doch zeigen die Bewertungen des antifaschistischen Widerstandes in wichtigen Publikationen die ungebrochene Wirkung der Erörterungen von 1984. In der jüngsten repräsentativen Publikation zur deutschen Geschichte durch DDR-Historiker verweist O. Grochlev vor allem auf den Humanismus, der das Profil des sozial weitgefächerten deutschen Widerstandes bestimmte. „Seinem sozialen Inhalt nach war er zunächst eine Abwehr der vom Faschismus für Frieden und Demokratie, für sozialen Fortschritt und Humanität ausgehenden Gefahren . . . Die deutsche Widerstandsbewegung war die den Bedingungen der faschistischen Diktatur entsprechende Form der politischen Auseinandersetzung zwischen den Kräften der extremen imperialistischen Reaktion auf der einen und denen der Demokratie, der Humanität und des Friedens auf der anderen Seite.“²¹⁾

Die modifizierte Charakteristik der deutschen Widerstandsbewegung als Ganzes äußerte sich nicht zuletzt in einer differenzierteren, positiveren Bewertung der bürgerlichen Regimegegner und namentlich der Verschwörung, die zum 20. Juli 1944 führte. Es hat in der DDR-Geschichtsschreibung nie ein pauschal negatives Urteil über die Verschwörer gegeben; der Gruppe um Stauffenberg und dem Kreisauer Kreis waren Patriotismus und weitgehend progressives Denken attestiert worden, wobei K. Finker mit seinen vielgelesenen Büchern über Stauffenberg²²⁾ und die Kreisauer²³⁾ besondere Akzente setzte. Es schien jedoch unmöglich, die Verschwörung insgesamt dem antifaschistischen Widerstand zuzuordnen. Dies aber geschah anlässlich des 40. Jahrestages des Attentats auf Hitler mit der Begründung, daß die Beteiligten den Mut gehabt hätten, sich gegen den Faschismus und die ihn tragenden oder begünstigenden imperialistischen Kreise zu stellen²⁴⁾. Diese Wertung führte nicht zu einer Verwischung der Interessengegensätze zwi-

17) Ebenda, S. 323 ff.

18) Die Bände 1–3 waren 1974, 1975 und 1979 erschienen.

19) Zur Rede Wimmers und zur Resonanz darauf vgl. K. Pätzold/W. Meinicke, Der Kampf gegen den Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1984) 8, S. 718.

20) So durch den Verf.; vgl. W. Bramke, Der unbekanntes Widerstand in Westsachsen. Zum Problem des Widerstandsbegriffs, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, 13 (1986), S. 242.

21) Deutsche Geschichte in 10 Kapiteln, hrsg. von J. Hermann in Verbindung mit M. Bensing u. a., Berlin 1988, S. 359.

22) K. Finker, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1971. Besonders diese 2., erweiterte Ausgabe fand weite Verbreitung. Die letzte, 1984 erschienene Fassung schrieb Finker zusammen mit A. Busse.

23) Ders., Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978.

24) Vgl. O. Groehler/K. Drobisch, Der 20. Juli 1944, in: Einheit, (1984) 7; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 6, Berlin 1985, S. 289, wo es heißt: „Ungeachtet der klassenmäßigen Grenzen und Ziele der an der Verschwörung Betei-

schen den Gruppen innerhalb der Verschwörung, im Gegenteil. In den Bänden 5 und 6 der „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“, wo die Vorbereitungen des Putsches und dieser selbst bemerkenswert viel Platz eingeräumt erhielten, wurde differenzierter als früher Verbindendes wie Trennendes zwischen den Gruppen und innerhalb dieser herausgearbeitet. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, die konservativ-bürgerliche Opposition gegen den Faschismus noch stärker unter entwicklungsgeschichtlichen Gesichtspunkten zu erfassen, was insbesondere für den Kreis um Beck und Goerdeler und für Widersprüche in ihm weiteren Aufschluß geben sollte.

Daß in den Diskussionen zum Widerstandsbegriff und zur Bewertung des 20. Juli 1944 unter Historikern und weit darüber hinaus²⁵⁾ unterschiedliche Standpunkte geäußert wurden, ergibt sich aus der Natur der Gegenstände. Der Verfasser erlebte es selbst, wie Leipziger Antifaschisten, ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten, betroffen auf einige Wertungen vor allem in der Tagespresse²⁶⁾ reagierten und dennoch — bewundernswert genug! — Verständnis für eine teilweise neue Sicht zeigten. Sie hatten, als Goerdeler in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister mit den Nazis der Messestadt noch kooperierte, bereits mutig Widerstand geleistet.

Die empirische Forschung zeigt immer wieder, daß es bei einem großen Teil der zu untersuchenden

„Fälle“ schwerfällt, zu unterscheiden, ob sie zum Widerstand zu rechnen sind oder nicht. Die marxistisch-leninistischen Historiker der DDR lehnen dennoch einhellig den Terminus „Resistenz“ ab. Er mag z. B. eine schwer zu definierende Haltung zwischen Widerstand und Anpassung recht gut wiedergeben, mindert aber durch die Verwischung der Grenzen, die eine solche „Resistenz“ vom tatsächlichen Widerstand trennen, diesen in seiner Bedeutung. Der antifaschistische Widerstand fand unter historisch einzigartigen Rahmenbedingungen statt, weshalb auch seine Einordnung in ein allgemeines Widerstandsrecht²⁷⁾ problematisch erscheint. Der Versuch, den Begriff Widerstand (und zwar unter den konkreten faschistischen Bedingungen) aus sachlichen oder stilistischen Gründen durch andere zu ersetzen, bedeutet letztlich ein Ausweichen. W. Markov, der sich durch seine Forschungen zur Französischen Revolution international großes Ansehen erwarb, griff indirekt in die Diskussion zum Widerstandsbegriff ein, indem er schrieb: „Wenn jemand seinen Kopf *bewußt* hinhielt, zählte das mehr als die schönste linke Ideologie hinter dem Ofen“²⁸⁾ (Hervorhebung von mir, W. B.). Risikobereitschaft, erwachsen aus einer mindestens partiell bewußten Gegnerschaft zum Faschismus, worauf auch in Sellin als notwendiges Kriterium für Antifaschismus aufmerksam gemacht wurde²⁹⁾, sollte deshalb ein unverzichtbarer Maßstab für den Widerstand sein.

III. Resultate und Problemfelder der aktuellen Forschung

Auch in den achtziger Jahren waren die Aktivitäten der Kommunisten in Deutschland das dominierende Thema der Widerstandsforschung. Auf einen

lichten bedeutete das Handeln der Verschwörer vom 20. Juli objektiv einen Bruch mit der faschistischen Doktrin der unbedingten Fortsetzung des Krieges . . . Die Aktion des 20. Juli 1944 war trotzdem (trotz des Scheiterns, W. B.) eine mutige antifaschistische Tat mit dem Ziel der Beseitigung des Hitlerregimes.“

²⁵⁾ Insbesondere Dokumentarfilme über die Teilnehmer an der Verschwörung und deren Frauen fanden einen großen Interessentenkreis.

²⁶⁾ Darunter auch ein Artikel des Verfassers in der Leipziger Volkszeitung vom 20. Juli 1984.

²⁷⁾ Vgl. zu dieser Problematik den instruktiven Aufsatz von Ch. Kleßmann, Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/79, S. 26 ff.

²⁸⁾ In einem Brief an den Verf. vom 19. Oktober 1984. Markov verbrachte wegen seiner Teilnahme am Widerstand über zehn Jahre in faschistischer Haft und leitete die Selbstbefreiung im Zuchthaus Siegburg.

²⁹⁾ Vgl. Pätzold/Meinicke (Anm. 19).

Nenner gebracht, ging es (und geht es noch) um eine annähernde Gesamtschau, wobei wichtige Beiträge zu Detailproblemen — im Vergleich zu vorher teils ergänzend, teils Lücken füllend — und Überblicksdarstellungen erbracht wurden. Von den letzteren ist vor allem H. Kühnrichs Taschenbuch³⁰⁾ zu nennen. Auch Mammachs „Widerstand 1939—1934“³¹⁾, die Fortsetzung seines Überblicks über die Jahre 1933 bis 1939 (von 1974), ist faktisch hierzu zu rechnen; zwar ist der Autor um die Darstellung des Gesamtwiderstandes bemüht, doch hat in allen Abschnitten der kommunistische faktisch die Spitzenstellung; zu ihm wird der nichtkommun-

³⁰⁾ H. Kühnrich, Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933—1945, Berlin 1983, 2. erw. Auflage 1985. Immer mehr Publikationen werden von vornherein als Taschenbücher für einen großen Leserkreis konzipiert.

³¹⁾ K. Mammach, Widerstand 1939—1945. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Berlin 1987.

nistische weitgehend nur in Beziehung gesetzt. Den Charakter eines Überblicks in Fortsetzungen haben die Abhandlungen über die KPD in der „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“. Diese Publikationen bauen auf Einzeluntersuchungen auf, die teils aus den siebziger und weiter zurückliegenden Jahren stammen, teils zeitlich annähernd parallel liefen. Sie treffen Aussagen zur Entwicklung der Programmatik und Strategie der KPD-Führung, geben Einblick in die Organisation sowohl der Gesamtpartei wie der einzelnen Gruppen, berichten – und das nimmt den größten Raum ein – über die Aktivitäten im Widerstand und widmen auch der Analyse der Formen sowie der Mittel große Aufmerksamkeit. Für die Komplexität sprechen auch die Einbeziehung des Exils, des sowjetischen und nicht-sowjetischen, und die sehr breite Darstellung des regionalen Widerstandes.

Die Darstellungen zur Programmatik und Strategie basieren überwiegend auf früheren Erkenntnissen, enthalten aber bisher unbekanntes Vorstellendes der illegalen Führungskader in Deutschland 1943/44 sowohl zur Selbstverständigung über die Lage als auch zur Perspektive nach der Befreiung³²). Diese konzeptionellen Gedanken entstanden auf Grund der schwierigen Bedingungen, die keine systematische, kontinuierliche Verbindung mit der Parteiführung im sowjetischen Exil zuließen, von dieser relativ unabhängig. Sie weisen aber mit den Orientierungen des Zentralkomitees der KPD und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ ein solches Maß von Übereinstimmung auf, daß von einer größeren Distanzierung der Illegalen in Berlin und Leipzig, wie H. Weber sie annimmt³³), keine Rede sein kann.

Ein erheblicher Gewinn aus diesen neueren und neuesten Veröffentlichungen besteht in dem Zuwachs an Wissen und Erkenntnissen über Widerstandshandlungen in der Endphase des Krieges. Die bedeutsamste Studie für diesen Zeitabschnitt legten H. Meyer und K. Pech vor³⁴). Längere Zeit herrschte auch in der marxistischen Geschichtswissenschaft die Auffassung vor, nach der Zerschla-

gung der großen Gruppen im Sommer 1944 seien die antifaschistischen Aktivitäten in Deutschland abgeflaut. Das Bild sieht jetzt jedoch etwas anders aus. Zwar gelang es danach kaum noch, größere Organisationen aufzubauen³⁵), aber in nicht wenigen Gegenden nahm die Zahl derjenigen, die sich dem Faschismus und der Zerstörung widersetzen, sogar zu. Es gab dabei gewiß auch das Bestreben, sich zu entziehen, zu retten (aber war Fahnenflucht nicht auch Widerstand, sogar ein effektiver?), doch es wuchs bei nicht gar so wenigen – auch bei Nichtkommunisten – die Risikobereitschaft, vor allem als die Fronten heranrückten, Kampfhandlungen und Zerstörungen zu verhindern, sich auf Maßnahmen nach der Befreiung vorzubereiten sowie auf die Sicherung der Versorgung mit dem Nötigsten und auf schnelle Schritte zur politischen Umgestaltung.

Es wäre zu einfach, ja ungerecht, hierin nur eine Flucht nach vorn bei denen zu sehen, die sich bis dahin herausgehalten hatten oder gar ein Rädchen im Machtgetriebe gewesen waren. Das Risiko war angesichts der drakonischen Strafmaßnahmen gegen „Defätisten“ außerordentlich groß, wie jeder wußte. Opportunisten versuchten nicht aufzufallen, Mitschuldige unterzutauchen. Wer sich in diesen Wochen engagierte, hielt bewußt den Kopf hin.

Hier werden Defizite in der Erforschung der Motivation für Verhaltensweisen während der Diktatur überhaupt deutlich. Warum Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen sich dem Faschismus entgegenstimmten, ist im allgemeinen und zumeist auch für den einzelnen bekannt. Aber für die, die abseits standen oder schwankten, dann doch zum Widerstand stießen (oder sich aus diesem zurückzogen), gibt es zwar häufig Erklärungen, aber es fehlt – trotz der vielen regionalen Untersuchungen – ausreichendes empirisches Material, und es gibt wohl noch nicht genug theoretische Vorleistungen, um dem Phänomen im ganzen auf die Spur zu kommen.

In der Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Widerstand rechnet G. van Roon die „propagandistischen Aktivitäten“ zu letzterem³⁶). Schon

³²) Sie wurden veröffentlicht bei H. Kühnrich/K. Pech, Neue bedeutsame Materialien über die politisch-theoretische Tätigkeit der illegalen operativen Leitung der KPD in Deutschland 1944, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1979) 1, S. 3.

³³) Vgl. H. Weber, Die KPD in der Illegalität, in: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, hrsg. von R. Löwenthal/P. von zur Mühlen, Berlin-Bonn 1982, S. 98.

³⁴) H. Meyer/K. Pech, Unter Einsatz des Lebens. Antifaschistischer Widerstand in den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges, Berlin 1985.

³⁵) Leipzig, wo es in den letzten Kriegsmonaten gelang, eine arbeitsfähige Leitung und Stützpunkte in fast allen Stadtteilen zu bilden, was entscheidend dazu beitrug, Kampfhandlungen zu verhindern, war nicht der Regelfall. Vgl. K. Baller/G. Schwendler, Zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD von 1939 bis 1945 in Leipzig, in: Jahrbuch zur Geschichte der Stadt Leipzig, 1975, S. 94 ff.

³⁶) G. van Roon, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979.

von der Semantik her möchte man hier Zweifel anmelden, denn zur gewaltsamen Aktion — nach van Roon der Ausdruck aktiven Widerstands — gehört zumeist vorbereitend oder begleitend die Propaganda; ein Umsturzversuch ist ohne diese im Vorfeld kaum denkbar. Die verbreitetsten Formen antifaschistischen Widerstandes, sicher nicht nur des kommunistischen, waren das Verbreiten von Flugblättern, Zeitungen u. a. sowie die mündliche Aufklärung, was nicht zuletzt damit zusammenhing, daß gerade der deutsche Faschismus die Erfolge bei der Gewinnung oder Desorientierung von Menschen zu einem großen Teil seiner Propaganda verdankte. In nahezu allen Publikationen zum antifaschistischen Kampf wurde immer auf diese Form des Widerstandes eingegangen; es ist aber ein besonderes Verdienst von M. Pikarski und G. Übel, in einer eigenständigen Untersuchung eine Darstellung zur Flugblattpropaganda, der eine große Zahl meist faksimilierter Beispiele hinzugefügt wurde, vorgelegt zu haben³⁷⁾. Die Analyse der illegalen Presse von J. Stroech hat ähnliche Bedeutung und ist zudem ein wertvolles bibliographisches Hilfsmittel³⁸⁾.

Über die antifaschistischen Aktivitäten im Exil gibt die „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“ den besten Überblick, wobei das Bemühen um annähernde Vollständigkeit, die Emigranten-Gruppen auf den verschiedenen Kontinenten zu erfassen, Beachtung verdient. Spezielle Arbeiten gaben hierfür Vorleistungen, so für Frankreich und Lateinamerika die Untersuchungen von K. Pech³⁹⁾ bzw. W. Kießling⁴⁰⁾, in denen die Zusammenarbeit der deutschen Exilanten mit den Antifaschisten der Gastländer sowie die Kooperation und Auseinandersetzung von Kommunisten und anderen deutschen Emigranten dargestellt werden. Von den Arbeiten über die deutschen Antifaschisten in der Sowjetunion verdient die Dissertation G. Dieseners über das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD)⁴¹⁾ auch deshalb besondere Erwähnung,

³⁷⁾ M. Pikarski/G. Übel, Die KPD lebt! Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945, Berlin 1980.

³⁸⁾ J. Stroech, Die illegale Presse — Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933–1939, Leipzig 1979.

³⁹⁾ K. Pech, An der Seite der Résistance, Berlin 1981.

⁴⁰⁾ W. Kießling, Alemania Libre. Ein Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Exils (1941–1946), 2 Bde., Berlin 1974.

⁴¹⁾ G. Diesener, Die Propagandaarbeit der Bewegung „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion 1943–1945, Diss., Leipzig 1987. Die Beschäftigung mit der Bewegung „Freies Deutschland“ gehört zu den kontinuierlich verfolgten

weil sie über das eigentliche Thema hinaus z. B. weitere Aufschlüsse über die organisatorische Entwicklung und über das Verhältnis von KPD und dem Bund Deutscher Offiziere gibt, so daß für eine Gesamtdarstellung des NKFD wichtige Vorarbeiten erbracht wurden.

Fast alle genannten Darstellungen enthalten Kapitel oder Passagen zum sozialdemokratischen Widerstand respektive zur Geschichte der SPD von 1933 bis 1945, die Spezialarbeiten zur Kommunistischen Partei überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten vor allem in Deutschland. Mit der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945“⁴²⁾ liegt die erste marxistisch-leninistische Gesamtdarstellung der SPD in diesem Zeitraum vor, in der auch die Rolle der SOPADE und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) ausführlicher behandelt wird. Spezialstudien zur SAI legten P. Kircheisen⁴³⁾ und A. Wörner⁴⁴⁾ vor. Der sozialdemokratische Widerstand erhält insgesamt hohe Wertschätzung. Daß immer wieder auf seine Zersplitterung und damit auf seine dadurch bedingte Schwäche im Vergleich zum kommunistischen hingewiesen wird, spiegelt weitgehend die Realität wider. Die Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus leitender Exilgremien, die überwiegend das flexible Entgegenkommen der KPD ungeprüft zurückwiesen, spielt in den Darstellungen eine wichtige Rolle, wobei jedoch — und das zunehmend — nicht nur innerhalb der reformistischen Führungskräfte differenziert, sondern auch das sozialdemokratische Exil insgesamt nach seiner Fähigkeit als antifaschistisches und Friedenspotential befragt wird.

Daß es die Kommunisten wegen der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Arbeiterparteien in der Weimarer Republik, aber mehr noch wegen der Vorgänge in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und insbesondere nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages schwer hatten, die Brücke zu sozialdemo-

Schwerpunkten in der Widerstandsforschung der DDR. Im Sommer 1988 erscheint in den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ ein Grundsatzbeitrag H. Kühnrichs zum NKFD aus Anlaß des 45. Jahrestages der Gründung des Komitees.

⁴²⁾ Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Niemann, Berlin 1982, Kap. VI, VII.

⁴³⁾ P. Kircheisen, Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik (1923–1940), Diss., Halle 1978.

⁴⁴⁾ A. Wörner, Der Zerfall der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) und seine Ursachen (1933–1940), Diss., Leipzig 1980.

kratischen Politikern zu finden, wird betont, aber auch, daß diese in den genannten Ereignissen willkommene Vorwände sahen, sich zu entziehen. Dennoch werden solche die Zusammenarbeit der Antifaschisten unterschiedlichen politischen Standortes behindernden Probleme noch genauer zu analysieren sein.

Auf ein Problem des Widerstandes von Sozialdemokraten und Angehörigen anderer reformistischer Organisationen sei noch hingewiesen: Wenn in den Untersuchungen zum kommunistischen Widerstand so häufig auf Sozialdemokraten, Gewerkschafter usw. Bezug genommen wird, so verbirgt sich dahinter das Problem, daß diese sich oft einzeln oder in Gruppen, lose oder fester, kommunistischen Organisationen anschlossen, Unterstützung durch deren Kurierdienste und andere Hilfe erhielten. Das heißt, es ist oft schwer, sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstand zu unterscheiden⁴⁵⁾, was noch stärker zu beachten sein wird.

Während in der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung die Verschwörung des 20. Juli häufig dem militärischen Widerstand zugeordnet wird, ordnet die marxistische Historiographie letzteren ebenso konsequenterweise nach politischen und sozialen Gesichtspunkten ein⁴⁶⁾, wie sie erstere als bürgerlich oder großbürgerlich charakterisiert. Der Antifaschismus von Angehörigen des Bürgertums und des Adels sowie der Mittelschichten findet wesentlich unter zwei Gesichtspunkten Beachtung: unter dem Blickwinkel kommunistischer Volksfrontpolitik und — zunehmend — als genuine Kraft. Neue Veröffentlichungen zur Volksfrontstrategie der Kommunisten⁴⁷⁾ bestätigen die Kontinuitätslinie zu diesem Thema. Trotz nicht bestrittener diskontinuierlicher Momente war ja auch

⁴⁵⁾ Jedenfalls in Regionen, wo die Arbeiterparteien vor 1933 großen Einfluß hatten und wenigstens zeitweilig kooperierten, wie in Sachsen. Vgl. W. Bramke (Anm. 20), S. 235 f.

⁴⁶⁾ So in einer der neuesten Publikationen: Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918—1945), hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von P. Heider, Berlin 1987, Kap. 5, 6. Im Prinzip auch bei H. Burkhardt/G. Erxleben/K. Nettball, Die mit dem blauen Schein. Über den antifaschistischen Widerstand in den 999er Formationen der faschistischen deutschen Wehrmacht (1942 bis 1945), Berlin 1982, obwohl der Charakter der Strafeinheiten Sonderbedingungen schuf, deren soziale und politische Strukturen ganz eigener Art waren.

⁴⁷⁾ Vgl. G. Jähn, Der VII. Kongreß der KI und die internationale antifaschistische Solidarität, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1985) 4; E. Lewerenz, Der VII. Kongreß der KI über den Kampf der Kommunisten für den Frieden, in: ebenda; E. Lewin, Antifaschistische Volksfrontpolitik und Bündnisbeziehungen gegenüber der Bauernschaft auf dem VII. Kongreß der KI 1935, in: ebenda.

etwa seit Mitte der zwanziger Jahre die Bündnispolitik der KPD gegenüber nichtproletarischen Kräften ein Faktor von Bedeutung und weit weniger Schwankungen ausgesetzt als das Verhältnis zur SPD. In den Bündnissen von Kommunisten und Antifaschisten aus nichtproletarischen Kreisen waren beide Seiten Gebende und Nehmende, wie die Forschung vielfach belegt. Aber es ist im Grunde noch eine höchstens am Rande behandelte Frage, wieviel auch Theoretisch-Programmatisches aus bürgerlich-kleinbürgerlichen Kreisen in kommunistische Konzepte eingegangen ist.

Wie der sozialdemokratische wird der bürgerlich-kleinbürgerliche Widerstand in den Überblickswerken gesondert aufgeführt. Es erschien aber auch eine Reihe von Publikationen speziell zu diesem Problem. Die Spitzenstellung nimmt der Band „Deutsche Demokraten“⁴⁸⁾ ein, der mit seinem großen zeitlichen Bogen darauf aufmerksam macht, daß es im deutschen Bürgertum und Kleinbürgertum, vor allem unter Intellektuellen, auch eine demokratische Kontinuität gegeben hat. Dieses Thema gewinnt immer mehr an Bedeutung, wofür neben wissenschaftlichen auch politische Motive bestimmend sind. Die aktuelle Notwendigkeit und Möglichkeit, sozial und politisch heterogene Bündnisse zu schließen, verweist zwangsläufig auf die Suche nach historischen Vorbildern (oder auch „Lehrstücken“ im Negativen!), wofür sich der Zeitraum zwischen 1917/18 und 1945 regelrecht aufdrängt. Noch sind monographische Schriften wie die K. von Brücks⁴⁹⁾ recht selten, was Ausdruck bestimmter Defizite in der Erforschung der Geschichte der Bourgeoisie und der Mittelschichten als soziale Körper in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist. Die historisch notwendige Konzentration auf die Imperialismusforschung bedingte bei den begrenzten Kapazitäten Lücken, die aber in den nächsten Jahren teilweise geschlossen werden können, z. B. durch Untersuchungen zur sozialen Lage und politischen Haltung der städtischen und ländlichen Mittelschichten, so daß genauere Aussagen zu deren Verhältnis gegenüber dem Faschismus in der Weimarer Republik und unter der nazistischen Herrschaft möglich sein werden.

Tradition hat die Erforschung des christlichen Widerstandes, wobei die marxistischen Historiker — da ja der Terminus „kirchlicher Widerstand“ zu-

⁴⁸⁾ Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von D. Fricke, Berlin 1981, Kap. VI.

⁴⁹⁾ K. von Brück, Bürger gegen Hitler, Berlin 1986.

mindest umstritten ist — nicht die Kirchen als Institutionen, sondern das Eintreten einzelner Christen oder Gruppen für den Humanismus zum Gegenstand ihrer Arbeit machen, wofür eine von K. Drobisch und G. Fischer besorgte Dokumentation⁵⁰⁾ jüngstes Zeugnis gibt. Von den Kirchenhistorikern hat K. Meier mit seinem dreibändigen Werk über den Kirchenkampf⁵¹⁾ die herausragende Arbeit dazu vorgelegt. Meier griff mehrfach in die Diskussion um die Frage ein, ob die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit der faschistischen Kirchenpolitik und mit dem Hitler-Staat als Widerstand zu werten sei, und bezeichnete dabei den Kirchenkampf als „objektiven Störfaktor im Gefüge des NS-Staates“⁵²⁾.

Ein großer Teil der Forschungen zum Thema „Antifaschismus“ ist Ergebnis regionalgeschichtlicher Untersuchungen, weshalb für diese hier einige spezielle Bemerkungen gemacht werden. Daß die Regionalforschung für unseren Gegenstand eine besondere Aufgabe und Chance besitzt, ergibt sich schon daraus, daß der reale Widerstand überwiegend nur von kleinen Gruppen, d. h. meist auch nur in kleinen geographischen Räumen geleistet werden konnte, was Konsequenzen für die Forschungsmethoden hat. Hauptträger und -anreger für die Erforschung der antifaschistischen Aktivitäten in der Region sind die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED⁵³⁾. Die von den Kommissionen initiierte Arbeit, die auch vom Spezialisten kaum noch zu überschauen ist — geleistet von professionellen und sehr vielen „Hobbyhistorikern“ —, hat in den achtziger Jahren eine neue Stufe durch die Inangriffnahme und zum Teil Fertigstellung von Bezirksgeschichten der revolutionären Arbeiterbewegung erreicht. Für die Jahre 1933 bis 1945 ist darin die Parteigeschichte wesentlich die Geschichte des kommunistischen Widerstandes unter Berücksichtigung der Leistungen von Nichtkommunisten. Bisher erschienen die

Geschichtsdarstellungen der Parteibeirke Halle-Merseburg⁵⁴⁾, Gera⁵⁵⁾, Leipzig-West Sachsen⁵⁶⁾ und Berlin⁵⁷⁾ sowie eine spezielle Untersuchung über Faschismus und Widerstand in Mecklenburg.

Diese Arbeiten sind Ausdruck ernsthafter Beschäftigung vieler Genannter und Ungenannter mit der Geschichte der engeren Heimat und gleichzeitig für die Traditionspflege geschrieben; politische Verantwortung durch die Geschichte soll im vertrauten Umfeld unmittelbar nachvollziehbar werden. Es ist daher bedauerlich, daß von dem spezifisch Regionalen, wie es Geographie, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur sowie die Geschichte über einen langen Zeitraum beeinflußt und auch mental geprägt haben, verhältnismäßig wenig eingebracht worden ist. Es scheint fast, als scheuten sich die meisten der mit diesem Zeitabschnitt befaßten Regionalhistoriker, von ihrem räumlich kleinen Feld aus zu größeren Fragen vorzustoßen. Eine solche Frage ist aber, inwieweit die Region Ausmaß und Intensität sowie Formen des Widerstandes geprägt hat.

Gerade in der regionalen Geschichtsschreibung zum Widerstand, aber nicht nur dort, werden zunehmend Methoden der Alltagsforschung angewendet — so problematisch, zumal für die Widerstandsbewegung, der Begriff ist, weil der „Alltag“ fast noch schwerer als der Widerstand definierbar ist und der sogenannte kleine Mann, den die Alltagsforschung zumeist ins Visier nimmt, die Hauptlast des Widerstandes und damit Ungewöhnliches trug und ertrug. Einige der wichtigsten Methoden der Alltagsforschung — das Beachten der Details des täglichen Lebens, der sozialen Mikrobeziehungen, die systematische Einbeziehung individueller Quellen, sei es durch Befragung oder die Nutzung schriftlicher Erinnerungen — erweisen sich besonders für die Untersuchungen als zweckmäßig, die Orte des permanenten Ausnahmezustandes, sowohl im Vergleich zur Zeit der Weimarer Republik wie zum faschistischen Alltag, erfassen: Zuchthäuser und Konzentrationslager. In den neueren Arbeiten über Haftbedingungen und Widerstand

⁵⁰⁾ Widerstand aus Glauben. Christen in der Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus, zusammengestellt und hrsg. von F. Drobisch und G. Fischer, Berlin 1985. Zu nennen ist auch G. Fischer, Antifaschistisches Erbe — Mythos oder Auftrag? Lehren aus dem Widerstand von Christen in Deutschland, Berlin 1986.

⁵¹⁾ K. Meier, Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bde., Halle 1984.

⁵²⁾ Ebenda, Bd. 3, S. 616.

⁵³⁾ Vgl. zu deren Tätigkeit H. Maur, Neuere Forschungen zur Regionalgeschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung, in: Jahrbuch für Geschichte, 26 (1982), S. 367 ff.; ders., Geschichtskommissionen der SED im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1988) 2.

⁵⁴⁾ Die KPD im Bezirk Halle-Merseburg 1933—1945, hrsg. von der Bezirksleitung Halle der SED, Halle 1983.

⁵⁵⁾ Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED, Bd. 1, Gera 1986.

⁵⁶⁾ In der Revolution geboren, in den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-West Sachsen, Kap. 4, 5, Leipzig 1986.

⁵⁷⁾ Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1987, Kap. 5, 6.

in den Zuchthäusern Brandenburg-Görden⁵⁸⁾, Luckau⁵⁹⁾ und Waldheim⁶⁰⁾ sowie im KZ Buchenwald⁶¹⁾ wird ausführlicher als in früheren Darstellungen der Alltag in der Haft beschrieben.

Eine gewisse Zurückhaltung im Vergleich zu einigen westeuropäischen Ländern und zur Bundesrepublik, Alltagsgeschichte im Faschismus auf der Grundlage von Befragungen zu schreiben, hat verständliche Ursachen in Problemen, auf die u. a. auch L. Niethammer⁶²⁾ aufmerksam machte. Es ist vor allem die Sorge, daß geschichtliche Zusammenhänge verdunkelt oder zerrissen werden könnten, der Faschismus aus der zeitlichen Distanz weniger barbarisch erscheint und der Widerstand dadurch herabgemindert wird. Dennoch sollte die Befragung von Zeitzeugen, die bekanntlich schon am Anfang der Erforschung des Widerstandes in der DDR eine große Rolle spielte und deren archivierte Resultate auch für die weitere Forschung eine unersetzbare Quelle sein werden, wachsende Bedeutung erlangen. Noch ist die Gelegenheit relativ günstig, Zeitgenossen zu befragen und bisher Geschriebenes mit den Interviewprotokollen in Beziehung zu setzen. Die Arbeit von S. Jacobeit⁶³⁾ über die Lebenslage der Bäuerinnen hat z. B. weitere Untersuchungen angeregt, deren Ergebnisse sukzessive veröffentlicht werden.

In dieser Bilanzierung der Forschungen in der DDR zum antifaschistischen Widerstand ging es um die Ergebnisse der geschichtswissenschaftlichen Ar-

beit. Andere Disziplinen, so vor allem die Philosophie und die Kunstwissenschaft, namentlich die Literaturgeschichte, gaben unverzichtbare Anstöße. In der Memoirenliteratur — schwer in ein Genre einzuordnen — geschah dies vor allem durch die Erinnerungen von F. Dahlem⁶⁴⁾ und E. Honecker⁶⁵⁾. Bedeutsam war die Neuherausgabe der Auseinandersetzung H. Günthers mit der Ideologie des Nationalsozialismus aus dem Jahre 1935⁶⁶⁾. Die erstmalige Ausgabe von bisher nicht gedruckten Manuskripten P. Zechs aus dessen Nachlaß, insbesondere seines Romans „Deutschland, dein Tänzer ist der Tod“⁶⁷⁾, waren literaturgeschichtliche Ereignisse, nicht nur für eine erheblich modifizierte Sicht auf die Biographie Zechs.

Zeugnisse über Schriftsteller in ihrer Auseinandersetzung mit dem Faschismus in den ersten Monaten seiner Herrschaft⁶⁸⁾ und schließlich W. Brekles Buch über die antifaschistischen Schriftsteller in Deutschland während der Hitlerdiktatur, in dem der Autor mit seinen Erörterungen über das Problem der „inneren Emigration“⁶⁹⁾ auch die Diskussionen zum Widerstandsbegriff bereichert, haben Persönlichkeiten des antifaschistischen Widerstandes erneut ins Blickfeld gerückt, die mit ihren Werken bis heute auch im Sinne des Antifaschismus wirken. Die Diktion in der wissenschaftlichen Literatur ist wohl notwendigerweise immer sachlicher geworden. Antifaschismus ohne Emotion ist aber kaum denkbar, soll er wirksam bleiben. Die Kunst der Zeit und über diese Zeit hat hier eine kaum überschätzbare Funktion.

IV. Ausblick

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der antifaschistische Widerstand seinen herausgehobenen

Platz in den historischen Forschungen der DDR behalten wird. Auch die wachsende zeitliche Distanz wird nicht eine Beschäftigung sine ira et studio mit ihm bewirken. Der mit ihm Befasste bleibt un-

⁵⁸⁾ M. Frenzel/W. Thiele/A. Mannbar, *Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisationen der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945*, Berlin 1982.

⁵⁹⁾ H.-J. Nicke, *In Ketten durch die Klosterstraße. Leben und Kampf eingekerkelter Antifaschisten im Zuchthaus Luckau*, Berlin 1986.

⁶⁰⁾ Die Dissertation M. Habichts, *Zuchthaus Waldheim 1933—1945. Haftbedingungen und antifaschistischer Kampf*, erscheint 1988 unter diesem Titel als Buch.

⁶¹⁾ K. Drobisch, *Widerstand in Buchenwald*, Berlin 1985.

⁶²⁾ Vgl. „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960*, hrsg. von L. Niethammer, Bd. 1, Berlin-Bonn 1986, S. 19 ff.

⁶³⁾ S. Jacobeit, *Arbeits- und Lebensbedingungen der Bäuerinnen in Klein- und Mittelbetrieben*, Diss., Berlin 1980.

⁶⁴⁾ F. Dahlem, *Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939*, 2 Bde., Berlin 1977 und 1980.

⁶⁵⁾ E. Honecker, *Aus meinem Leben*, Berlin 1980.

⁶⁶⁾ H. Günther, *Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus*, Berlin 1983.

⁶⁷⁾ P. Zech, *Deutschland, dein Tänzer ist der Tod*, Rudolstadt 1980.

⁶⁸⁾ *In jenen Tagen. Schriftsteller zwischen Reichstagsbrand und Bücherverbrennung. Eine Dokumentation*, zusammengestellt von F. Berger u. a., Leipzig-Weimar 1983.

⁶⁹⁾ W. Brekle, *Schriftsteller im antifaschistischen Widerstand 1933 bis 1945 in Deutschland*, Berlin-Weimar 1985, S. 32 ff. Für die Zeit an der Schwelle des Untersuchungszeitraumes verdient besondere Erwähnung: *Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933—1945*, sieben Bände, Leipzig 1978—1981.

verändert in einem politisch-moralischen und politischen Auftrag, wobei die aktuelle Politik Modifizierungen begünstigen kann, wie es der Zusammenhang von Entspannungspolitik und differenzierter Sicht des Widerstandes gezeigt hat. Dies ist keine auf die DDR beschränkte Erscheinung, wie der Historikerstreit in der Bundesrepublik Deutschland, der nach H.-U. Wehler hauptsächlich „ein durch und durch politischer Kampf um das Selbstverständnis der Bundesrepublik, um das politische Bewußtsein ihrer Bürger“⁷⁰⁾ ist, veranschaulicht.

Die jetzige Konzeption und die angedeuteten, in ihr angelegten Tendenzen dürften sich für die Forschung auf längere Zeit als tragfähig erweisen. In der Deutschen Demokratischen Republik hat sich ein Geschichtsdenken mit hohen Ansprüchen entwickelt, das sich groben Konturierungen verschließt. Es wird darum gehen, den Widerstand umfassend und in seinen Widersprüchen in seiner schweren Zeit verständlich und möglichst nachvollziehbar zu machen. Je vielschichtiger die Ge-

schichtsforschung wird, um so geringer scheint die Chance zu sein, Vollständigkeit zu erreichen. Die politische Bedeutung des Widerstandes, seine Singularität legen jedoch den Forschern die Verpflichtung auf, die Vollständigkeit anzustreben. Die seit 1984 vom Zentralen Parteiarchiv der SED ausgehenden Bestrebungen, „alle Personen und Sachverhalte des deutschen Widerstandskampfes“⁷¹⁾ zu erfassen, führten bis Ende 1987 zur Ermittlung von über 350 000 Namen. Das schwierigste wird sein, die Schicksale dieser Personen in einem widersprüchlichen Bedingungsgefüge und auch als individuelle Schicksale zu erfassen. Die Thälmann-Biographie⁷²⁾ stellte einen Versuch dar, individuelle und Parteientwicklung zu verknüpfen. Die stärkere Beschäftigung mit der Wirtschafts-, Sozial- und auch Kulturgeschichte, nicht zuletzt der Aufschwung in der regionalen Forschung könnten noch besser genutzt werden, um den Widerstand als individuelle Handlung *und* als das Zeitgemäße in der Geschichte des deutschen Volkes zu erfahren.

⁷⁰⁾ H.-U. Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988, S. 10.

⁷¹⁾ Neues Deutschland vom 23./24. April 1988.

⁷²⁾ Ernst Thälmann. Eine Biographie, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von G. Hortzchantzky, Berlin 1979, insbes. der 5. Teil.

Widerstand in Österreich 1934—1945

I. Spuren in der Politischen Kultur?

In vielen europäischen Staaten hat der Kampf gegen den Faschismus tiefe Spuren in die Politische Kultur des Landes eingezeichnet; die nationale Identität definiert sich partiell über diesen Widerstand. Nicht so in Österreich. Nach einer kurzen Phase, von 1945 bis etwa 1947, in der politische Legitimation vom Widerstand her bezogen wurde, sank er rasch zur Bedeutungslosigkeit herab¹⁾. Ab 1948 hatte die Eingliederung der ehemaligen Nationalsozialisten Vorrang. Lediglich Österreichs „Opferrolle“ 1938 wurde im politischen Repertoire weiterverwendet und als Instrument für die Durchsetzung des Staatsvertrages benutzt²⁾.

Die Rekrutierung der Kandidaten für die Nationalrats- und Landtagswahlen in den Jahren 1945 und 1949 belegte den Mentalitätswandel. Trachteten die politischen Parteien 1945 noch danach, möglichst viele KZler in ihren Reihen kandidieren zu lassen, verschob sich das Gewicht 1949 zu den heimgekehrten Soldaten der Deutschen Wehrmacht und zu jenen Kandidaten, die eine politische Gesprächsbasis mit den ehemaligen Nationalsozialisten unterhielten. Das Bekenntnis zum Widerstand gerann zur leeren rhetorischen Figur bei einigen wenigen Alibiveranstaltungen. Böse schrieb der Nonkonformist und Dachau-Häftling Viktor Matejka in seinen Erinnerungen: „Niemals vergessen‘ ist längst zur Leerformel geworden, im österreichischen Alltag

ein Versprecher, an Feiertagen ein Rülpsen über Leichen — Österreichs Märtyrern.“³⁾

Bereits 1945/46 hatte sich eine Kluft aufgetan zwischen der Politischen Kultur der Eliten, die tatsächlich partiell vom Widerstand geprägt war, und der Politischen Kultur großer Teile der Bevölkerung, die schon damals vom Widerstand nichts wissen wollten. Charakteristisch dafür war die Tagebucheintragung einer Salzburger Hausfrau vom 15. März 1946: „Deserteure und Partisanen werden als Helden, die Soldaten als Dummköpfe hingestellt.“⁴⁾ Das wiederum hing mit der Frage zusammen: Wie wurden die Maitage des Jahres 1945 erlebt — als Tage der Befreiung oder als Tage der Niederlage und der Besetzung?

Der Grundkonsens der Zweiten Republik beruhte auf der Annahme der Befreiung. Wie aber erlebte die Bevölkerung diese Tage, wie wurden sie in der Populärtradition aufbewahrt? Eine Antwort auf diese Fragen ist nicht so einfach, sie muß stärker differenzieren. Alle politischen Gruppen, alle Schichten der Bevölkerung atmeten auf, daß dieser mörderische Krieg vorbei war, daß die Angst vor den Bomben aufgehört hatte. Eine Schicht unterhalb dieser gemeinsamen Erleichterung erfolgte bereits eine Scheidung der Gefühle. Für diejenigen, die aus den KZs und Gefängnissen zurückströmten, war das Erlebnis der Freiheit unbestreitbar; ebenfalls für die Österreich-Gesinnten, für die Katholische Kirche und die politischen Eliten, die sich an den Aufbau eines demokratischen Österreichs machten. Die Konstituierung des Widerstandes als selbständige politische Kraft scheiterte allerdings⁵⁾. Für die Nationalsozialisten hingegen (im-

¹⁾ Rot-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen), Erster Teil, Wien 1946. Ein zweiter Teil folgte nicht mehr. Zur Forschungssituation vgl. Wolfgang Neugebauer, Widerstandsforschung in Österreich, in: Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, hrsg. von Isabella Ackerl u. a., Wien 1981, 2. Bd., S. 359—376; ders., Neue Forschungen und Forschungslücken zur Geschichte des Widerstandes. Bericht über den 16. Österreichischen Historikertag in Krems/Donau 1984, hrsg. vom Verband Österreichischer Geschichtsvereine, o. O., 1985, S. 168—178; Willibald I. Holzer, David und Behemoth. Projekte zur Erforschung von Verfolgung und Widerstand 1933/34—1945 in Bayern und Österreich, in: Zeitgeschichte, (1982) 9, S. 338—363.

²⁾ Zur Entnazifizierung vgl. Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981; Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945—1955, hrsg. von Sebastian Meissl u. a., Wien 1986; zum Staatsvertrag vgl. Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrags 1945—1955. Österreichs Weg zur Neutralität, Wien 1985³⁾.

³⁾ Viktor Matejka, Widerstand ist alles. Notizen eines Unorthodoxen, Wien 1984, S. 79. Zur weitaus positiveren Situation in der Bundesrepublik vgl. Peter Steinbach, Widerstandsdiskussionen im politischen Wandel der Bundesrepublik Deutschland, in: Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, hrsg. von Peter Steinbach, Köln 1987, S. 311—334.

⁴⁾ Tagebuch von K. H. Die Autorin möchte nicht genannt werden.

⁵⁾ Vgl. Oliver Rathkolb, Raoul Bumballa, ein politischer Nonkonformist 1945. Fallstudie zur Funktion der 05 im Widerstand und in der Parteienrestauration, in: Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl zum

merhin ca. 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung) waren die Maitage unleugbar Tage des Zusammenbruches, der bedingungslosen Niederlage, der Angst, für die Verbrechen des Regimes haftbar gemacht zu werden.

Und die Mehrheit der Bevölkerung? Zunächst muß man daran denken, daß die Maitage des Jahres 1945 nicht das Ergebnis einer breiten nationalen, oppositionellen Volksbewegung waren, sondern Tage des Sieges der Alliierten, der bisherigen Kriegsgegner. Für die österreichischen Soldaten, die sechs Jahre lang an allen Fronten gekämpft, vielleicht eine Hand, ein Bein verloren hatten, war es emotional schwer nachzuvollziehen, daß ihre militärische Niederlage gleichzeitig der Akt der Befreiung ihrer Heimat war⁶⁾. Und die Alliierten traten zunächst weniger als Befreier denn als Sieger und Besetzer auf. Für viele Österreicher blieb die Befreiung assoziiert mit den Übergriffen der sowjetischen Soldaten, mit Uhrenraub und Vergewaltigungen. Die Verbrechen der deutschen und österreichischen Soldaten hingegen — vor allem im Osten, auf dem Balkan — wurden systematisch verdrängt⁷⁾. Obendrein hatte die Not und Bedrohung der letzten Kriegsjahre ein gewisses Solidaritätsgefühl hergestellt, tatsächlich nun die „Heimat“ zu verteidigen. In die Ostphobie, in den von der nationalsozialistischen Propaganda hochgezüchteten Antikommunismus, flossen uralte Ängste ein. Die „Grande Peur“ vor dem Osten beruhte auf historischen Erfahrungen, die von den Ungarneinfällen bis zu den Türkenkriegen reichten. Kurzum, wie immer man die Maitage des Jahres 1945 analysiert, es bleiben Ambivalenzen — Tage der Niederlage und Tage der Befreiung. Als großes Symbol für den nationalen Unabhängigkeitskampf des österreichischen Volkes jedenfalls taugt dieser Mai kaum!

Der österreichische Widerstand war mit diesem komplizierten Mentalitätskomplex konfrontiert. Vor allem die Kommunisten, welche die größte Zahl der Widerstandskämpfer stellten, gerieten rasch in den Strudel des West-Ost-Konfliktes, mußten für die Übergriffe der sowjetischen Besatzungs-

60. Geburtstag, hrsg. von Rudolf G. Ardelt u. a., Wien 1985, S. 295–317; Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die große Koalition in Österreich 1945–1966, Wien 1987, S. 25 f.

⁶⁾ Vgl. Vom Reich zu Österreich. Kriegsende und Nachkriegszeit, erinnert von Augen- und Ohrenzeugen, hrsg. von Jochen Jung, Salzburg 1983.

⁷⁾ Das Thema „österreichische Soldaten in der Deutschen Wehrmacht“ harret noch einer intensiveren Aufarbeitung. Vgl. Walter Manoschek/Hans Safrian, Österreicher in der Wehrmacht, in: NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, hrsg. von Emmerich Tálos u. a., Wien 1988, S. 331–360.

macht geradestehen — und das in einem Lande, dessen Zukunft ungewiß, das teilweise von den Sowjets besetzt war, und wo die KPÖ lediglich den Lakaien Moskaus spielte. Der Widerstand als mögliches nationales Symbol ging rasch im Antikommunismus unter. Als Signal dafür kann die Auflösung des überparteilichen „Österreichischen Bundesverbandes ehemals verfolgter Antifaschisten“ (KZ-Verband) im Jahre 1948 gelten; er zerfiel genau nach den politischen Lagergrenzen⁸⁾.

Es gelang auch nicht, suggestive „Heldenbilder“ zu schaffen — Symbole, die die politische Phantasie bewegen und die Emotionen binden. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo mit den Männern des „20. Juli“, mit dem Kreisauer Kreis, Dietrich Bonhoeffer und Pater Delp, mit den Geschwistern Scholl und anderen Personen des Widerstands Identifikationsfiguren entstanden, die durch ihr Handeln Vorbildcharakter annahmen und die dem NS-Kult entgegengehalten werden konnten, dominierte in Österreich der namenlose Widerstand der kleinen Leute mit wenig Strahlkraft⁹⁾. Erst in der jüngsten Zeit scheint mit der Person des katholischen Wehrdienstverweigerers Franz Jägerstätter, eines einfachen Bauern aus St. Radegund, die Arbeit am Mythos zu gelingen. Seitdem Bundespräsident Kurt Waldheim in seiner Wahlkampagne 1986 das Thema Pflichterfüllung in der Deutschen Wehrmacht öffentlich positiv besetzt hatte und u. a. mit dieser Parole das Bild des „häßlichen Österreichers“ in der Welt fixierte, seitdem suchen immer mehr junge Österreicher nach einem Gegenbild. Der „religiöse Virtuose“ Franz Jägerstätter, der seine Pflicht gegenüber den Geboten Gottes höher stellte als sein Bedürfnis, Karriere zu machen, ja höher als sein Leben, dieser Mann bietet sich als Anti-Waldheim geradezu an.

Vor kurzem hat Erna Putz die „Gefängnisbriefe und Aufzeichnungen“ Jägerstätters veröffentlicht, die in bemerkenswert differenzierter Weise sowohl das Verhalten der Katholischen Kirche im Jahre 1938 als auch hellichtig Hitlers Aggressionskrieg kritisieren. Darin heißt es 1941/42: „Man spricht auch heute noch von einer Vaterlandsverteidigung. Haben wir Österreicher denn in so kurzer Zeit das Jahr 1938 vergessen? Kann ich denn noch sagen, ich habe noch ein Vaterland, wenn ich in einem Lande bin, wo ich nur Pflichten habe und keine Rechte

⁸⁾ Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, April 1987.

⁹⁾ Zusammenfassend dazu: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Jürgen Schmäddecke und Peter Steinbach, München 1986².

mehr besitze? Kann da überhaupt noch von einer Vaterlandsverteidigung die Rede sein, wenn man ganz einfach in Länder einbricht, die einem gar nichts schuldig sind und darinnen raubt und mordet? Was können denn wir katholischen Österreicher noch verlieren, wenn wir für den deutschen Staat auch nicht mehr kämpfen? Würden wir dadurch erst die Glaubensfreiheit oder die wirtschaftliche Freiheit verlieren? Hat man es uns noch zu

wenig gesagt, was man mit solchen machen wird, die sich nicht zum Nationalsozialismus bekennen? Natürlich wäre es den Herrn Parteigenossen sehr angenehm, wenn wir ihnen erst noch zu weiteren Siegen verhelfen würden. Daß wir Katholiken uns zum Werkzeug der schlimmsten und gefährlichsten antichristlichen Macht, die bis jetzt existiert hat, ganz einfach zur Verfügung stellen müssen, kann und werde ich niemals glauben können.“¹⁰⁾

II. Der Streit um den „Austrofaschismus“

Fast jede Diskussion über 1938 gleitet in Österreich zurück auf das Jahr 1934, das Jahr der Bürgerkriege, und es entsteht ein Klima der jeweiligen Schuldzuweisung. Die einen sagen, 1934 war nur das Vorspiel, das unmittelbar hinüberleitete zum Jahre 1938; die Meinung der anderen ist, die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur sei zwar bedauerlich, aber notwendig gewesen, um den Nationalsozialismus zu bekämpfen.

Stärker als in anderen demokratischen Ländern ist die wissenschaftliche Zeitgeschichte in Österreich parteipolitisch fragmentiert und wird für politische Legitimationszwecke mißbraucht¹¹⁾. Für das Aufbrechen der konservativen Positionen an den Universitäten in den siebziger Jahren spielte die wissenschaftliche Zeitgeschichte eine wichtige Rolle: Abgesehen von einer Ausnahme sind alle österreichischen Zeitgeschichtslehrstühle mit SPÖ-nahen Hochschullehrern besetzt. Umgekehrt leidet die ÖVP an dem Defizit, nicht genügend qualifizierte Zeithistoriker aufzuweisen. Diese asymmetrischen intellektuellen Ausstattungen bergen die Gefahr in sich, daß jede wissenschaftliche Diskussion rasch ins Unprofessionelle absinkt und wissenschaftliche Laien den Ton angeben. Die Folge davon war und ist, wie Gerhard Botz prägnant formuliert hat: „Statt einer kritischen Aufarbeitung der jeweils eigenen Vergangenheit und ihrer Problembereiche wurde Geschichte nicht selten zur politischen Waffe, um den Gegner zu treffen.“¹²⁾

Die innenpolitische Situation Österreichs in den Jahren zwischen 1934 bis 1945 war außerordentlich komplex. Hier entwickelten sich zwei faschistische Bewegungen (Heimwehr und NSDAP) und zwei Regime, von denen das eine Regime (in der Forschung umstritten) halbfaschistische Züge trug – der sogenannte Autoritäre Christliche Ständestaat –, das andere Regime – die NS-Herrschaft in Österreich – in der Regel unbestritten als vollfaschistisch qualifiziert wird¹³⁾. Diese komplexen Herrschaftsstrukturen legten die Bedingungen fest für Widerstand und Opposition.

Eine Forschung, die primär weniger von moralischen und politischen Positionen ausgeht, sondern sich stärker von funktionellen Kriterien leiten läßt, wird die Bestimmung von Widerstand und Opposition nach diesen jeweiligen Herrschaftsstrukturen ausrichten.

Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime gehört in die Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus ebenso wie in die Geschichte des österreichischen Nationsbildungsprozesses¹⁴⁾. Dieser „Widerstand“ zeigte zwei Dimensionen: Zum einen war es der Kampf um die österreichische Unabhängigkeit, eines kleinen Staates gegen einen übermächtigen Nachbarn; die dabei auftretenden Züge der Konkurrenz zweier Diktaturen dürfen dabei aller-

kumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Jahrbuch 1987, hrsg. von Siegwald Ganglmair, Wien 1987, S. 25.

¹³⁾ Zur Diskussion zusammenfassend: „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, hrsg. von Emmerich Tálos, Wien 1988⁴.

¹⁴⁾ Zur Nationwerdung vgl. Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Sozialhistorische Aspekte ihrer Entwicklung, Wien 1984; Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation, Wien 1984; die neue aufgeflammete Diskussion über die österreichische Geschichte im Rahmen der deutschen Geschichte wird dokumentiert in: Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Historische Hintergründe und Folgen einer verdrängten Vergangenheit, hrsg. von Gerhard Botz u. a., Frankfurt 1988.

¹⁰⁾ Erna Putz (Hrsg.), Gefängnisbriefe und Aufzeichnungen. Franz Jägerstätter verweigert 1943 den Wehrdienst, Linz – Passau 1987, S. 152; dies., Franz Jägerstätter, Linz 1987; Gordon C. Zahn, Er folgte seinem Gewissen. Das einsame Zeugnis des Franz Jägerstätter, Graz 1967.

¹¹⁾ Ernst Hanisch, Zeitgeschichte als politischer Auftrag, in: Zeitgeschichte, (1985) 13, S. 81–91; Anton Pelinka, Windstille. Klagen über Österreich, Wien 1985.

¹²⁾ Gerhard Botz, Anschluß an die Vergangenheit! Überlegungen zum Zusammenhang von Verdrängung der NS-Vergangenheit und aktueller Krise von Zeitgeschichte, Antifaschismus und Demokratiebewußtsein in Österreich, in: Do-

dings nicht übersehen werden. Zum anderen erfolgte dieser „Widerstand“ in Form der obrigkeitsstaatlichen Repression gegen den internen Nationalismus, in der Tradition der Gegenreformation, des Vormärz, des Neoabsolutismus stehend. Aber diese Auseinandersetzung des Regimes mit dem inneren Gegner reichte immer wieder in die außenpolitische Sphäre hinein. Denn die österreichischen Nationalsozialisten wurden massiv und in vielen Formen vom Deutschen Reich unterstützt; der Führer der österreichischen Nationalsozialisten war unbestritten Adolf Hitler¹⁵⁾.

In die Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus vor 1938 gehören auch die Aktivitäten der illegalen Sozialdemokraten und Kommunisten. Zu spät – zwischen dem 12. Februar und dem 12. März 1938 – tauchte einen kurzen Augenblick lang ein nationaler österreichischer Konsens auf, als die Sozialdemokraten bereit waren, mit Schuschnigg gegen Hitler zu marschieren und die mittlerweile erstarkten Kommunisten, erst seit 1937 auf eine eigene österreichische Nation fixiert, erklärten, für Schuschnigg zu stimmen, ja, seine Losung: „Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!“ übernahmen¹⁶⁾.

Die These des Widerstandes des „Austrofaschismus“ gegen den Nationalsozialismus ist für die österreichische Linke emotional schwer zu ertragen. Der notwendige Prozeß der Entemotionalisierung wird zudem durch eine neuerdings auftretende vollmundige Verteidigung des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes erschwert, wie sie etwa Gottfried-Karl Kindermann vertritt – eine Verteidigung, die gefühlsfeucht und pathetisch, Ergebnisse der bisherigen Forschungen souverän ignorierend, eine verquere Argumentationslinie aufbaut, die den Dollfuß-Mythos des Ständestaates unkritisch weitererschleppt und eine nüchterne Diskussion leider mehr behindert als fördert¹⁷⁾.

Obendrein hat die österreichische Zeitgeschichtsforschung das Thema quellenmäßig noch ungenügend aufbereitet. Die Berichte der Sicherheitsdirektionen sowie Tausende von Gerichtsakten müs-

sen erst aufgearbeitet werden. Soviel jedenfalls läßt sich bereits jetzt sagen: Die kleinlichen Polizeischikanen gegen die Nationalsozialisten (Beispiel: ein Heil-Hitler-Ruf „kostete“ drei Wochen Arrest) nützten wenig, fachten nur die Erbitterung der Betroffenen an und führten immer mehr Menschen in das Lager der Illegalen. Das Regime schuf selbst ein Vakuum der politischen Sensibilität, in das der Nationalsozialismus leicht eindringen konnte.

Zu den falschen Mitteln des „Widerstandes“ zählte auch der Imitationsfaschismus, den das Regime praktizierte. Der reichte vom Gruß „Heil Dollfuß“ bis zur Aufstellung einer SS-ähnlichen Formation, des Schutzkorps (SK). Zu Recht meldete der deutsche Militärattaché am 17. April 1934 nach Berlin: „Durch eine oft lächerlich anmutende Nachäffung propagandistischer und sonstiger Maßnahmen des Nationalsozialismus im Reich, sucht die Regierung außerdem, dem österreichischen Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen!“¹⁸⁾ ‚Überhitlern‘ hieß das Programm auf österreichisch. Die Menschen gewöhnten sich an eine mit faschistischen Formen und Symbolen besetzte Öffentlichkeit; der Bruch vom Februar bis März 1938 wurde daher keineswegs als besonders tief empfunden. An die Stelle der österreichischen Halbherzigkeit trat der deutsche Radikalismus.

Die mittlerweile publizierten Ministerratsprotokolle lassen überhaupt keinen Zweifel daran, daß die Etablierung der christlichen Diktatur in den Jahren 1933/34 primär gegen links, gegen die Sozialdemokratie geschah¹⁹⁾; gleichzeitig wurde so die soziale Basis des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus enorm geschwächt. Den engagierten Arbeitern wurde weit mehr als eine politische Organisation, mehr als ihr Parteivermögen, ihre Arbeiterheime geraubt: Sie verloren ihre Heimat, den Ort ihrer symbolischen Identifikation. Gar nicht wenige Arbeiter spürten im März 1938 dann eine klammheimliche Freude darüber, daß es dem verhaßten Dollfuß-Schuschnigg-Regime an den Kragen ging. Nach 1945 verzieh es die SPÖ einem Funktionär eher, wenn er 1938, als wenn er 1934 „umgefallen“ und sich dem jeweiligen Regime angedient hatte.

Gleichzeitig muß der Widerstand der Linkskräfte (Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten) und der illegalen Nationalsozialisten gegen den „Austrofaschismus“ thematisiert werden. Während der

¹⁵⁾ Zusammenfassend dazu: Hanns Haas, Der Anschluß, in: NS-Herrschaft in Österreich (Anm. 7), S. 1–24.

¹⁶⁾ Felix Kreissler (Anm. 14), S. 58–87. Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs zur Annexion, in: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987, S. 272.

¹⁷⁾ Gottfried-Karl Kindermann, Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg von 1934, Hamburg 1984; etwas nüchterner: Ludwig Reichhold, Kampf um Österreich. Die Vaterländische Front und ihr Widerstand gegen den Anschluß 1933–1938. Eine Dokumentation, Wien 1984.

¹⁸⁾ BA, Militärarchiv Freiburg, RW 5/418.

¹⁹⁾ Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, 7 Bde., Wien 1980 ff.

Widerstand der Linken unproblematisch rezipiert wurde und eine breite Forschung ausgelöst hat²⁰⁾, wollte man den Widerstand der illegalen Nationalsozialisten bislang mit dem Argument ausblenden: „Selbstverständlich wurde die illegale nationalsozialistische Bewegung, die in der Zeit von 1933 bis 1938 im Untergrund kämpfte, nicht als Widerstandsbewegung eingestuft, weil ihr erklärtes Ziel die Vernichtung Österreichs und dessen Eingliederung in die totalitäre Diktatur Hitlerdeutschlands war.“²¹⁾ Das Argument ist menschlich verständlich: Wie soll ein illegaler Kommunist seine späteren Peiniger als gemeinsame Widerstandskämpfer gegen den „Austrofaschismus“ akzeptieren können? Doch von einer wissenschaftlich abgesicherten Widerstandsforschung her kann man diese Ausblendung kaum mehr aufrechterhalten.

Gewiß darf man die demokratischen Tarnungen der illegalen Nationalsozialisten nicht ernst nehmen, doch ihre unentwegten Hinweise auf den Verfassungsbruch der Regierung Dollfuß entbehrten nicht

der empirischen Evidenz²²⁾. Faktisch hatte die gemeinsame Illegalität eine Reihe von Kooperationsgründen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten eröffnet. Ein österreichischer Gewährsmann meldete an die deutsche Abwehr: „In der Provinz ist vielfach ein taktisches Zusammengehen zwischen rot und braun Tatsache.“²³⁾

Die Opposition der Nationalsozialisten indessen war weitaus stärker und gefährlicher als die der Linkskräfte. Sie begann Österreich von innen her ‚aufzurollen‘. Massive Terroraktivitäten, zahlreiche Bombenattentate, in der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß am 25. Juli 1934 gipfelnd, Anschläge auf andere exponierte Personen des Regimes usw. schufen ein Klima permanenter Verunsicherung. Vor allem die jungen Nationalsozialisten entwickelten phantasievolle Propagandaaktionen, erprobten Formen des zivilen Ungehorsams, politisierten den Generationenkonflikt und ließen den erstarrten bürokratisch-polizeistaatlichen Herrschaftsapparat immer wieder ins Leere laufen²⁴⁾.

III. Phasen der Widerstandsforschung

In der ersten Phase bis Ende der vierziger Jahre förderte das vorherrschende antifaschistische Paradigma die Publikation von Erlebnisberichten der Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge²⁵⁾. Literarisch eindrucksvolle Zeugnisse wurden auch später

neu aufgelegt²⁶⁾. Das restaurative Klima der fünfziger Jahre hingegen entwickelte zahlreiche Barrieren gegen die Rezeption des Widerstandes; er wurde neuerdings in den Untergrund gedrängt und marginalisiert. Allerdings waren einige Kreise des Widerstandes daran nicht unschuldig. Das „Provisorische Oesterreichische Nationalkomitee“ (POEN) zum Beispiel, das sich Ende 1944 herauskristallisiert hatte, machte sich große politische Hoffnungen für die Nachkriegsära; es wurde von den neuentstandenen politischen Parteien rasch ausgetrickst²⁷⁾. Einige ihrer Mitglieder schufen eine Privatmythologie des Widerstandes, die fern jeder historischen Realität angesiedelt war und die letztlich den Widerstand selbst diskreditierte. Als Beispiel kann ein Vortrag von Major Alfons Stillfried, Mitglied des militärischen Widerstandes gelten, den er am 17. Juni 1946 in Wien gehalten hatte.

²⁰⁾ Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938, Wien 1978; Franz West, Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934–1938, Wien 1978; beide illegalen Bewegungen zusammen dargestellt hat Gerhard Jagschitz, Illegale Bewegungen während der Ständischen Ära 1933–1938, in: Revolutionäre Bewegungen in Österreich, hrsg. von Erich Zöllner, Wien 1981.

²¹⁾ Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, 1. Bd., Wien 1975, S. 9.

²²⁾ Vgl. Gerhard Botz, Die Ausschaltung des Nationalrates und die Anfänge der Diktatur Dollfuß' im Urteil der Geschichtsschreibung von 1933–1973, in: Vierzig Jahre danach. Der 4. März 1933 im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, Wien 1973, S. 31–59; Peter Huemer, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975.

²³⁾ Militärarchiv Freiburg, RW 5/418; vgl. auch: Inez Kykal/Karl R. Stadler, Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen, Wien 1976.

²⁴⁾ Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz 1976; Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977; Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

²⁵⁾ Vgl. W. Neugebauer, Widerstandsforschung (Anm. 1), S. 361.

²⁶⁾ Vgl. zum Beispiel: Viktor E. Frankl, . . . trotzdem Ja zum Leben sagen. Ein Psychologe erlebt das Konzentrationslager, Neuauflage München 1977; Leonhard Steinwender, Christus im KZ, Neuauflage Salzburg 1985; Rudolf Kalmar, Zeit ohne Gnade, Neuauflage Wien 1988; Hermann Langbein, Die Stärkeren. Ein Bericht aus Auschwitz und anderen Konzentrationslagern, Neuauflage Köln 1982.

²⁷⁾ Fritz Molden, Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend, Wien 1976; Radomir Luža, Der Widerstand in Österreich 1938–1945, Wien 1985, S. 240–276.

Hier wird die absurde These vertreten, die Mehrheit der Österreicher — „sicherlich 65 bis 70 Prozent“ — sei im Grunde ihres Herzens stets anschlussfeindlich gewesen²⁸⁾; hier wird behauptet, der Jubel im März 1938 sei „durch viele Tausende auf Lastkraftwagen aus dem Reich nach Österreich transportierte reichsdeutsche Nazis künstlich erzeugt“ worden²⁹⁾; hier wird die leider falsche Behauptung aufgestellt: „Die überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes lehnte die Judenverfolgung ab.“³⁰⁾ Die Stilisierung der Österreicher zu potentiellen Widerstandskämpfern glaubten weder die Alliierten noch die Österreicher selbst, und die tatsächlichen Leistungen des Widerstandes wurden so ebenfalls unglaubwürdig.

Eine Meisterleistung der Selbststilisierung gelang der Katholischen Kirche. Sie stellte sich kurz nach 1945 als verfolgte Kirche, als Kirche im Widerstand vor. Zwei Bücher untermauerten diese Selbstinszenierung mit eindrucksvollen Dokumenten³¹⁾. Sicherlich war dieses Bild nicht falsch: Die Kirche war auch eine verfolgte Kirche; aber die andere Seite des Bildes wurde verhüllt — jene Seite nämlich, welche die Kirche als kollaborierenden Herrschaftsträger im „Dritten Reich“ ausweist³²⁾.

Erst in den sechziger Jahren erfolgte ein neuer Aufschwung, wurde die eigentlich wissenschaftliche Ebene der Widerstandsforschung erreicht. 1963 erschien ein Buch von Otto Molden, das den bürgerlichen Widerstand behandelte, aber die Kommunisten ausklammerte. Spiegelbildlich verkehrt schrieb Hermann Mitteräcker 1963 eine Arbeit über den kommunistischen Widerstand, verschwieg jedoch die bürgerliche Seite³³⁾. Ab 1962 gab der

katholische Herold Verlag eine Reihe „Das einsame Gewissen“ heraus, die die wissenschaftliche Forschung zum Widerstand nach und nach in Gang setzte³⁴⁾.

Doch das wichtigste Datum war die Gründung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DöW) durch einen Kreis ehemaliger Widerstandskämpfer und Zeithistoriker unter der Leitung Herbert Steiners im Jahre 1963³⁵⁾. Das Dokumentationsarchiv knüpfte wiederum an den antifaschistischen Konsens von 1945 an. In Österreich wurde so die Polarisierung zwischen der kommunistischen und nicht-kommunistischen Forschung weitgehend vermieden. Gleichzeitig entschloß man sich, den von Karl R. Stadler vorgeschlagenen weiten Widerstandsbegriff als Grundlage für die Sammel- und Publikationstätigkeit zu verwenden: Widerstand sei jegliche Opposition im „Dritten Reich“. Diese weite Definition entsprang weniger einer ausgereiften theoretisch-methodologischen Reflexion als der praktischen Notwendigkeit, mit einer Fülle von höchst unterschiedlichen Quellen fertig zu werden. Allerdings konnten so Verengungen der Forschung, wie sie die Historiographie in der Bundesrepublik lange Zeit prägten, von Anfang an hintangehalten werden. Doch eine innere Differenzierung dieses weiten Widerstandsbegriffes blieb aus.

Schwierigkeiten tauchten noch auf anderen Ebenen auf:

— Das Dokumentationsarchiv war erst auf dem Wege der ‚Verwissenschaftlichung‘. Das hatte Vorteile: Dem DöW gelang es, eine größere Zahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern aus dem Kreis der Widerstandskämpfer zu finden, die sehr engagiert die Arbeit von „Barfußhistorikern“ leisteten. Das hatte aber auch Nachteile: Das wissenschaftliche Niveau blieb vielfach unter dem heute erforderlichen Standard³⁶⁾. Allerdings hatte diese Institution ihre Aufgabe nie allein im wissenschaftlichen Bereich gese-

²⁸⁾ Abgedruckt in: Fritz Molden, *Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945*, Wien 1988, S. 218.

²⁹⁾ Ebd., S. 221.

³⁰⁾ Ebd., S. 222. Zur Judenverfolgung vgl. Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978; Gerhard Botz, *Stufen der Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft. Die österreichischen Juden vom „Anschluß“ zum „Holocaust“*, in: *Zeitgeschichte*, (1987) 14, S. 359–378.

³¹⁾ Jakob Fried, *Nationalsozialismus und Kirche in Österreich*, Wien 1947; Karl Rudolf, *Aufbau im Widerstand. Ein Seelsorgebericht aus Österreich 1938–1945*, Salzburg 1947.

³²⁾ Vgl. dazu Ernst Hanisch, *Der österreichische Katholizismus zwischen Anpassung und Widerstand (1938–1945)*, in: *Zeitgeschichte*, 15 (1988), S. 171–179; Walter Sauer, *Österreichs Kirchen 1938–1945*, in: *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*, hrsg. von Emmerich Tálos u. a., Wien 1988. Recht apologetisch: Maximilian Liebmann, *Theodor Innitzer und der Anschluß. Österreichs Kirche 1938*, Graz 1988.

³³⁾ Otto Molden, *Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945*, Wien 1963; Hermann Mitteräcker, *Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur*

Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938–1945, Wien 1963.

³⁴⁾ Maria Szecsi/Karl Stadler, *Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer*, Wien 1962; Ludwig Jedlicka, *Der 20. Juli 1944 in Österreich*, Wien 1965; Karl R. Stadler, *Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten*, Wien 1966.

³⁵⁾ Wolfgang Neugebauer, *Zwanzig Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1963–1983)*, in: *Arbeiterbewegung — Faschismus — Nationalbewußtsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner*, hrsg. von Helmut Konrad u. a., Wien 1983, S. 405–416.

³⁶⁾ Vgl. „Monographien zur Zeitgeschichte“. Zur genauen Titelangabe siehe: Wolfgang Neugebauer, *Widerstandsforschung (Anm. 1)*, S. 365, FN. 28.

hen, sondern die politisch-pädagogische Arbeit, die Bekämpfung von rechtsradikalen und neofaschistischen Tendenzen immer mit einbezogen, wie zahlreiche Prozesse und Strafanzeigen auswiesen³⁷⁾.

— Das Überwiegen der Quelleneditionen reduzierte die Chancen zur Quellenanalyse. Die Neigung zur Personalisierung und Heroisierung des Widerstandes löste ihn aus der sozialgeschichtlichen Verankerung und stellte ihn gleichsam in den luftleeren Raum. Das DöW hat mittlerweile zahlreiche Quellenbände ediert, regional gestaffelt, z. B. über Wien, das Burgenland, Nieder-Österreich, Ober-Österreich und Tirol³⁸⁾. So wertvoll diese edierten Quellen in vielerlei Hinsicht sind, sie wurden bislang eigentlich noch nie richtig ausgewertet. Ihre reichen sozial- und mentalitätsgeschichtlichen Informationen verstauben in den Bibliotheken.

— Die österreichische Widerstandsforschung stand auch deswegen im leeren Raum, weil sie sich von der NS-Forschung abgekapselt hatte, oder, genauer formuliert: Die österreichische NS-Forschung selbst hatte sehr spät begonnen. Erst 1988 wurde die erste umfassende Darstellung der „österreichischen“ Geschichte von 1938–1945, die von inländischen Wissenschaftlern erarbeitet wurde, publiziert³⁹⁾.

Ende der siebziger Jahre begann eine neue, die dritte Phase. Die Zeitgeschichte hatte sich mittlerweile als Disziplin an fast allen Universitäten etabliert, drang nach und nach in die Schulen vor, wurde von der Regierung Kreiskys auch finanziell stärker gefördert. Die (wie üblich) zeitverzögerten Nachwirkungen der 68er Bewegung erweckten bei der akademischen Jugend ein neues Interesse für den Widerstand. Hermann Langbein initiierte eine Aktion „Zeitzeugen in die Schulen“. Politische Bildung als Unterrichtsprinzip wurde eine Zeitlang heftig propagiert. Langsam wirkte sich auch der Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft ganz allgemein aus, allerdings in einer charakteristischen Weise: In Österreich wurde die Phase der „harten“ Strukturgeschichte übersprungen, der

³⁷⁾ Vgl. Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1981.

³⁸⁾ Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, 3 Bde., Wien 1975; Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945, Wien 1979; Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945, 3 Bde., Wien 1987; Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, 2 Bde., Wien 1982; Widerstand und Verfolgung in Tirol, 2 Bde., Wien 1984.

³⁹⁾ NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, hrsg. von Emerich Tálos u. a., Wien 1988.

Weg führte direkt vom Historismus zur „weichen“ Alltagsgeschichte, zur Geschichte „von unten“⁴⁰⁾.

Eine neue Welle von Autobiographien brach los, wertvolle und Alibi-Produktionen bunt nebeneinander; die zum Teil wissenschaftlich wenig disziplinierte Methode der „Mündlichen Geschichte“ wurde breit genützt⁴¹⁾. Die Frauenforschung griff auf den „Widerstand“ über und eröffnete neue Perspektiven. Nicht der „große“ Widerstand, die kleinen Leute traten in den Focus der Forschung, Frauen wurden zitiert, die lapidar feststellten: „Es gibt Tage, die einen vernichten können. Wenn man nicht jeden Tag, ununterbrochen, leben will, auch wenn alles aussichtslos erscheint, dann ist man gefährdet. Das ist mein Prinzip zu leben. Nicht kämpfen heißt nicht leben.“⁴²⁾ Und ebenso Frauen, die auch ihre Zweifel über den Sinn ihrer Leiden nicht verschwiegen, um dann doch festzuhalten: „Wenn wir durch unsere Tätigkeit dazu beitragen können — ganz primitiv gesagt —, daß der Krieg nur um eine Stunde abgekürzt wird, dann hat sich unser Widerstand schon gelohnt.“⁴³⁾

Die Forschungssituation der achtziger Jahre ist durch eine merkwürdige Diskrepanz gekennzeichnet: Einerseits eine weitgehend empirielose Theoriediskussion (Willibald Holzer⁴⁴⁾), andererseits eine ziemlich theorielose Quellenedition und -darstellung. Nur langsam fließen beide Ströme zusammen. Gerhard Botz hat ein mehrdimensionales Modell des Widerstandes entwickelt, das der österrei-

⁴⁰⁾ Gerhard Botz, Neueste Geschichte zwischen Quantifizierung und „Mündlicher Geschichte“. Überlegungen zur Konstituierung einer sozialwissenschaftlichen Zeitgeschichte von neuen Quellen und Methoden her, in: Geschichte als demokratischer Auftrag, Karl R. Stadler zum 70. Geburtstag, Wien 1983, S. 13–36; Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Wien 1984.

⁴¹⁾ Beispielsweise: Hanna Sturm, Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin. Vom Burgenland nach Ravensbrück, Wien 1982; Mali Fritz/Hermine Jursa, Es lebe das Leben. Tage nach Ravensbrück, Wien 1984; Josef Meisel, „Jetzt haben wir Ihnen, Meisel!“ Kampf, Widerstand und Verfolgung eines österreichischen Antifaschisten (1911–1945), Wien 1985; Karl Röder, Nachtwache. 10 Jahre KZ Dachau und Flossenbürg, Wien 1985; Margarethe Schütte-Lihotzky, Erinnerungen aus dem Widerstand 1938–1945, Hamburg 1985; Valentin Strecha, Widerstand für Österreich, Wien 1988; Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. 1. Bd. Arbeiterbewegung, Wien o. J.; Rosa Jochmann, Zeitzeugin, hrsg. von Maria Sporrer u. a., Wien 1983; Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst. Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen, Wien 1987.

⁴²⁾ Mali Fritz, in: Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand 1938–1945, Wien 1985, S. 209.

⁴³⁾ Antonie Lehr, in: ebd., S. 178.

⁴⁴⁾ Willibald I. Holzer, Politischer Widerstand gegen die Staatsgewalt. Historische Aspekte — Problemstellungen — Forschungsperspektiven, Wien 1985.

chischen Forschung wichtige Orientierungshilfen bieten könnte⁴⁵⁾. Seine Skala reicht vom hochorganisierten, systemoffensiven, öffentlichen Widerstand der Attentate und Putschversuche bis zur „unpolitischen“ Kriminalität und skizziert drei Typen: erstens Politischer Widerstand im engeren Sinn; zweitens Sozialer Protest; drittens abweichendes Verhalten⁴⁶⁾.

Doch die erste zusammenfassende Darstellung des österreichischen Widerstandes, auf einer breiten Quellenbasis aufbauend, hat der aus der Tschechoslowakei stammende US-Historiker Radomir Luža geschrieben, wertvoll vor allem in seinen quantifizierenden Teilen⁴⁷⁾. Luža arbeitet vier Merkmale des österreichischen Widerstandes heraus: 1. Mit Ausnahme der Kommunisten operierte der österreichische Widerstand isoliert und ohne Unterstützung einer österreichischen Exilregierung — ein unübersehbares Hemmnis. 2. Die für Österreich typische tiefe parteipolitische Fragmentierung reichte weit in den Widerstand hinein; erst zuletzt bildete sich eine lose Führung (POEN), die den Anspruch auf eine Art Koordination erhob. 3. Es fehlten administrative Strukturen; die Gruppen wirkten isoliert, auf sich gestellt, ohne Erfahrung in der illegalen Arbeit. 4. Erst langsam griff eine sich herausbildende Österreich-Ideologie auf alle Gruppen über. „Wie in Deutschland oder Italien waren auch die politischen Parteien die wichtigsten Gegner des Regimes.“⁴⁹⁾ Im Untergrund formierten sich die alt/neuen Parteien und machten sich bereit für den Aufbau eines neuen demokratischen Österreichs.

Auf den Angaben von Wolfgang Neugebauer basierend, dem derzeitigen Leiter des DöW, nennt Luža die Zahl von etwa 100 000 Österreichern, die wegen einer politischen Betätigung verhaftet wurden — eine ziemlich hohe Zahl, die mir doch zu optimistisch geschätzt erscheint. Wie dem auch sei: Zehntausende von verfolgten Österreichern waren ein Zeichen gegen die Parole der „Pflichterfüllung“, stehen als häufig qualvoller Protest gegen den Jubel der Hunderttausende in den Märztagen des Jahres 1938!

Eine Zahl von 3 058 aktiven Widerstandskämpfern ermöglicht es Luža, zumindest die politischen und sozialen Umriss des österreichischen Widerstan-

des nachzuzeichnen. Politisch gesehen: ca. 52 Prozent lassen sich dem linken, ca. 44 Prozent dem konservativen Widerstand zurechnen. Doch den opfervollsten Widerstand leisteten die Kommunisten (44,5 Prozent)⁴⁹⁾. Unbeschadet mancher Zweideutigkeiten kämpften die Kommunisten für ein unabhängiges Österreich; ein Kampf, der nach 1945 zu rasch vergessen wurde. Selbst dieser entschiedenste und prinzipielle Widerstand stand vor dem Dilemma, partiell (und wenn auch nur zur Tarnung) bei der Stabilisierung des Regimes mitwirken zu müssen. Denn die anfängliche Parole: Hinein in die NS-Organisationen und Zersetzung von innen, hieß eben auch: partielle Mitarbeit⁵⁰⁾. Der zentralistische Aufbau der KP wiederum führte zu unentwegten Versuchen, zentrale Leitungen zu errichten, die immer wieder von der Gestapo aufgedeckt wurden. Es war eine der wichtigsten Fragen des KP-Untergrundes: Wird ein verhafteter Genosse den Folterungen der Gestapo standhalten? Eine Frage, die immer wieder gegenseitiges Mißtrauen entfachte⁵¹⁾. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt und eine monströse Propagandalinie verunsicherten die eigene Basis noch weiter⁵²⁾. Die neueste offizielle Parteigeschichte der KPÖ muß eine Gehirnakrobatik vollführen, um diese deprimierende Phase der Partei im Dienste der Sowjetunion zu rechtfertigen⁵³⁾.

Gegenüber dem massiven Widerstand der KPÖ fiel der sozialistische Widerstand mit lediglich fünf Prozent schwach aus. Während die KP ihre Kader ‚verheizte‘, tauchten die SP-Kader unter, hielten still — die Gestapo sprach ironisch von „Stammtischrunden“⁵⁴⁾ — und bewahrten sich für die nachfaschistische Periode; ein noch nicht genügend diskutiertes Problem.

Zerspaltener wirkte der konservative Widerstand, in zahlreiche Gruppen zerteilt, ohne festere Organisationskerne (mit Ausnahme des Militärs), mit fließenden Grenzen zur „inneren Emigration“.

Sozialstrukturell gesehen war der österreichische Widerstand ein Widerstand der Arbeiter und der

⁴⁸⁾ Ebd., S. 309.

⁴⁹⁾ Ebd., S. 327.

⁵⁰⁾ Die Kommunistische Partei Österreichs (Anm. 16), S. 284.

⁵¹⁾ Vgl. Josef Meisel „Jetzt haben wir Ihnen“ (Anm. 41), S. 104–166.

⁵²⁾ Helmut Konrad, Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, Wien 1978.

⁵³⁾ Die Kommunistische Partei Österreichs (Anm. 16), S. 291–298.

⁵⁴⁾ Wolfgang Neugebauer, Widerstand und Opposition, in: NS-Herrschaft in Österreich (Anm. 7), S. 541.

⁴⁵⁾ Gerhard Botz, Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung, in: Arbeiterbewegung (Anm. 35), S. 137–152.

⁴⁶⁾ Ebd., S. 145 f.

⁴⁷⁾ Radomir Luža, Der Widerstand in Österreich 1938–1945, Wien 1985.

Intelligenz. Stark unterrepräsentiert waren Bauern und Angestellte. Die einen zogen ein traditionelles Resistenzverhalten vor, die anderen tendierten besonders stark zur NSDAP⁵⁵).

Gegenüber der Studie von Radomir Luža fällt eine neue Gesamtdarstellung stark ab: Fritz Molden, aktiver Widerstandskämpfer mit weitreichenden

Verbindungen und gescheiterter Verleger, schrieb das Buch „Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945“, rasch hingeworfen im Dienste der österreichischen Imagepflege in der Waldheimära. Seine groteske Zahlenspielerei ist wissenschaftlich unbrauchbar und eher peinlich⁵⁶). So jedenfalls ist der Ruf Österreichs nicht zu retten!

IV. Widerstand und österreichischer Nationsbildungsprozeß

Eine These läßt sich mit gesicherter empirischer Evidenz aufstellen: Je stärker das Österreichbewußtsein eines politisch-ideologischen Lagers, desto engagierter wirkte dieses Lager im Widerstand⁵⁷). Bei den Kommunisten entwickelte sich das nationale Bewußtsein mehr über den Kopf, bei den Konservativen mehr über das Gefühl, in den Traditionen des „Ständestaates“ und der Monarchie wurzelnd. Nicht wenige von ihnen starben mit dem Ruf: Es lebe Österreich! Walter Caldonazzi aus Tirol formulierte in seinen Abschiedsbriefen: „Wir sterben ja nicht als Verbrecher, sondern als Österreicher, die ihre Heimat liebten und als Gegner dieses Krieges, dieses Völkermordens.“⁵⁸) „Ihr wißt, ich war ein bitterer Gegner des Krieges, immer ein Feind des geistlosen preußischen Militarismus.“⁵⁹) Der sozialistische Widerstand war u. a. deshalb so schwach entwickelt, weil dieses Lager am längsten an einer gesamtdeutschen revolutionären Perspektive festhielt.

Für viele Widerstandsgruppen kann ein distinktes Österreich-Bewußtsein als konstituierendes Moment nachgewiesen werden. Selbst in Kreisen, die mit dem Nationalsozialismus sympathisierten, ja selbst bei prominenten österreichischen Nationalsozialisten löste die Form des totalen „Anschlusses“

rasch einen antipreußischen Reflex aus. Nach außen drang wenig durch, aber geheim setzte eine unentwegte Klage über das ‚verlorene Österreich‘ ein. Edmund Glaise von Horstenau, Vizekanzler in der kurzfristigen Regierung Seyß-Inquart, schrieb während des Krieges Erinnerungen, die voll von Trauer und Zorn über die verlorenen und unterdrückten österreichischen Traditionen sind⁶⁰), sein Regierungskollege Wilhelm Wolf, der Drei-Tage-Außenminister, verfaßte ein poetisches Buch „Hundert Jahre Österreich“, das 1940 (!) mit eben diesem Titel erschien – zu einem Zeitpunkt, da der Name „Österreich“ längst verpönt war. Es ist ein Buch, das zu einer grandiosen Apotheose Österreichs ausholt, Franz Grillparzers resignative Haltung als österreichische Lebensform par excellence preist, den verfehmten Hugo von Hofmannsthal und seinen Kreis nicht verschweigt, allerdings den österreichischen katholischen Antisemitismus als abstoßendes Erbe ebenfalls mitschleppt⁶¹). Heinrich von Srbik – Historiker, Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien und Mitglied des Berliner Reichstages – setzte auf das bekannte Zähmungskonzept und doch ließ er wissen: „Er werde immer österreichischer.“⁶²)

Es kann hier nicht darum gehen, diese Brückenbauer, die an strategisch entscheidenden Stellen die Unabhängigkeit Österreichs untergruben und die bis 1945 dem NS-System dienten, in die Reihen des Widerstandes einzuordnen. Aber ihre Enttäuschung als Österreicher muß ad notam genommen werden. Ferner ist es notwendig, den Nationsbildungsprozeß im Widerstand und in der Bevölkerung ganz allgemein zu unterscheiden. Wie der Wi-

⁵⁵) Vgl. Ernst Hanisch, Der österreichische Katholizismus (Anm. 32), S. 175–178; Gerhard Botz, Soziale „Basis“ und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Faschismus in Österreich und international, Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81, S. 48.

⁵⁶) Fritz Molden, Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945, Wien 1988, S. 13–30.

⁵⁷) Vgl. Ernst Hanisch, Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?, in: Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, S. 163–176. Vgl. auch: Maximilian Liebmann, Die „Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs“, in: Geschichte und Gegenwart, (1985) 4, S. 255–281; (1986) 5, S. 108–138.

⁵⁸) Herbert Steiner, Gestorben für Österreich. Widerstand gegen Hitler, Wien 1968, S. 54.

⁵⁹) Ebd. S. 56.

⁶⁰) Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau, hrsg. von Peter Broucek, 2. Bd., Wien 1983.

⁶¹) Wilhelm Wolf, Hundert Jahre Österreich. Politik und Dichtung, Salzburg 1940.

⁶²) Ferdinand Bilger an Srbik, 1. 2. 1940, in: Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912–1945, Boppard 1988, S. 511.

derstand selbst im Volke relativ wenig Resonanz fand, so verlief auch die Konstituierung einer österreichischen Nation an der Basis nur zäh, zögernd und widersprüchlich⁶³). Schließlich wurde nichts weniger als eine Umpolung der traditionellen Volkszugehörigkeit verlangt. Noch 1956, ein Jahr nach dem Staatsvertrag, bejahten erst 49 Prozent der Befragten, daß die Österreicher eine Nation seien. Bis 1980 stieg der Prozentanteil auf 67 Prozent⁶⁴).

Doch daran ist festzuhalten: Der Widerstand war ein Nukleus der österreichischen Nationwerdung. Im Widerstands-Lied etwa schälte sich das Idealbild eines Österreich heraus, eines unschuldigen, kleinen, tapferen Landes, das vom Deutschen Reich vergewaltigt wurde⁶⁵). Das war die pathetische Seite, die in der Zweiten Republik dann in einen unkritischen Österreich-Chauvinismus mündete⁶⁶). Die ironische Seite der Lieder allerdings entsprach mehr der Volksstimmung. Unzählige Parodien, Witze und Spottgedichte kursierten, die alle einen Anti-Piefke-Duktus aufwiesen⁶⁷). Da wurde das populäre Wiener Lied „Heut kumman die Engel auf Urlaub nach Wean“ umgedichtet:

*„Heut kumman die Piefke auf Urlaub nach Wean,
jetzt amol hams' die Weanastadt gern.
Sie fressen die Schnitzeln und schunkeln dazua,
sie reißen des Maul auf und kriegen gar net gnuu.
Draußt in Berlin sitzt der Hermann und lacht,
Sagt zu seinem Führer: ‚Heaßt, guat host des
gmocht!‘*

*Der Petrus im Himmel schaut oba und flennt:
Weanna Leut, oame Leut, euch hams darennt!“⁶⁸*

Die Parole hieß: Mir wer'n s'schon demoralisieren! Das allerdings erwies sich rasch als Irrtum. Gegen die SS kam kein Witz auf. Doch der österreichische Widerstand trug immer auch seine schwejkhaften Züge, vor allem in Ostösterreich: Züge des Sich-Anpassen und gleichzeitig: die Befehle, wo es nur ging, zu unterlaufen.

Wenig zum Lachen gab es beim Partisanenkrieg. Hier prallten die Konflikte mit unglaublicher Härte

⁶³) Vgl. zuletzt: Erich Zöllner, *Der Österreichbegriff. Formen und Wandlungen in der Geschichte*, Wien 1988.

⁶⁴) Felix Kreissler, *Der Österreicher* (Anm. 14), S. 497.

⁶⁵) Karl Mellacher, *Das Lied im österreichischen Widerstand. Funktionsanalyse eines nichtkommerziellen literarischen Systems*, Wien 1986.

⁶⁶) Vgl. Fritz Fellner, *Die Historiographie zur österreichisch-deutschen Problematik als Spiegel der nationalpolitischen Diskussion*, in: *Österreich und die deutsche Frage* im 19. und 20. Jahrhundert, Wien 1982, S. 23 ff.

⁶⁷) Bruno Frei, *Der kleine Widerstand*, Wien 1978.

⁶⁸) Karl Mellacher (Anm. 65), S. 66 f.

aufeinander — bis heute⁶⁹). Der Partisanenkampf war eine der höchstorganisierten und erfolgreichsten Formen des Widerstandes. Die Partisanen bekämpften das NS-System dort am nachhaltigsten, wo sie mit dem nationalen Unabhängigkeitskampf verbunden waren. In Österreich (mit Ausnahme von Südkärnten und der Südsteiermark) wurde der Nationalsozialismus eben nur sehr eingeschränkt als fremdes Besatzungsregime empfunden, der Partisanenkampf trug so immer auch Elemente des Bürgerkrieges in sich.

Festzuhalten gilt ebenfalls, daß ein Teil der Partisangruppen in ihrem Selbstverständnis für ein unabhängiges Österreich kämpften. In einem obersteirischen Partisanenlied hieß der Refrain: „Zu kämpfen und zu sterben, bis Österreich frei von Schand!“⁷⁰) Der Partisaneneid wurde dort auf Österreich geschworen⁷¹); gleichzeitig jedoch agierten die slowenischen Partisanenformationen in Südkärnten und in der Südsteiermark nur bedingt für ein unabhängiges Österreich, da Jugoslawien Gebietsansprüche an Österreich stellte. Der slowenische Partisaneneid hieß: „Ich, Partisan des Befreiungsheeres der slowenischen Nation... kämpfe für die Befreiung und Vereinigung der slowenischen Nation.“⁷²) Wenn die Partisanen einen Gendarmerieposten angriffen, griffen sie eine Institution des Deutschen Reiches an; der getötete Gendarmeriewachtmeister indes war häufig Österreicher und der entführte und getötete schwerinvalide Ortsbauernführer ebenfalls⁷³). Um zu überleben, mußten die Partisanen Rinder und Schafe stehlen („Waldleute“ nannte man sie); das wiederum traf die bäuerliche Gesellschaft an einem empfindsamen Nerv, und die Partisanen wurden weniger als Freiheitskämpfer denn als Diebe und Räuber wahrgenommen.

Die Härte des Partisanendaseins, das System der Spitzel und V-Leute löste jeweils „atavistische Ra-

⁶⁹) Am differenziertesten argumentierten: Josef Rausch, *Der Partisanenkampf in Kärnten im Zweiten Weltkrieg*, Wien 1979; Christian Fleck, *Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer*, Wien 1986; Radomir Luža, *Der Widerstand* (Anm. 27), S. 221–239. Völlig kontrovers die Darstellung des Partisanenführers: Karel Prušnik-Gašper, *Gemsens auf der Lawine. Der Kärntner Partisanenkampf*, Klagenfurt — Celovec 1981, und die des deutschnationalen Journalisten Ingomar Pust, *Titostern über Kärnten 1942–1945. Totgeschwiegene Tragödien*, Klagenfurt 1984.

⁷⁰) Max Muchitsch, *Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab*, Wien 1985, S. 492.

⁷¹) Ebd., S. 326–330.

⁷²) Ingomar Pust, *Titostern* (Anm. 69), S. 252 f.

⁷³) Josef Rausch, *Der Partisanenkampf* (Anm. 69), S. 41; Ingomar Pust, *Titostern* (Anm. 69), S. 38–42.

chebedürfnisse“ (Fleck) aus, Fehmemorde und ähnliches, was wiederum die Lokalgesellschaft teilweise gegen die Partisanen aufbrachte. Die führende Rolle der Kommunisten, Slowenen, Deserteure und geflohenen russischen Kriegsgefangenen bei den Partisanen rührte an in der ländlichen Volkskultur tief verwurzelten Antikommunismus, Slowenenfeindlichkeit und Furcht vor dem Osten. Kurz: das agrarische Sozialmilieu fühlte sich von den Partisanen *und* von der Gestapo und den NS-Truppen bedroht. Half man den einen, drohte die Rache der anderen: „Bei Nacht sind die Partisanen gekommen, bei Tag die Polizisten“⁷⁴), erinnert sich eine Kärntnerin. Und ein Partisan erzählt: „Partisan sein in einem kleinen Land, wo das Gebiet, das man benützen kann, sowieso nicht sehr groß ist, wo alle paar Kilometer ein Dorf oder sonst etwas ist, das mit Straßen doch verhältnismäßig gut bestückt ist, wo eine Armee- oder Gendarmerieeinheit binnen einer halben Stunde wer weiß wo sein kann, das ist an und für sich nicht leicht. Wenn aber dann noch dazu gekommen ist, daß wir von der Bevölke-

rung sehr wenig Unterstützung erhalten haben, ist es besonders schwer.“⁷⁵)

Nach der Befreiung im Mai 1945 setzte dann eine Racheorgie der Partisanen ein. Einige hundert Zivilpersonen wurden nach Jugoslawien verschleppt, 91 namentlich bekannte Österreicher kehrten nicht mehr zurück⁷⁶). Auch das hat den Ruf der Partisanen in der ländlichen Bevölkerung nicht eben gehoben. Doch mit Nachdruck muß darauf verwiesen werden: Der Partisanenkampf war ein Teil des Kampfes gegen den Faschismus. Durch zahlreiche Sabotageaktionen störten sie die Rüstungsproduktion und banden deutsche Kräfte durch ihren Einsatz. Es war die NS-Herrschaft, die, wie überall, die Spirale der Gewalt zuerst in Gang gesetzt hatte mit ihrer brutalen Germanisierungspolitik, mit ihrer Aussiedlung der Slowenen aus Südkärnten. Daß die Partisanen nach 1945 rasch marginalisiert und kriminalisiert werden konnten, hängt mit der Struktur des ländlichen Milieus ebenso wie mit den Bedingungen des Partisanenkrieges zusammen⁷⁷).

Und die Moral?

Ich bin von einer funktionellen historischen Analyse des Widerstandes ausgegangen. Aber letztlich entspringt jeder echte Widerstand aus den innersten Quellen der politischen Moral, des Gewissens. Trotz Gruppenbildungen, trotz festgefügtter Ideologien und Religionen, die gewiß den Entschluß zum Widerstand erleichterten: Im Kern war es eine quälende, individuelle, einsame Entscheidung, den häufig grausamen Tod vor Augen; eine Entscheidung, die gegen den Druck des totalitären modernen Staates, gegen den Druck einer breiten Volksmeinung, gegen den Druck der Verantwortung für die eigene Familie getroffen werden mußte.

Eines der Schlüsselwörter, das der katholische Bauer Franz Jägerstätter in seinen Aufzeichnungen immer wieder anführte, und das er sorgenvoll hin und her wendete, war das biblische Wort „Menschenfurcht“. Dieser Furcht, so Jägerstätter, habe der Christ zu widerstehen⁷⁸). Die Sozialistin Käthe Leichter schrieb eines der bewegendsten Gedichte

des österreichischen Widerstandes. Die erste Strophe lautet:

*„Bruder, schreckst auch du des Nachts empor aus
wirren Träumen,
sind es Bilder, tags bewußt, die nachts den Schlaf
umsäumen?
Warst du heute nacht bei Weib und Kind?*

Ich war bei meinen Kindern. Deckte beide zu und sprach:

*„Mutter kommt bald, brav sein und nicht weinen!
Die Lampe warf ihr Licht auf Buch und Sofaecke,
wir saßen still, mein Mann und ich, daß nichts die
Kinder wecke.*

*Da schreckt' ich auf. Fahl schien der Mond auf
eiserne Gestelle.*

*Und da lieg ich unter vielen und doch so einsam und
so kalt.*

*Ich in Ravensbrück, du in Sachsenhausen, in
Dachau oder in Buchenwald.“*

*Doch die letzte Strophe steigert sich zu einer jubelnden
Freiheitshymne:*

*„Und jetzt führt der Weg zum Licht und zur
Sonne.“⁷⁹)*

⁷⁴) Der Himmel ist blau. Kann sein (Anm. 42), S. 144.

⁷⁵) Erzählte Geschichte, Bd. 1 (Anm. 41), S. 260.

⁷⁶) Josef Rausch, Der Partisanenkampf (Anm. 69), S. 82.

⁷⁷) Christian Fleck, Koralmartisanen (Anm. 69), S. 153–180.

⁷⁸) Erna Putz (Hrsg.), Gefängnisbriefe (Anm. 10), S. 19f.

⁷⁹) Käthe Leichter. Leben und Werk, hrsg. von Herbert Steiner, Wien 1973, S. 203f.

Peter Steinbach: Widerstandsforschung im politischen Spannungsfeld

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/88, S. 3–21

Die Würdigung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Nachkriegsgesellschaft war stets auch von politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Die „Verteidigungsposition“, in der sich diejenigen befanden, die den Widerstand gegen den Nationalsozialismus im öffentlichen Bewußtsein verankern wollten, wurde zunächst vor allem durch den Braunschweiger Prozeß gegen den SRP-Politiker Remer gestärkt. Auch die Auseinandersetzung mit den Lebensverhältnissen der DDR beeinflusste die Würdigung des Widerstands gegen Hitler entscheidend. Der Streit um das Bundesentschädigungsgesetz und die in ihm formulierten Ausschlußgründe möglicher Wiedergutmachung führten zu einer heftigen Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Kräften, die mit dem Ende der Weimarer Republik auch den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglicht hatten.

In den sechziger Jahren begann eine kritischere Beurteilung der bisherigen Hervorhebung des Widerstands im Umkreis des 20. Juli 1944; sie schuf die Voraussetzungen für eine Ausweitung des Blicks auf die Widerstandshaltung anderer gesellschaftlicher Gruppen. Zunehmend rückte der Widerstand in seiner Breite und in seiner Alltäglichkeit in das Bewußtsein. Diese Entwicklung wurde entscheidend mitbeeinflusst durch innenpolitische Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft sowie durch die Entstehung von Gruppen, die ihr Selbstverständnis nicht zuletzt aus der Verfolgung Gleichgesinnter durch die Nationalsozialisten beziehen.

Insgesamt betrachtet zeigt sich aber, daß der gegenwartsgeprägte Rückblick auf die Geschichte des Widerstands das Spektrum von Interessen und Bewertungsmöglichkeiten fruchtbar ausgeweitet hat und deshalb maßgebliche Voraussetzungen für eine politisch zunehmend weniger eingengegte Gesamtwürdigung schaffen konnte.

Werner Bramke: Der antifaschistische Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR in den achtziger Jahren. Forschungsstand und Probleme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/88, S. 23–33

Nicht nur in der Geschichtswissenschaft und in der Publizistik der DDR war der deutsche Widerstand gegen den Faschismus immer ein dominantes Thema, sondern er ist auch für das politische Selbstverständnis des Staates und der Gesellschaft von konstitutiver Bedeutung.

In den beiden ersten Jahrzehnten nach 1945 lag der Schwerpunkt auf der Erforschung und Darstellung des kommunistischen Widerstandes; sozialdemokratische und bürgerlich-kleinbürgerliche Aktivitäten gegen das NS-Regime fanden von Anfang an Berücksichtigung, allerdings zumeist nur als Ergänzung des Antifaschismus der KPD. Der Widerstand gegen den Faschismus wurde als zeitspezifische Form des Klassenkampfes entsprechend der marxistisch-leninistischen Faschismusdefinition charakterisiert.

Die zunehmende Breite und Vielfalt der Untersuchungen in den siebziger und achtziger Jahren sowie der Entspannungsprozeß in Europa führten zu einer erheblichen Modifizierung des Widerstandsbegriffs, zu einer stärkeren Betonung der humanistischen und weniger der klassenkämpferischen Intentionen im deutschen Antifaschismus. Dem nichtproletarischen Widerstand wurde mehr Eigenständigkeit und Bedeutung beigemessen, was sowohl in Überblickswerken wie in Monographien Ausdruck fand. Der Aufschwung der regionalen Forschung begünstigte differenziertere Sichtweisen.

Die jetzige Konzeption dürfte auch die Forschungen der neunziger Jahre bestimmen, wobei die Problematisierungen des Gegenstandes zunehmen, die Bedeutung des Widerstands für das Geschichtsbild der DDR aber erhalten bleiben wird.

Ernst Hanisch: Widerstand in Österreich 1934–1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/88, S. 35–45

Dem Aufsatz liegt ein eher politisch-funktioneller denn ein ethisch-ideeller Widerstandsbegriff zugrunde, der sich dementsprechend primär an den problematischen Herrschaftsstrukturen Österreichs seit den frühen dreißiger Jahren ausrichtet. Konsequenterweise müssen also hier die Konfrontationen zwischen Widerstand und autoritären Führungsschichten in der Phase des „Austrofaschismus“ schon miteinbezogen werden. Abgesehen von zahlreichen konstatierbaren Defiziten der Widerstandsforschung in Österreich konnte im Gegensatz zur Bundesrepublik eine Polarisierung zwischen der kommunistischen und der nicht-kommunistischen Forschung weitgehend vermieden werden. Von den empirischen Befunden her war der österreichische Widerstand ein Widerstand primär der Kommunisten und Konservativen, sozialhistorisch gesehen: der Arbeiter und der Intelligenz. Je stärker das Österreich-Bewußtsein eines ideologischen Lagers ausgeprägt gewesen war, desto engagierter wirkte diese Gruppierung im Widerstand.